Die Neubegründung des wirtschaftlichen und sozialen Liberalismus

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde
einer Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster i. W.

vorgelegt von

Johannes Hanisch
Diplomvolkswirt
aus Gleiwitz.

1932

Buchdruckerei F. Pöttken, Sendenhorst i. Westf.

Referent: Herr Professor Dr. Fr. Hoffmann
Korreferent: Herr Professor Dr. Dr. Weber

Herrn Hauptlehrer i. R.
Felix Macha
meinem lieben Großvater

Die Neubegründung des wirtschaftlichen und sozialen Liberalismus

Johannes Hanisch

Inhalt.

Literaturverzeichnis.

Bentham Jeremy: Principles of international law, übersetzt von Dr. Emil Klatscher. Eingl. und herausgegeben von O. Kraus, Halle 1915.

Cassel Gustav: Theoretische Sozialökonomie 5. Auflage, Leipzig 1928.

Cassel Gustav: Sozialismus oder Fortschritt? Berlin 1929 (zitiert: S. o. F.).

Cassel Gustav: Neuere monopolistische Tendenzen in Industrie und Handel, Berlin 1927 (zitiert: Tendenzen).

Cassel Gustav: Mein Lebenswerk, Sozialökonomie und Volksaufklärung. In: Soziale Praxis, Jahrgang 35, S. 1113.

Cassel Gustav: Selbstkritik. Die Sinnlosigkeit der staatlichen Arbeitslosenpolitik, Soziale Praxis, 24. 2. 1927.

Gestrich Hans: Liberalismus als Wirtschaftsmethode, Berlin 1930.

Briefs Goetz: Sozialpolitik und Wirtschaftsordnung. Magazin der Wirtschaft 6, 31, 1. 8. 30. S. 1435.

Halm Georg: Die Konkurrenz. Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, München und Leipzig 1929.

Halm Georg: Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Berlin 1929, Sammlung: Wirtschaftsprobleme der Gegenwart. Ad. Weber, München (zitiert: Sozialismus).

Halm Georg: Kann der Zins abgeschafft werden? Deutsche Arbeit, 14. Jahrgang 1929, S. 462—467.

Heimann Ed.: Mehrwert u. Gemeinwirtschaft. Kritische u. positive Beiträge zur Theorie des Sozialismus, Tübingen 1922.

Herkner Heinrich: Sozialpolitischer Liberalismus. In der Festgabe für Brentano zum 80. Geburtstag. Bd. I. 1925, S. 31.

Keynes John Maynard: Das Ende des Laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft, München und Leipzig 1926.

Lampe Adolf: Notstandsarbeiten oder Lohnabbbau? Kritik der Wirtschaftstheorie an der Arbeitslosenpolitik, Jena 1927 (zitiert: Notstandsarbeiten).

Märschak Jakob: Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft. Zur Mises'schen These von der Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung. Archiv f. Soz. Wiss. und soz. pol. Bd. 51, 1924, S. 502—520.

Marshall Alfred: Handbuch der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart und Berlin 1905.

Mises Ludwig: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922 (zitiert: G.).

Mises Ludwig: Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart, Jena 1929 (zitiert: J.).

Mises Ludwig: Liberalismus, Jena 1927 (zitiert: L.).

Mises Ludwig: Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, 2. Auflage, München und Leipzig 1924.

Mises Ludwig: Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik, Jena 1928.

Mises Ludwig: Vom Ziel der Handelspolitik. Archiv f. Soz. wiss. und Sozialpolitik Bd. 59, 1928.

Mises Ludwig: Die Arbeit im sozialistischen Gemeinwesen. Zeitschrift f. Volkw. und Soz. pol. Neue Folge, Bd. I, Wien und Leipzig 1921.

Mises Ludwig: Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung. Archiv f. Soz. wiss. und Soz. pol. Bd. 51, 1924 und 60, 1929.

Mises Ludwig: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen. Archiv f. S. w. u. S. p. Bd. 47, 1920/21.

Mises Ludwig: Soziologie und Geschichte. Archiv f. S. w. u. S. p. Bd. 60, 1929.

Mises Ludwig: Begreifen und Verstehen. Schmollers Jahrbuch Bd. 54, 1929.

Rubinstein Sigmund: Herrschaft und Wirtschaft. Grundlagen und Aussichten der Industriegesellschaft, München 1930.

Salz Arthur: Macht und Wirtschaftsgesetz. Ein Beitrag zur Erkenntnis des Wesens der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung, Leipzig und Berlin 1930.

Schumpeter Josef: Wesen und Hauptinhalt der Theoretischen Nationalökonomie, München und Leipzig 1908.

Schumpeter Josef: Vergangenheit und Zukunft der Sozialwissenschaften, München und Leipzig 1915.

Schumpeter Josef: Gustav Schmoller und die Probleme von heute. Schmollers Jahrbuch 1926, 50. Jg.

Schumpeter Josef: Lohnpolitik und Wissenschaft. Der deutsche Volkswirt, 3. Jg. S. 807, 22. 3. 29.

Schumpeter Josef: Grenzen der Lohnpolitik. Der deutsche Volkswirt, 3. Jg. S. 847, 28. 3. 29.

Schumpeter Josef: Wen trifft die Umsatzsteuer? Der deutsche Volkswirt, 3. Jg. S. 206, 1928/29.

Weber Adolf: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung. München und Leipzig 1929 (Zitiert: A. Vw. L.).

Weber Adolf: Arbeitskämpfe oder Arbeitsgemeinschaft, Tübingen 1927.

Weber Adolf: Wirtschaft und Politik, München 1927.

Weber Adolf: Ende des Kapitalismus? Die Notwendigkeit freier Erwerbswirtschaft. 2. Aufl. München 1929 (zitiert: Ende).

Weber Adolf: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. 5. Aufl. Tübingen 1929 (zitiert: Kampf).

Weber Adolf: Unser Wirtschaftsleben als Gegenstand des Universitätsunterrichts, Tübingen 1916.

Weber Adolf: Arbeitslohn und Zwangsschiedsspruch. Soziale Praxis, 38, 4, S. 81. 24. 1. 29.

Weber Adolf: Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik. München und Leipzig 1930.

Weber Max: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1922.
1. Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis 1904.
2. Der Sinn der „Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften. 1917/18.

Wiese Leopold, von: Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft. Berlin 1917.

Britain's Industrial Futures: Report of the Liberal Industrial Enquiry. London 1928 (Ernest Benn Lmtd.).

Gegenüberstellung von älterem und modernem Liberalismus.

Um das Neue an der Begründung des modernen Liberalismus zu kennzeichnen, muß in kurzen Strichen eine Gegenüberstellung mit dem älteren Liberalismus erfolgen. Es ist zwar schwierig, auf wenigen Seiten die Begründung des älteren Liberalismus zu skizzieren, da er eine Geschichte von mehr als zwei Jahrhunderten hat; doch kommt es hier nur darauf an, das Wesensmerkmal des älteren Liberalismus dem des modernen gegenüberzustellen. Der ältere Liberalismus ist im Letzten immer weltanschaulich begründet, während der moderne dem gegenüber für sich in Anspruch nimmt, wissenschaftlich zu sein. In der Darstellung wird bei einem zeitlich früheren und einem späteren liberalen System als zwei Idealtypen etwas mehr verweilt werden; die Zwischenzeit wird nur durch schlagwortartige Andeutungen gekennzeichnet werden. Der Liberalismus Benthams möge zum Ausgangspunkt der Betrachtung jener älteren liberalen Anschauungen werden. Bentham will in erster Linie kein politisches, soziales oder wirtschaftliches Programm geben, sondern eine Weltanschauung, eine Philosophie, ein ethisches System, das seine Sätze auf erfahrbare Erklärungsgründe zurückführt. (Es sei das gegenüber anderen Autoren hervorgehoben, die „nach metaphysischen Stützen suchten.") [1] Der vielzitierte Fundamentalsatz dieses Systems lautet: „The greatest happiness of the greatest number is the foundation of morals and legislation." [2] Das „greatest happiness principle" ist das ethische Axiom Benthams. Das Glück besteht in „Lust" und „Freiheit von Schmerz." Das Glück wird erreicht durch den hedonischen Egoismus des einzelnen. Dieser Egoismus ist bei Bentham sozial gebunden durch die Grundforderung seiner Moral: Jeder mache sich so nützlich als möglich, nützlich im Sinne seiner selbst und der Gesellschaft zugleich. Von der philosophischen Grundlage dieses hedonischen Utilitarismus her, folgert dann Bentham die liberalistisch-ethischen Postulate des Weltfriedens,

---

[1]) Vergl. Schumpeter: Vergangenheit und Zukunft der Sozialwissenschaften, S. 33.

[2]) Bentham Jeremy: Principles of international law. S. 14.

Freihandels usw. Auch bei anderen Autoren des 18. und 19. Jahrhunderts ist die Fundierung des Liberalismus mehr oder weniger aprioristisch, metaphysisch oder philosophisch [1]) in einer deistischen, pantheistischen oder panentheistischen Form oder im Gewande des Rationalismus. Es werden entsprechend göttliche Gesetze postuliert oder die „inneren Gesetzmäßigkeiten des Weltgeistes" oder die Gesetze der Vernunft. Von sämtlichen älteren Liberalen gemeinsam vertretene Gedanken waren, daß das Eigentum als Institution des Naturrechts abgeleitet wurde, und ferner das Axiom der Interessenharmonie, der Glaube an eine universelle Harmonie. Alle liberalen Autoren jener Zeit begründeten weltanschaulich, im letzten Grunde auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Denn auch die Klassiker [2]) waren in sozialer Teleologie befangen und hatten den Glauben an die Möglichkeit eines wissenschaftlich-rational beweisbaren Sollens. Sie fundierten ihre Beweise auf soziale Axiome — man denke nur an das Hauptdogma: „die Idee einer göttlichen prästabilierten Harmonie zwischen privatem Vorteil und allgemeinem Wohl," [3]) und postulierten ihre gewonnenen Erkenntnisse als natürliche, gerechte und notwendige Gesetzmäßigkeiten, als „Ewige Gesetze", die dann Glieder ihrer Weltanschauung wurden. [4]) Der Rahmen der ökonomischen Wissenschaft wurde von den Klassikern gesprengt.

Als wesentlich ist herauszustellen, daß der ältere Liberalismus weltanschaulich fundiert ist und zwar konzentrisch weltanschaulich, d. h. auf einer jeweils geschlossenen Gesamthaltung dem Leben gegenüber. Auch heute noch gibt es einen solchen weltanschaulichen Liberalismus. Er sei bezeichnet als idealistischer Liberalismus, dessen ältere Vertreter Lessing und Humboldt sind. Zwei lebende Autoren dieser Richtung sind Leopold von Wiese [5]) und Heinrich Herkner. [6]) Herkner versteht unter Liberalismus folgendes: „Liberalismus ist eine Weltanschauung, eine Art von Religion, ein Glaube. Der Glaube an die natürliche Würde und Güte der Menschen, an seine hohe Bestimmung, an seine Verbesserungsfähigkeit durch die Mächte der natürlichen Vernunft und Freiheit, an den Sieg der Gerechtigkeit und Wahrheit." [7])

Der moderne Liberalismus glaubt vom älteren wesentlich verschieden zu sein. Er hat sich den programmatischen Erklärungen nach von jeder weltanschaulichen Fundierung frei gemacht und ist „wirtschaftlich und sozial" geworden, d. h. er will bewußt nur für die wirtschaftliche und soziale Sphäre gelten. Die Begründung ist „rein

---

[1]) Schumpeter, a. a. O. S. 33 und passim.

[2]) Vergl. Schumpeter, a. a. O. S. 50.

[3]) Keynes John Maynard: Das Ende des Laisser-Faire, S. 3.

[4]) Vergl. Rubinstein: Herrschaft und Wirtschaft, S. 201: „Die ökonomischen Lehren der klassischen Nationalökonomie . . . treten . . . wie ihre philosophischen und juristischen Mutterideen als eine Gesamtanschauung sozialer Harmonie auf."

[5]) v. Wiese: Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft. Berlin 1917.

[6]) Herkner: Sozialpolitischer Liberalismus in der Festgabe für Brentano Bd. I. 1925.

[7]) Herkner: a. a. O. S. 39.

wissenschaftlich“ lediglich unter Zugrundelegung weithin anerkannter ökonomischer und sozialer Gesetzmäßigkeiten. Der Liberalismus ist dann ein „objektiv wissenschaftliches“ Lehrgebäude wirtschaftlicher und sozialer Zweckmäßigkeiten. Man weist weltanschauliche Hintergründe und Spekulation jeder Art weit von sich. Ganz fern glaubt man sich von Sozial- und Moralphilosophie. Inwieweit die modernen Liberalisten wirklich einzel-wissenschaftlich argumentieren, ist zu untersuchen. Darstellung, wirtschaftstheoretische Analyse und Kritik der Begründung dieses neuen Liberalismus ist die Aufgabe vorliegender Arbeit.

Dementsprechend ist das Thema in folgender Weise abgegrenzt: Die Darstellung und Untersuchung soll primär wirtschaftlich und wirtschaftstheoretisch sein und nur in dem geringen Maße auf soziale Probleme eingehen, als es die Liberalisten selbst im Laufe ihrer Untersuchungen tun, wobei es sich wesentlich um die Feststellung und Erörterung der zu Hilfe genommenen sozialen Axiome handeln wird. Die soziale Seite ist im Liberalismus deswegen erst von sekundärer, akzidenteller Bedeutung, weil bei ihm das wirtschaftliche Optimum das Zentralproblem ist, das soziale Optimum ohne weiteres durch das wirtschaftliche und nur durch das wirtschaftliche Optimum gegeben ist. Das Verhältnis der sozialen Sphäre im Liberalismus zur ökonomischen kennzeichnet sehr treffend Briefs: „Die Autonomie des Gesellschaftlichen wird der Autonomie der Wirtschaft geopfert, genauer: Die Gesellschaft wird ökonomistisch aufgefaßt. Die gesellschaftlichen Positionen sind Ableitungen aus der Wirtschaft. Dabei gilt die These, daß die Wirtschaft alle möglichen Konflikte „in sich“ löse.“ [1]) Es liegt also durchaus in den Gegebenheiten des modernen wirtschaftlichen und sozialen Liberalismus, wenn die Arbeit betont wirtschaftstheoretisch gedacht ist.

Es soll nur das Neue an der Begründung gezeigt werden, z. B. wird das Freihandelsargument nicht ausführlich behandelt, weil seit den Klassikern auf diesem Gebiete von den Liberalen nichts wesentlich Neues geboten worden ist. Eine andere Begrenzung der Arbeit liegt darin, daß nur Autoren herangezogen werden, die eine konsequente „wissenschaftlich“-liberale Haltung haben. Nicht berücksichtigt sind also Autoren mit gelegentlicher liberaler Stellungnahme, außerdem solche Autoren, die lediglich liberalistisch ausgedeutet werden, obgleich sie selbst nie eine „liberale Theorie“ gegeben haben wollen.

---

[1]) Briefs G.: „Sozialpolitik und Wirtschaftsordnung“. Magazin der Wirtschaft. 6, 31; 1. 8. 1930, S. 1436.

I. Teil. Der „Wissenschaftliche“ Liberalismus. Positive Beweisführung.

1. Die liberale Wirtschaft und Gesellschaft. Aufbau und Ziel.

Mises, dem die anderen liberalen Autoren sich inhaltlich anschließen, definiert dem Liberalismus [1]) folgendermaßen: „Der Liberalismus ist keine abgeschlossene Lehre, er ist kein starres Dogma, er ist das Gegenteil von all dem: er ist die Anwendung der Lehren der Wissenschaft auf das gesellschaftliche Leben der Menschen.“ Wie sieht die liberale Gesellschaft und Wirtschaft aus? Welche Ziele verfolgt der Liberalismus? Der Liberalismus „hat in letzter Linie nichts anderes im Auge, als die Förderung der äußeren, der materiellen Wohlfahrt der Menschen und kümmert sich unmittelbar nicht um ihre inneren, um ihre seelischen und metaphysischen Bedürfnisse ... er verspricht den Menschen nichts anderes als möglichst reichlichere Befriedigung aller jener Wünsche, die durch Bereitstellung von Dingen der Außenwelt befriedigt werden können.“ [2]) Der innere seelische Reichtum der Menschen sei überhaupt durch kein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu garantieren, sondern sei eine vollkommen individuelle Angelegenheit. Der Liberalismus „will nichts anderes schaffen, als die äußeren Vorbedingungen für die Entfaltung des inneren Lebens.“ [3]) Sein Weg sei die einzige und zugleich beste Möglichkeit, der immateriellen Wertbereicherung der Menschen zu dienen. Der Vorwurf des Materialismus sei also hinfällig. Die Sicherung der materiellen Wohlfahrt könne nur rational, nach den Gesetzen der Vernunft und Zweckmäßigkeit, erreicht werden, durch Anwendung der Erkenntnisse der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft. Rationalismus als Methode sei also für den Liberalismus eine selbstverständliche Notwendigkeit, woraus ihm kein Vorwurf erwachsen könne. Die Wirtschaftsreform, die den Liberalismus verwirklicht, sei jetzt und immer der Kapitalismus. Kapitalismus

---

[1]) Mises: Liberalismus, S. 3.
[2]) Mises: L. S. 3.
[3]) Mises: L. S. 4.

sei realisierter Liberalismus; beide Ausdrücke besagen für Mises inhaltlich das Gleiche. Die liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung beruhe auf vier Grundlagen: Eigentum, Privateigentum an den Produktionsmitteln; Freiheit, individuelle Freiheit, insbesondere Freiheit der Arbeit; Frieden, a) innerhalb der Volkswirtschaft; der Mehrheitswille entscheidet, nicht die Macht; Demokratie; b) Weltfrieden; Krieg und internationale Arbeitsteilung sind unvereinbar. „Soll die Arbeitsteilung die ganze Welt umfassen, so muß ewiger Friede zwischen den Völkern gesichert sein." [1]) Wirtschaftlich begründeter Pazifismus; Gleichheit, formale Gleichheit, Gleichheit vor dem Gesetz, der Freiheit und des gesellschaftlichen Friedens wegen.

Das Fundament des Liberalismus sieht Mises in dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Freiheit, Frieden und Gleichheit, die übrigen Grundlagen liberaler Politik, seien nichts anderes, als eine Sicherung der ersten Grundlage, des Sondereigentums an den Produktionsmitteln. Das Sondereigentum bedeute wegen der Verschiedenheit des wirtschaftlichen Erfolges der Wirtschaftssubjekte Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Diese Ungleichheit sei die Triebfeder des wirtschaftlichen Fortschritts und die treibende Kraft einer arbeitsteiligen Wirtschaft überhaupt. „Nur weil unsere Gesellschaftsordnung die Ungleichheit des Eigentums kennt, nur weil sie jeden anspornt, so viel als möglich und mit dem geringsten Aufwand an Kosten zu erzeugen, verfügt die Menschheit heute über die Summe von jährlichem Reichtum, den sie nun verzehren kann. Würde man diesen Antrieb beseitigen, so würde man die Ergiebigkeit der Produktion so sehr herabdrücken, daß die Kopfquote des Einkommens bei gleichmäßiger Verteilung tief unter das fallen würde, was selbst der Ärmste heute erhält." [2]) Gerade dem Luxuskonsum, also dem Spitzeneinkommen mißt Mises sehr hohe, wirtschaftsdynamische Bedeutung bei, als Antrieb für Konsumenten und Produzenten durch Erstreben bezw. Bereitstellen „von Fortschritten und Neuerungen, die schrittweise Hebung des Lebensstandes aller Kreise der Bevölkerung" [3]) zu bewirken. Die Ungleichheit der Einkommen wirke auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte als ein Antrieb zur möglichst intensiven Ausnutzung der gegebenen Produktionsmittel und ferner wirke sie auf die Beziehungen der Wirtschaftssubjekte untereinander ein, in dem sie den Wettbewerb um die jeweils rationalste Produktion anfacht. Das Privateigentum erzwinge letzten Endes ein zweifaches Streben nach Rationalität, erstens nach bestmöglicher Verwendung der eigenen Mittel, einschließlich Arbeitskraft, für das Wirtschaftssubjekt selbst, zweitens nach bestmöglicher Produktion gegenüber den anderen Produzenten zur Steigerung des Ertrages. Der Aufbau des Liberalismus als der Gesellschaftsform, die auf dem Privateigentum beruht, berge also in sich die Tendenz, die Gesellschaft in der denkbar besten Weise

[1]) Mises: L. S. 23.
[2]) Mises: L. S. 27.
[3]) Mises: L. S. 29.

mit Gütern zu versorgen, da jeder ständig gezwungen sei, sein Maximum an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Gesellschaft nutzbar zu machen, bei Strafe von Eigentumsentwertung bezw. Verlust.

2. Die „wirtschaftstheoretischen" und „soziologischen" Grundlagen.

Ziel und Aufbau des Liberalismus werden begründet durch einen „wissenschaftlichen" Beweis, der nun erbracht werden soll. Mises legt seinen Gedankengängen wie jeder Theoretiker von Gesellschaft und Wirtschaft einen bestimmten Gesellschafts- und Wirtschaftsbegriff zu Grunde.

a) Gesellschaft.

Den Gesellschaftsbegriff bestimmt er folgendermaßen: „Die Gesellschaft ist die Vereinigung der Menschen zu gemeinsamem Handeln,"[1]) und zwar auf die wirtschaftliche Gesellschaft zugeschnitten: „zwecks besserer Ausnutzung der natürlichen Daseinsbedingungen." [2]) Die Gemeinschaft im Handeln der einzelnen Organe des Gesellschaftsorganismus sei nichts anderes als Arbeitsteilung; diese sei letzten Endes die Grundlage alles gesellschaftlichen Lebens, der Gesellschaft selbst. Habe man Arbeitsteilung als das Wesen der Gesellschaft erkannt, so bleibe kein Raum für die Antithese Individuum oder Gesellschaft, Individual- oder Sozialprinzip. [3]) Den „Kampf ums Dasein, den soziologischen Darwinismus", den Herbert Spencer verkündet hat, lehnt Mises als eine „Theorie der Ungeselligkeit" ab. Die Gesellschaft könne überhaupt unmöglich aus dem Kampfprinzip heraus entstanden gedacht werden, sondern nur aus dem Streben nach Kooperation, nach wechselseitiger Hilfe, nach innerem Frieden. „Die Solidarität der Interessen aller Glieder der Gesellschaft ist die einzig mögliche Gesellschaftstheorie, die einzige, die zeigt, wie Gesellschaft möglich ist." [4]) Diese optimistische Gesellschaftsauffassung enthält nichts anderes als das altliberale Axiom der Interessenharmonie: Das Einzelinteresse ist sogleich Gesamtinteresse. Das Einzelinteresse — hier noch vorwiegend gesellschaftlich gesehen — werde von dem Individuum im Wettbewerb vertreten; Wettbewerb sei kein Kampf, — Kampf sei zerstörend — Wettbewerb sei aufbauend. Wettbewerb sei als: „Auslese der Besten" ein „Grundprinzip des gesellschaftlichen Zusammenwirkens, das unter keinen Umständen ausgeschaltet werden kann." [5]) „Es ist das ordnende Prinzip im gesellschaftlichen Verbande." [6])

---

[1]) Mises: L. S. 16.
[2]) Mises: Gemeinwirtschaft (G.) S. 304.
[3]) Mises: G. S. 285.
[4]) Mises: G. S. 330.
[5]) Mises: G. S. 309.
[6]) Mises: G. S. 319.

b) Wirtschaft.

Der zweite Grundbegriff ist der des Wirtschaftens: Wirtschaften sei rationales Handeln. Endzweck des rationalen Handelns [1]) sei der Mensch. „Handeln ist zielstrebiges Wirken nach Außen. Sein letztes Ziel ist immer Beseitigung eines als mißlich erkannten Zustandes, Behebung eines Mangels, Befriedigung, Steigerung des Glücksgefühls." [2]) „Die Theorie des Handels kann immer nur eudämonistisch und utilitaristisch sein." [3]) Wenn man über das Wesen des menschlichen Handelns Klarheit gewonnen habe, sei es überflüssig, den Scharfsinn auf Trennung des „Wirtschaftlichen" oder „Reinwirtschaftlichen" vom Außerwirtschaftlichen zu verwenden, denn das Wirtschaftliche umspanne letzten Endes alles menschliche Handeln. Das rationale Handeln, das Wirtschaften nach dem ökonomischen Prinzip sei für das Wirtschaftssubjekt eine unerbittliche Notwendigkeit bei Sondereigentum an den Produktionsmitteln; aber auch nur bei Privateigentum werde stets und immer grundsätzlich wirtschaftlich gehandelt und zwar erstens, weil das die Grundlage für das Einzelinteresse und die Selbstverantwortlichkeit sei und zweitens, weil es den Wettbewerb der Wirtschaftssubjekte untereinander anfacht; einen Wettbewerb, der bei uneingeschränktem Privateigentum ein wirklich freier Wettbewerb sei. Der Wettbewerb habe für die Wirtschaft eine zweifache fundamentale Bedeutung: Erstens als Fortschrittsmoment: „Nur weil alle Unternehmer beständig im Wettbewerb stehen und schonungslos ausgemerzt werden, wenn sie nicht in der rentabelsten Weise erzeugen, wird immerfort an der Verbesserung und Ausgestaltung der Produktionsmethoden gearbeitet." [4]) Zweitens als Auslesemoment: „Die Verfügung über die Produktionsmittel haben in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer diejenigen, die für die Ueberführung der Produktionsmittel in die gesellschaftlich wichtigste Verwendung am besten geeignet sind, und sie müssen, ob sie wollen oder nicht, bei Strafe des Eigentumsverlustes stets darauf bedacht sein, die Produktionsmittel so zu verwenden, daß sie den höchsten Ertrag bringen." [5])

3. Die Beweisführung.

Die „theoretischen" Grundlagen der Beweisführung sind nunmehr so knapp wie möglich zusammengetragen. Daß die „wirtschaftstheoretischen" den „soziologischen" so korrespondieren, nimmt nicht Wunder,

---

[1]) Mises: Soziologie und Geschichte, S. 475. „Das Grundgesetz des Handelns ist das wirtschaftliche Prinzip".

[2]) Mises: G. S. 97.

[3]) Mises: G. S. 97.

[4]) Mises: L. S. 59.

[5]) Mises: L. S. 59.

da für Mises, wie für viele moderne Theoretiker, die Wirtschaftstheorie als Theorie des rationalen (wirtschaftlichen) Handelns, [1]) nur ein Teilgebiet der Soziologie, der Theorie des menschlichen Handelns überhaupt, ist.

Es sind die gegebenen theoretischen Grundlagen zu verknüpfen und auszuwerten, um den Beweis zu erbringen. Doch muß zunächst noch etwas vorbemerkt werden: Bis hierhin ist wesentlich nur eine durch das Ziel der Arbeit geformte Darstellung Mises'scher Anschauung gegeben worden, nunmehr muß aus Mises herausgelesen werden, da Mises zwar an den „positiven Beweis" sehr nahe heranführt, die Schlußfolgerung aber nicht ausdrücklich selbst aufstellt, wiewohl sie an unzähligen Stellen [2]) dem Inhalt nach gegeben ist oder vorausgesetzt sein muß, wenn seine Deduktionen überhaupt als sinnvoll gelten können. Wenn nämlich mit Mises als richtig angenommen werden kann, daß Wirtschaften rationales Handeln ist, und daß die Verwirklichung des Rationalprinzips Privateigentum voraussetzt, d. h. daß der freie Wettbewerb, der ja angeblich im Privateigentum beruht und mit ihm wesentlich identisch ist, stets automatisch dahin strebt, die unter den gegebenen Umständen größtmögliche Rationalität zu verwirklichen, so führt die theoretische Analyse zu der Wirtschaftsverfassung des Privateigentums, die durch den freien Wettbewerb das Maximum an Güterversorgung bereitstellt. Es sei unmöglich, irgend ein anderes Prinzip ausfindig zu machen, das so umfassend, mit solcher Intensität die am Wirtschaftsprozeß Beteiligten zwingt, an der jeweils bestmöglichen Versorgung der Gesellschaft in jedem Augenblick zu arbeiten und zwar bei Strafe der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz. Nur die so aufgebaute Wirtschaft die liberale Wirtschaftsverfassung sei möglich, weil sie allein rational sei, oder weil sie allein einen solchen Zwang, zu höchstmöglicher Rationalität ausübe. Durch die letzte vorsichtigere Formulierung berücksichtigt Mises die Unzulänglichkeit der menschlichen Vernunft und gibt zugleich zu, daß die gesellschaftliche Ergiebigkeit der liberalen Wirtschaft nicht die absolut höchste ist, sonderm dem absoluten Maximum an Rationalität und Produktivität nur am nächsten kommt. Daraus ergibt sich für ihn die Notwendigkeit zu zeigen, daß auf anderen Prinzipien aufgebaute Wirtschaften an sich unrational sind, oder vom absoluten Maximum erheblich abweichen, [3]) es sei denn, daß es möglich ist, direkt zu zeigen, daß der Liberalismus das Maximum an Bedürfnisbefriedigung bereitstellt oder dem sehr nahe kommt; das erfordert einen zahlenmäßigen Vergleich der interpersonalen Bedürfnisse, mit der unter den gegebenen Umständen erreichten Bedürfnisbefriedigung. Mises hat offenbar die Unmöglichkeit dieses Vergleiches erkannt und vermeidet daher die ausdrückliche Formulierung der Maximumbehauptung. Der Umstand, daß Mises ständig inhaltlich mit diesem Argument arbeitet, gab dem Verfasser die Berechtigung, den Kernpunkt

---

[1]) Mises: Soziologie und Geschichte, S. 465.

[2]) Im zweiten Teil der Arbeit wird es hinreichend in Erscheinung treten.

[3]) Dieser „negative" Beweis wird im zweiten Teil der Arbeit geführt werden.

des „positiven wissenschaftlichen Beweises“ als von Mises gegeben anzuführen. Denn, wenn auch die zahlenmäßige Belegung des Mises'schen Beweisganges unmöglich ist, so glaubt doch Mises, daß im Prinzip die Maximumbehauptung für den Liberalismus wissenschaftlich erweisbar ist und von ihm bewiesen worden sei, wenn anders seine Ausführungen sinnvoll ausgedeutet werden können.

4. Analyse und Kritik des positiven Beweises. [1] [2]

Mises' Theorie der Gesellschaft und Wirtschaft bedeutet, daß unter den gewordenen und gegebenen Umständen Liberalismus-Kapitalismus, die allein einzel-wissenschaftlich erweisbare Wirtschaftsverfassung ist; es ist nun zu untersuchen, ob und inwieweit seine These nach allgemein anerkannten theoretischen Erkenntnissen haltbar ist.

Sicherlich ist Wirtschaften rationales Handeln, d. h. das Bestreben des Wirtschaftssubjektes mit einem Minimum an Aufwand ein Maximum an Bedarfsdeckung, an Ertrag zu verwirklichen; nur soll hier schärfer, als es Mises tut, betont werden, daß auch bei Privateigentum nur mehr oder weniger rational gehandelt wird, ferner, daß die effektive Rationalität auch im Liberalismus hinter der zurückbleibt, die unter den gegebenen Umständen an sich erreichbar ist. Der Grund hierfür liegt in dem unzulänglichen geistigen Vermögen, insbesondere in unzureichender Marktübersicht der einzelnen Wirtschaftssubjekte. Sicherlich straft der Wettbewerb Fehldispositionen mehr oder weniger bald durch Verluste. Aber es ist zu fragen: Erstens: Ist Wettbewerb wirklich nur bei Privateigentum möglich? Zweitens: wann und unter welchen Umständen garantiert freier Wettbewerb das Maximum an Sozialprodukt? (Immer, wie Mises annimmt.) Drittens: Welche Stellung haben der Wettbewerd und das Maximumtheorem in der modernen Theorie? (Dieselbe, wie bei Mises?)

Erste Frage: Ist Wettbewerb nur bei Privateigentum möglich? Erweitert man zunächst die Frage zu der vollen Bedeutung, die sie bei Mises hat, so lautet sie: Ist Wettbewerb das Charakteristikum der modernen entwickelten Verkehrswirtschaft, die auf dem Privateigentum beruht, ist der Wettbewerb nur in dieser möglich? Es ist

---

[1]) Weil Mises der einzige Systematiker des „wissenschaftlichen“ Liberalismus ist, liegt nur von ihm der „positive Beweis“ fest, so daß bis hierher nur Mises gebracht werden konnte.

[2]) Es sei hervorgehoben, daß es dem Verfasser fernliegt, Ziel und Aufbau des Liberalismus zu kritisieren, da das nur auf Grund von Wertungen geschehen kann. Wertungen liegen, wie noch zu zeigen ist, zweifelsohne bei Mises vor. Verfasser jedoch macht sich Max Webers Anschauung zu eigen: „Jede sinnvolle Wertung fremden Wollens kann nur Kritik aus einer eignen Weltanschauung heraus, Bekämpfung des fremden Ideals vom Boden eines eigenen Ideals aus sein“. (Die Objektivität soz. wiss. u. soz. pol. Erkenntnis, S. 157.) Bei der Anlage dieser Arbeit als wirtschaftstheoretischer Untersuchnng kann daher Analyse und Kritik erst beim „wissenschaftlichen“ Beweise einsetzen.

ohne weiteres einzusehen, daß es auch in der geschlossenen Hauswirtschaft, in der Wirtschaft eines Robinson, [1]) Wettbewerb in der Weise gibt, als es einen Wettbewerb unter den möglichen Verwendungen der einzelnen Güter und unter den möglichen Techniken der Produktion gibt, desgleichen in einer kommunistischen Wirtschaft, erst recht in einer sozialistischen, wo man die Güterverwendung bei Strafe der Minderversorgung der Gesellschaft auch nur nach dem Rationalprinzip vollziehen kann. Hier wie in der geschlossenen Hauswirtschaft gibt es auch einen Leistungswettbewerb der Wirtschaftsfunktionäre, sobald es irgendwie Leistungslohn gibt, der ja im Prinzip der sozialistischen Wirtschaft in keiner Weise widerspricht. Sobald man nicht in Betrachtung der heutigen Formen des Wettbewerbs versinkt, sieht man klar, daß der Wettbewerb nicht am Privateigentum „hängt" oder mit ihm aufs Engste verknüpft ist, wie Mises behauptet.

Zweite Frage: Wann und unter welchen Umständen garantiert freie Konkurrenz das Maximum an Sozialprodukt? Die Antwort lautet: Nur in der statischen Wirtschaft. Das Maximumgesetz ist „essentiell statisch." [2]) u. [3]) Es besagt nämlich in der modernen reinen Theorie wesentlich Folgendes: Im Gleichgewichtszustand wird bei festgegebener Verteilung aller Genuß- und Produktionsgüter unter den gegebenen Verhältnissen d. h. den natürlichen Vorbedingungen aller Art der Güter und der wirtschaftenden Menschen, jenes Maximum an Bedürfnisbefriedigung, an Sozialprodukt erreicht, das auf Grund der Gegebenheiten bei freiem Wettbewerb, d. i. freiem Tausch, erzielt werden kann. Im Gleichgewichtszustand bedeutet: In der statischen Wirtschaft. Diese exakt formulierte Gesetzmäßigkeit ist in schlichten Worten gesagt nichts anderes als die Trivialität, daß unter sonst gleichen Umständen bei freier Konkurrenz der Tausch ungehemmt erfolgt, sodaß also, soweit es vom Tausch abhängt, die Bedürfnisbefriedigung und das Sozialprodukt maximal sind. Dieses unanfechtbare statische Theorem wird von Mises und anderen liberalen Autoren in die Dynamik übernommen. Der dynamische Ablauf der Wirtschaft sei als Kurve der in den Zeiteinheiten durchschnittlich erreichten und errechenbar gedachten Sozialprodukte aufgetragen. Sie verläuft irgendwie von links unten nach rechts oben ansteigend; die jeweilige Steigung entspricht den historischen Gegebenheiten. Bei freier Konkurrenz hat die Kurve nach Mises ihren maximalen Verlauf. Bei voller Realisierbarkeit der freien Konkurrenz stimmt das für jeden Zeitpunkt (quasistatischen Gleichgewichtspunkt), jedoch nicht für den Wirtschaftsverlauf, also für den gesamten Kurvenverlauf. Bleibt zunächst die Frage der vollen Realisierbarkeit der freien Konkurrenz unerörtert, so muß der Einwand erhoben werden, daß Beschränkungen der Konkurrenz möglicherweise geeignet sind, die Wirtschaftsdaten so zu verändern und

---

[1]) Vergl. Schumpeter: Wesen u. Hauptinhalt der Nationalökonomie, S. 195.

[2]) Schumpeter: Wesen und Hauptinhalt, S. 212. Die folgenden Ausführungen über den freien Wettbewerb und das Maximumtheorem stützen sich auf Schumpeter: Wesen und Hauptinhalt, S. 192—212.

[3]) Vergl. auch Marshall: Handbuch der Volkswirtschaftslehre, S. 451 ff.

die Intensität des wirtschaftlichen Fortschrittes, (dargestellt durch die Steigung der Kurve,) so zu steigern, daß der Verlust an quasistatischer Maximalversorgung überkompensiert wird, und zwar nicht für die Zeit des Eintritts der Behinderung oder unmittelbar nachher, sondern für die sich anschließende Entwicklung. Es sei das kurz an Beispielen gezeigt: Gegen Fordautos wurde nach ihrem sieghaften Eindringen in den Weltmarkt allenthalben Zoll erhoben. Ford hob daraufhin die Qualität und verbilligte durch Rationalisierung jeder Art seine Ware so, daß ihr Absatz trotz der Zollmauern steigt. Ford ist es also gelungen von sich aus, gezwungen durch die Konkurrenzbehinderung, das Sozialprodukt nicht nur Amerikas sondern der Welt zu steigern. Ferner ist Ausschaltung ruinöser freier Konkurrenz durch Zusammenfassung der Betriebe in Großbetrieben, sei es technischer, sei es kaufmännischer Art, geeignet, das Sozialprodukt zu erhöhen, (z. B. I. G. Farben). Auch monopolistische Lohnerhöhungen können (wenn sie in engen Grenzen bleiben) prinzipiell Veränderungen der Wirtschaftsdaten (Rationalisierung, Automatisierung u. s. w.) erzwingen, die Intensivierung des wirtschaftlichen Fortschritts, also Vergrößerung des Sozialprodukts bewirken, derart daß die zunächst eingetretene Minderung überkompensiert wird. Aus alldem geht hervor, daß der Gültigkeitsbereich des Maximumtheorems auf die Statik beschränkt bleiben muß.

Dritte Frage: Welche Stellung haben nun der freie Wettbewerb und das Maximumtheorem in der modernen Theorie, und welche im Gegensatz dazu bei Mises? Freier Wettbewerb und Maximumtheorem sind in der modernen reinen Theorie nichts als methodische Hilfsmitttel zur Konstituierung des Gleichgewichtszustandes, d. h. des Zustandes, in dem auf Grund der Gegebenheiten der Wirtschaft keine besseren Verwendungsmöglichkeiten für die wirtschaftlichen Güter bestehen, sodaß sich kein weiterer Tausch mehr lohnt, Angebot und Nachfrage ausgeglichen sind und ein fester Preis entsteht. Freier Wettbewerb bedeutet also Abhandensein von außerwirtschaftlichen Momenten, die den freien Tausch behindern, sodaß also die unter den gegebenen Umständen beste Verwendungsmöglichkeit der Güter verwirklicht werden kann. Es wird dann der jeweils realisierbare Grad von Bedürfnisbefriedigung erreicht, die Maximumbedingung also erfüllt. Diese Erfüllung erfolgt jedoch nur in der Theorie und hat nur theoretisch-methodischen Wert zur Analyse der Preisbildung; [1]) in der Praxis gibt es freie Konkurrenz nur in sehr weiter Annäherung, da auch in der liberalsten Epoche der Wirtschaftsgeschichte die Konkurrenz immer beschränkt war; man denke an die beschränkte Beweglichkeit und Tauschfähigkeit der Leistungsgüter, d. i. der Arbeit. Mises unterschätzt also einmal die Bedeutung der realisierbaren Konkurrenz überhaupt, dann übersieht er ihren fiktiven, theoretischen, rein statischen Charakter hinsichtlich des Maximumtheorems.

[1]) Ueber „freie Konkurrenz“ und Maximumbehauptung in der Dynamik eingehend im II. Teil, 4 c.

Seiner Bewertung des freien Wettbewerbs als des normalen, allein konsequent wirtschaftlichen und daher erstrebenswerten Zustandes, kann also wissenschaftlich nicht gefolgt werden; sie liegt bereits im Gebiete der Sozialphilosophie. Es steckt nichts anderes hinter Mises' Gedanken als die Idee von der gesellschaftlichen Harmonie der Einzelinteressen, die auf die Wirtschaft übertragen ist. Wie die Maximumbedingung unwirkliche und unrealisierbare Gegebenheiten voraussetzt, so auch die Interessenharmonie; erstens, daß die Gesellschaft entwickelungslos ist, denn nur so ist das Einzelinteresse klar zu ersehen, zweitens, daß die Individuen absolut vernünftig sind und zwar mindestens in dem Sinne, daß sie in jedem Augenblick aus der bewußtgewordenen Erkenntnis so handeln, daß ihr Einzelinteresse, auf lange Sicht gesehen, mit dem Gesamtinteresse übereinstimmt. Denn nur dann werden sie in jedem Augenblick mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse handeln.

Ergebnis: Der positive „wissenschaftliche" Beweis des Liberalismus durch Mises ist wirtschaftstheoretisch und gesellschaftstheoretisch nicht haltbar.

II. Teil. Kritik des modernen Liberalismus an anderen Wirtschaftsverfassungen.

Negative (indirekte) Beweisführung.

1. Vorbemerkungen.

Die Notwendigkeit des negativen Beweises ergibt sich bei Mises aus der Unmöglichkeit eines zahlenmäßig exakten positiven Beweises Die anderen Autoren beschreiten von vornherein nur den indirekten Weg des negativen Beweises; daneben verwenden auch sie positive Argumente, wenn sie Stellung nehmen zur Frage der Umformung der modernen Wirtschaftsverfassung, des Kapitalismus.

a) Die Behauptung.

Der negative oder indirekte Beweis enthält also stets einen doppelten Gedankengang: Zunächst wird die absolute oder relative — je nach der Einstellung des betreffenden Autors Unwirtschaftlichkeit der nicht liberalen Wirtschaftsverfassung dargelegt, dann die grundsätzliche oder vergleichsweise Wirtschaftlichkeit des Liberalismus gegenübergestellt. Zunächst wird also die andere Wirtschaftsverfassung zurückgewiesen, wegen ihrer inneren Unmöglichkeit bezw. ihrer Nachteile gegenüber dem Liberalismus. Dann die liberale Wirtschaft wegen ihrer wesensmäßigen Vollwertigkeit bezw. verhältnismäßigen Höherwertigkeit dafür gesetzt. Der einzelne Autor verweilt nun bei dem einzelnen Objekt, einmal mehr bei dem Zurückweisen, das andere mal mehr bei dem positiven Dafürsetzen, ganz wie Temperament und der eingeschlagene Gedankengang es mit sich bringen. Die Darstellung folgt dem im allgemeinen, nur wenn Wiederholungen der bereits dargestellten Gedanken anderer Autoren erfolgen würden, wird der sich für die Darstellung wiederholende Gedankengang nur kurz berührt, bezw. auf die gleiche bereits gezeigte Stellungnahme hingewiesen. Insbesondere bei Adolf Weber, dem zuletzt angeführten Autor, wird das mehrfach in Erscheinung treten, da er teilweise die Gedanken von Mises und Cassel übernimmt. Insgesamt wird sich herausstellen, daß die Neubegründung des modernen Liberalismus einen stark negativen Charakter hat, und zwar bei allen Autoren. Wegen der Systematik seines Gedankenganges soll Mises den Vorzug erhalten und Führer durch den negativen Beweis sein.

b) Die Beweisobjekte.

Mises hält prinzipiell — nicht praktisch — im Falle des Bestehens der Cooperation nur zwei Gesellschafts- und Wirtschaftsformen für möglich. Erstens: die Gesellschaftsverfassung, die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruht, Kapitalismus — Liberalismus; zweitens: die Gesellschaftsverfassung, die auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruht, Gemeinwirtschaft, Sozialismus oder Kommunismus. Zwar kennt Mises noch eine dritte Möglichkeit: die Gesellschaftsverfassung, die auf dem Eigentum der Verbände der in den einzelnen Produktionszweigen Tätigen beruht, Syndikalismus. „Das syndikalistische Programm ist so widerspruchsvoll und führt zu so absurden Konsequenzen", [1]) daß Mises sich eine Gegenüberstellung des Liberalismus mit diesem System sparen zu können glaubt, zumal es niemals ernstlich und konsequent vertreten worden sei. Zwischen den beiden von Mises' Blickpunkt aus konsequenterweise nur möglichen Systemen, dem Liberalismus und dem Sozialismus (wie sich zeigen wird, eigentlich Kommunismus), sieht Mises noch einen dritten Systemversuch, den Interventionismus, das „zwischen beiden vermittelnde System des durch obrigkeitliche Maßnahmen beschränkten, geleiteten und regulierten Eigentums Einzelner", [2]) das jedoch „theoretisch" unmöglich sei. Cassel und Adolf Weber haben dieselbe Einteilung der diskutierbaren Wirtschaftsverfassungen; nur steht bei ihnen der Sozialismus im Vordergrund, gegenüber dem Kommunismus, der nicht ernsthaft diskutiert wird. Der negative Beweis hat also zum Objekt den Sozialismus einschließlich des Kommunismus und den Interventionismus.

2. Stellungnahme zum Sozialismus.

a) Mises' Beweis der Unmöglichkeit des Sozialismus.

Der Beweisführung, daß der Sozialismus unmöglich ist, legt Mises folgendes Wirtschaftsideal zu Grunde: Sozialismus sei die Wirtschaftsverfassung, in der die im Staat organisierte Gesellschaft Eigentümer aller sachlichen Produktionsmittel und Leiter der gesamten Produktion sei. Im Sozialismus erwarte man vom Gemeineigentum, sei es aller Güter und Dienste, sei es der Produktivgüter, daß es das Wohl der Gesamtheit garantiere. Die eigentliche Aufgabe, das Kernproblem des Sozialismus sei „die gerechte Verteilung". Da ein objektiv-gerechter Maßstab der Verteilung nicht realisierbar sei — die Arbeitswertverteilungstheorie sei hinreichend widerlegt — erfolge die Verteilung nach einem von der Wirtschaftsleitung festgelegten Schlüssel.

---

[1]) Mises: Kritik des Interventionismus (J.) S. 60.
[2]) Mises: J. S. 24.

Konsequenterweise bleibe nach dem Gleichheitsprinzip nur die gleichmäßige Verteilung als haltbare Lösung übrig. Demnach ist also für Mises nur der Kommunismus möglich, da sich ein Zwang zu gleichzeitiger Vergesellschaftung von Produktion und Konsumtion geltend mache. Eine wesentliche Folge der Organisation des Gemeineigentums sei, daß der Tausch als Marktverkehr nicht mehr bestehe, sondern nur ein Ergänzungstauschverkehr in der Weise, daß die Konsumenten die ihnen zugeteilten Güter austauschten, weil z. B. der eine lieber Bier trinke, als Zigaretten rauche, der andere umgekehrt. Es handele sich also dann nur um Nutaraltausch, der eines indirekten Tauschmittels, des Geldes, kaum bedürfe.

(1) Argument Wirtschaftsrechnung.

Mises hält diesen Sozialismus und den Sozialismus insgesamt aus zwei Gründen für unmöglich: Erstens weil infolge der Grundlage des Gemeineigentums die Preisbildung aufhöre und damit die Wirtschaftsrechnung unmöglich werde, und zweitens weil infolge des Fehlens des Privateigentums die Selbstverantwortlichkeit der Wirtschaftssubjekte aufhöre. Den ersten Grund legt Mises folgendermaßen dar: [1]) Nach Vergemeinschaftung der Produktionsmittel und der Produktion höre im Wesentlichen jeder marktmäßige Tausch auf. Anstelle des Tausches trete die Zuweisung von Seiten der sozialistischen Produktionsleitung. Der Tausch jedoch habe folgende unentbehrliche Funktionen in der Verkehrswirtschaft: Durch das „Zusammenspiel der subjektiven Wertschätzungen aller am Tauschverkehr teilnehmenden Wirte", [2]) entstehe der objektive Tauschwert der Güter. Der objektive Tauschwert allein ermögliche die Zurückführung der Güterwerte auf eine Einheit; diese Einheit sei in der modernen Verkehrswirtschaft das Geld. Die objektiven Tauschwerte d. h. die Marktpreise der Güter werden also in Geld gemessen, es entstehe aus dem Markttausch die Geldrechnung. Die Geldwertrechnung werde nun die Grundlage aller Wirtschaftsrechnung. Die Wirtschaftsrechnung habe einen zweifachen Vorteil: Erstens beseitige sie die Unvergleichbarkeit der subjektiven Verbrauchswerte der einzelnen Menschen, sodann ermögliche sie den am Tauschverkehr beteiligten Wirten die Orientierung ihrer Produktion am Marktwert der Güter hinsichtlich Art und Zahl. Ferner bringe die Rechnung nach Tauschwert eine Kontrolle über die zweckmäßige Verwendung der Güter dadurch, daß auch die Güter höherer Ordnung ihren Preis haben, also nachgeprüft werden könne, ob ein Produktionsumweg hinreichend rentabel sei, hinsichtlich der auf dem Markte herrschenden Austauschverhältnisse der Güter. Kurz zusammengefaßt: Die Kontrolle der Rechnung nach Tauschwert, Tauschwert der Konsumgüter **und** der Güter höherer Ordnung, garantiere wesentlich die Rationalität der Güterverwendung, d. i. der Wirtschaft. „Sobald man die freie Geldpreisbildung insbesondere die der Güter höherer Ordnung

[1]) Mises: Gemeinwirtschaft (G.) passim, insbes. 100—138.
[2]) Mises: G. S. 101/102.

aufgibt, hat man rationelle Produktion überhaupt unmöglich gemacht."[1]) Man „stünde allen Verfahrens- und Standortsfragen ratlos gegenüber."[2]) „Es gäbe kein Mittel, zu erkennen, was rationell ist, und so könnte die Erzeugung nicht bewußt, auf Wirtschaftlichkeit eingestellt werden." [3]) Die beiden Preiskomponenten Angebot und Nachfrage, die ihrerseits Resultanten sämtlicher auf den Preis wirksamer Wirtschaftsfaktoren seien, könnten nicht mehr im Marktpreis ihren Ausgleich, ihre Resultante finden; da sie aber in keiner anderen Weise als erfaßbar zu denken seien, werde Wirtschaftsrechnung im kapitalistisch-wirtschaftlichen Sinne unmöglich. Die auf dem Tauschverkehr beruhende Wirtschaftsrechnung sei eine durchaus wirtschaftliche Kategorie, nicht nur eine Notwendigkeit zufällig der kapitalistischen Wirtschaft, denn „ohne Wirtschaftsrechnung keine Wirtschaft." [4]) Es gibt also für Mises nur eine wirtschaftliche d. h. rationelle, allein nach dem ökonomischen Prinzip arbeitende Wirtschaft: Den Kapitalismus; Sozialismus ist absolut unmöglich.

(2) Argument Selbstverantwortlichkeit.

Als zweiten Grund der Unmöglichkeit des Sozialismus führt Mises das Fehlen der Selbstverantwortlichkeit der Wirtschaftssubjekte an: [5]) Die Grundlage des Sozialismus, das Gemeineigentum, und die daraus sich ergebende gesellschaftliche Verteilung der Produktion, rotte die Selbstverantwortlichkeit der Wirtschaftssubjekte mit Stumpf und Stiel aus, weil eine ökonomische (kapitalistische) Zurechnung vom Standpunkt des Sozialismus aus, nicht nur nicht erwünscht, sondern absolut unmöglich sei. Unmöglich sei also die Verteilung nach Leistung, nach der ökonomischen Bedeutung der Position des einzelnen im und für den Wirtschaftsprozeß. Ist nämlich der Preisbildungsprozeß und mit ihm die Wirtschaftsrechnung unmöglich, so auch die ökonomische Zurechnung. Da nun ein „objektiver" Maßstab zur Bewertung der Arbeit i. e. S. (Arbeit i. e. S. steht im Gegensatz zur ökonomischen Wirksamkeit eines Wirtschaftssubjektes z. B. Kapitalisten, Arbeit i. w. S.), wie inzwischen auch von Verfechtern des Sozialismus anerkannt, nicht aufzufinden sei, und wenn doch vorhanden, überhaupt nicht realisierbar sei, weil essentiell außerökonomisch, bleibe eben nur eine irgendwie schematische z. B. gleichmäßige Verteilung des Sozialproduktes übrig. Im Kapitalismus gehe die Verteilung (genauer Zurechnung) nach Leistung vor sich – Leistung bezogen auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage —, sodaß die verschiedenen Qualitäten Leistung, also auch Arbeit i. e. S. unter Berücksichtigung ihrer Knappheit bewertet werden. Fehle nun im Sozialismus dieser marktgebundene und daher relative Leistungsknappheitslohn, dann bestehe für den Wirtschaftsfunktionär kein Antrieb, das Maximum seiner Leistungsfähigkeit der

[1]) Mises: G. S. 106.
[2]) Mises: G. S. 106.
[3]) Mises: G. S. 107.
[4]) Mises: G. S. 107.
[5]) Mises: G. S. 138—207 und Sonderuntersuchung: Die Arbeit im sozialistischen Gemeinwesen.

Gesellschaft nutzbar zu machen. Wohl könne er gezwungen werden, formal eine gewisse Durchschnittsarbeit zu leisten, auf Grund der im Sozialismus gebotenen Arbeitspflicht, aber es sei klar, daß damit der gesellschaftlichen Produktion recht wenig gedient sei, da die Produktivität der Arbeit auf jeden Fall hinter der des Kapitalismus erheblich zurückbleiben müsse. „Soweit man auch Umschau halten mag, nirgends läßt sich ein triftiger Grund dafür finden, daß die Arbeit im sozialistischen Gemeinwesen produktiver sein sollte, als im kapitalistischen. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß in einer Gesellschaftsordnung, die dem Arbeiter keinen Anlaß bietet, das Arbeitsleid zu überwinden und sich anzustrengen, die Produktivität der Arbeit wesenlich sinken müßte." [1]) Fehle der Anreiz zur privaten selbstverantlichen Initiative und individuellen Spekulation, ein Anreiz, den Lohn, Leistungszulagen, Unternehmergewinn usw. darstellen, so seien damit die Triebfedern des wirtschaftlichen Fortschrittes überhaupt beseitigt. Anstelle der Selbstverantwortlichkeit [2]) trete im Sozialismus die relative Unverantwortlichkeit der Wirtschaftsfunktionäre oder der schwerfällige Mehrheitsbeschluß einer Funktionärinstanz, der an sich der Zusammensetzung seiner Urheber nach allenfalls in letzter Linie wirtschaftlich fundiert sein werde, oder das generelle Reglement der obersten Wirtschaftsleitung. Man stelle sich vor, was die Wirtschaftsleitung im Sozialismus zu leisten hätte, der Einfachheit halber sei angenommen, es wäre e i n Mensch. Er müßte den ganzen Wirtschaftsprozeß, der sich heute automatisch nach den Gesetzen der Preisbildung abrollt, bis ins Letzte klar übersehen können, die wirtschaftliche Bedeutung sämtlicher Produktionsmittel und Güter bewerten können; aus einer universellen ökonomischen Kenntnis heraus hätte er dann die Produktion zu leiten und fortzuführen in die Zukunft hinein. Letzteres bedeute eine neue unübersehbare Schwierigkeit. „Gottähnlich müßte fürwahr dieser Leiter der sozialistischen Wirtschaft sein, um das zu vollbringen, was ihm obliegt. In seinen Händen liegen Glück und Unglück, wie in den Händen einer Gottheit." [3]) „Es ist nicht anzunehmen, daß die Menschen sich auf einmal freiwillig und auf alle Zeiten zum willenlosen Werkzeug eines aus ihrer Mitte, und wäre es auch der Weiseste und Beste, machen wollten. [4]) Lege man nun die Leitung in Hände eines Kollegiums oder eines Systems von Kollegien, daß sich in letzter Linie aus der gesamten mitbestimmungsberechtigten Bevölkerung herausbilden könnte, so schwinde auch der letzte Rest von Initiative und Verantwortlichkeitsgefühl nach dem Gesetz der psychischen Massenträgheit; dann seien Intelligenz und

---

[1]) Mises: G. S. 172.

[2]) Eine eingehendere Mises'sche Würdigung der kapitalistischen Selbstverantwortlichkeit ist bereits im Aufbau des Liberalismus gegeben worden, sodaß hier Hinweise zwecks Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus genügen mögen.

[3]) Mises: G. S. 196.

[4]) Mises: G. S. 197.

Genialität völlig zur Wirkungslosigkeit verurteilt. In den Wirtschaftsinstanzen des Sozialismus könne nichts herrschen als der Ungeist der Bürokratie, der ja aus der modernen öffentlichen Verwaltung und den öffentlichen Wirtschaftsbetrieben hinreichend bekannt sei. Es ergebe sich insgesamt aus dem Fehlen der Selbstverantwortlichkeit eine so fundamentale und prinzipielle Unwirtschaftlichkeit, daß wirtschaftliches Chaos, dem das gesellschaftliche parallel laufe, die Folge sei. Das Fehlen der Wirtschaftsrechnung und der Selbstverantwortlichkeit (Argument 1 und 2 zusammen) erweisen Mises die absolute Unmöglichkeit des Sozialismus.

b) Cassels Beweis der unzureichenden wirtschaftlichen Effektivität des Sozialismus.

Mises' Stellungnahme zum Sozialismus konnte aus systematischen Abhandlungen geschöpft werden. Die nun darzustellenden Autoren haben ihre Stellungnahme größtenteils nur auf Grund von Tagesfragen in unzusammenhängend gegebenen Einzelabhandlungen veröffentlicht. Die von Mises verwandten Grundgedanken finden sich größtenteils auch bei den anderen liberalen Autoren, jedoch mehr oder weniger anders gefaßt und ausgewertet. Bei Cassel ist unterscheidend hervorzuheben, daß er nirgends eine bestimmte Form des Sozialismus angreift, sondern immer jeden Sozialismus vom Kommunismus bis zum Protektionismus, der mit sozialistischen Ideen infizierten Wirtschaftsauffassung. Dennoch erfolgt keine Verzerrung der Cassel'schen Gedankengänge, wenn seine Kritik des Protektionismus an dieser Stelle noch unberücksichtigt bleibt.

Argument Privateigentum, private Unternehmertätigkeit.

Cassel sucht nachzuweisen, daß der Sozialismus deswegen an wirtschaftlicher Effektivität weit hinter dem Kapitalismus (= Liberalismus) zurückbleibt, weil ihm das Privateigentum als Grundlage fehlt. Die Unmöglichkeit der sozialistischen Wirtschaft hält Cassel ausdrücklich für nicht beweisbar. [1]) Cassel wirft im Abschnitt: Das Privateigentum am Kapital [2]) die Frage auf: Warum ist es für die wirtschaftliche Effektivität notwendig, daß die einzelnen Wirtschafter über Privateigentum verfügen, warum besitzen sie Kapital, warum haben einige von ihnen so große Einkommen, daß sie ständig ihr Privatvermögen vergrößern können. Die Antwort sei „ganz einfach" folgende:

[1]) Cassel: Sozialismus oder Fortschritt, S. 106. „Ich habe .... immer einer eingehenden Analyse der sozialistischen Gesellschaft große Sorgfalt gewidmet. Das Ergebnis ist, daß eine solche Gesellschaft wohl logisch und unwiderleglich konstruiert werden kann, aber diese für alle Teile sehr wenig zufriedenstellend wird. Es kann mit Sicherheit erwartet werden, daß es in sehr bedeutendem Umfange an wirtschaftlicher Effektivität und daher an der Geeignetheit zur Versorgung der Mitbürger mangeln würde". Der Kern der Kritik Cassels am Sozialismus liegt schon in der Titulierung: Sozialismus oder Fortschritt, die er seiner Sammlung von diesbezüglichen Aufsätzen gegeben hat.

[2]) Cassel: S. o. F. S. 33.

Der Ablauf der Wirtschaftsgeschichte des letzten Jahrhunderts habe gezeigt, daß das Eigentumsrecht des einzelnen das Interesse des Menschen an der Arbeit und am Sparen in ganz außerordentlich hohem Grade gefördert habe. Weder die gleiche Arbeitsleistung noch der gleiche Grad an Sparsamkeit sei ohne Privateigentum aufzubringen, Lediglich die Gewißheit für den wirtschaftenden Menschen, die Früchte seiner Anstrengungen behalten zu können, sporne ihn zu diesen Anstrengungen an. Hierdurch werde das Wirtschaftsleben der gesamten Menschheit ständig zu höherer Intensität gesteigert. Das wirtschaftliche Eigeninteresse zwinge die Unternehmer zu immer neuer Initiative und immer neuer Sorge für die richtige Leitung ihres Unternehmers. Der wirtschaftliche Fortschritt, Hand in Hand mit dem technischen, sei so eine dem Privateigentum und nur dem Privateigentum inhärente Folge. Allein das wirtschaftliche Interesse des einzelnen, die private Unternehmertätigkeit bringe es dahin, daß der Verbrauch eines Volkes unter dem Niveau bleibe, das sein Einkommen zulassen würde, wodurch allein eine Kapitalbildung möglich sei und damit der wirtschaftliche Fortschritt, dessen Voraussetzung Kapitalbildung ist. „Die menschliche Gesellschaft kann nun ein für allemal nicht diese wesentlichen und tatsächlich unentbehrlichen Vorteile genießen, ohne das Privateigentumsrecht sicherzustellen." [1]) Gern wolle Cassel zugeben, daß dem Privateigentumsrecht teils tatsächlich, teils nur möglicherweise Mängel anhaften. Doch mit der Unvollkommenheit alles Irdischen müsse man sich abfinden. Mit dem Willen, alles Unvollkommene abzuschaffen, käme man bald zum Ende, wenn man an die Verwirklichung ginge. Das Abschaffenwollen des privaten Eigentumsrecht sei geradezu ungeheuerlich wegen seines Alters und seines „unendlich tiefen" Verbundenseins „mit den wichtigsten Zügen des menschlichen Wesens." [2]) „Eine sozialistische Gesellschaft, die das private Eigentumsrecht aufgegeben hat, würde bald entdecken, daß sie die Wurzeln für das Wirtschaftsleben abgeschnitten hat, das damit zu einem schnellen Verblühen verurteilt wäre. Das ist ja stets von der Wirtschaftswissenschaft vorausgesagt worden." [3])

Das heutige Europa sei durch seine sozialistischen Tendenzen für den Sehenwollenden ein schlagendes Beispiel für die Folgen des auch nur eingeschränkten Privateigentumsrechts: „Vollständige Auflösung, wo früher Ordnung herrschte, Not und Verzweiflung, wo früher Wohlstand und Zuversicht waren, hoffnungslose Schlappheit in der Arbeit, wo sie früher mit Kraft und Ausdauer geführt wurde." [4]) Wie werde Europa erst nach der Vollsozialisierung aussehen? Für das gegenwärtige Wirtschaftselend suche man sich die verschiedensten Ursachen vorzutäuschen; die Hauptursache sei ohne Zweifel die, daß das Vertrauen geschwunden sei, zu behalten, was man besitzt und die Früchte seiner eigenen Arbeit und seiner Anstrengungen genießen zu

[1]) Cassel: S. o. F. S. 34.
[2]) Cassel: S. o. F. S. 34.
[3]) Cassel: S. o. F. S. 34/35.
[4]) Cassel: S. o. F. S. 35.

dürfen. „Ein gesichertes Eigentumsrecht ist in der Tat eine unentbehrliche Voraussetzung für unser Wirtschaftsleben, deswegen müssen wir an ihm festhalten." [1])

c) Beweis der Unmöglichkeit des Sozialismus durch Adolf Weber und seinen Schülerkreis.

Aus den Ausführungen von Mises und Cassel holt sich Adolf Weber die Grundlagen seiner Argumentation gegen die Möglichkeit des Sozialismus. Sein Schülerkreis — es verlohnt sich nur Georg Halm und daneben noch Adolf Lampe (L. nur für die Kritik des Interventionismus) herauszuheben und anzuführen — bemüht sich, die Behauptungen und Argumente des „Meisters" theoretisch tiefgehender zu fundieren. Ad. Weber nimmt zum Objekt der Kritik den von Cassel in der theoretischen Sozialökonomie umrissenen Sozialismus, der durch Freiheit des Konsums und der Arbeitswahl gekennzeichnet wird. Er sieht die Unmöglichkeit des Sozialismus aus zweierlei Gründen für bewiesen an: Wegen fehlender Zinspreisbildung und wegen der ihm innewohnenden Unwirtschaftlichkeit.

(1) Argument Zinspreisbildung.

Im Abschnitt: Das Ergebnis der bestehenden Wirtschaftsordnung und ihre Zukunft [2]) wirft Ad. Weber die Frage nach der Unmöglichkeit des Sozialismus auf. Sozialismus bedeutet ihm: „Volle Ausschaltung der Konkurrenz auf Seiten des Angebotes, also Monopolisierung der Gesamtproduktion durch die Gesellschaft", [3]) d. i. Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens sei selbstverständlich sehr zweifelhaft für einen, der die Bedeutung des freien Entschlusses und der Selbstverantwortung des Unternehmertums so hoch einschätze, wie sie auf Grund der bisherigen Erfahrungen offenbar eingeschätzt werden müsse. „Aber hier soll uns nur die Frage interessieren, ob die Monopolisierung der Gesamtproduktion durch die Gesellschaft auf Grundlage des Rationalprinzips überhaupt möglich ist." [4]) Die Frage sei nur dann zu bejahen, wenn die sozialistische Wirtschaftsordnung auf die Funktion des Zinses, wie er sich am freien Markt bildet, verzichten könnte. Die Funktion des kapitalistischen Zinses sei „Zurückdrängung der objektiv weniger dringenden Nachfrage, bis sie dem Angebot entspricht", [5]) sei die, „automatisch und elastisch das auf jeden Fall knappe Kapital den sich rasch ändernden Marktbedingungen anzupassen." [6]) u. [7]) Diese Funktion der Zinspreisbildung könne der Sozialismus nicht entbehren, denn um die Produktionskosten mit den Preisen der fertigen Produkte zu

---

[1]) Cassel: S. o. F. S. 35.

[2]) Ad. Weber: Allg. Volksw. Lehre, S. 486.

[3]) Ad. Weber: A. Vw. L. S. 486.

[4]) Ad. Weber: A. Vw. L. S. 486.

[5]) Ad. Weber: A. Vw. L. S. 487.

[6]) Ad. Weber; A. Vw. L. S. 486.

[7]) Ueber die gleiche Frage auch: Ad. Weber: Ende des Kapitalismus? 2. Aufl. S. 19.

vergleichen, sei der auf Grund der Konkurrenz sich herausbildende Preis des Produktionsfaktors Kapital nötig. In der sozialistischen Wirtschaft sei es unmöglich, einen Zinssatz ausfindig zu machen, der dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Kapitalmarkt entspreche. Da die Kapitalmassen nicht in Geld auf dem Markt bewertet würden, sei ihr Knappheitsgrad unbekannt.

Halm führt den Gedanken weiter aus: Bei fehlendem Kapitalmarkt sei im Sozialismus die Masse der Kapitalgüter und im Einzelfall die Größe der Kapitalaufwendung lediglich in technisch-materiellem Sinne gegeben, als eine Masse von Kapitalgütern, von der aber nicht gesagt werden könne, wie sie im Einzelnen und im Ganzen als einheitliches Geldkapital, von dem allein Zinsen berechnet werden können, zu werten sei. Auch ein freigewählter, künstlicher, „fiktiver" Zinssatz sei also unanwendbar, weil in jedem einzelnen Verwendungsfalle die Kapitalsumme, auf die er zu beziehen wäre, völlig unbekannt sei. Wirtschaftsrechnung in der Gemeinwirtschaft sei also unmöglich. Da die Produktpreise mit den Produktionskosten nicht mehr verglichen werden könnten, herrsche Willkür in der Produktion; denn es sei ja unmöglich, die seltenen Produktionsfaktoren, auf die Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse zu verwenden; man habe keine Möglichkeit, zu ermessen, wie selten die Produktionsfaktoren und wie wichtig die Bedürfnisse seien. [1]

Auch Cassels „fiktiver" Zinssatz im Sozialismus ist nach Meinung von Ad. Weber und Halm — für Letzteren ist oben gezeigt worden warum — ungeeignet, das tatsächliche Verhältnis von Kapitalangebot und Nachfrage wiederzugeben. „Es ergibt sich also, daß eine Zinsrechnung in der sozialistischen Wirtschaft eine contradictio in adiecto ist. Dadurch ist aber jede Wirtschaftsrechnung unmöglich, was dem Verzicht auf eine rationelle Wirtschaftsführung gleichkommt". [2]

(2) Argument Preisbildung der Güter höherer Ordnung.

Halm sieht die Bedeutung der Zinspreisbildung und des Kapitalgütermarktes für die Wirtschaftsrechnung nicht so isoliert wie Ad. Weber; Halm ordnet die Zinspreisbildung und die Preisbildung des Kapitalgütermarktes ein in die Preisbildung der Güter höherer Ordnung überhaupt. Zwar schreibt Halm: „Unglücklicherweise kann im Sozialismus diese, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit (für die Wirtschaftsrechnung) dringend notwendige Zinsrechnung nicht durchgeführt werden. Dies ist vielleicht der ernsteste Einwand, der gegen die Gemeinwirtschaft geltend gemacht werden kann". [3] Dennoch sieht Halm, daß die Frage nach der Notwendigkeit einer Preisbildung der Güter höherer Ordnung logisch übergeordnet ist; auch behandelt er sie vor der Frage der Zinspreisbildung in seiner Schrift: Ist der Sozialismus wirtschaftlich

---

[1] Halm: Kann der Zins abgeschafft werden? S. 641 ff und „Die Konkurrenz", S. 40 ff und passim.
[2] Ad. Weber: A. Vw. L S. 491.
[3] Halm: Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? S. 20.

möglich? Unter Heranziehung auch der diesbezüglichen Untersuchung in seiner Schrift „die Konkurrenz“ [1]) argumentiert Halm folgendermaßen:

Mises habe gezeigt und bewiesen, daß bei fehlender Preisbildung eine Wirtschaftsrechnung überhaupt unmöglich sei. Es sei nun die Frage zu beantworten, ob in einem Sozialismus mit Freiheit der Erwerbsarbeit und Freiheit der Konsumtion die vorhandene Güterpreisbildung und der vorhandene Arbeitslohn eine hinreichende Vorbedingung sei für eine vollständige Preisbildung, für eine brauchbare Wirtschaftsrechnung. Die Freiheit des Konsums genüge zwar, damit jedes Gut einen bestimmten Preis erhalte, doch nicht dafür, die „Produktionsrichtung“ der einzelnen Güter festzustellen. „Denn die absolute Höhe der Preise der Konsumgüter wird für die Zentralleitung der sozialistischen Wirtschaft erst von Bedeutung, wenn man sie mit den Kosten der Herstellung zu vergleichen vermag“. [2]) Jede Wirtschaftsführung, ganz gleich ob sozialistische Gesamtführung oder kapitalistische Unternehmensleitung müsse die Konsumgüterpreise mit den Produktionskosten vergleichen können. Es sei kein Einheitspreis für gleichartige Produktionsmittel mit verschiedenartigen Verwendungen zu errechnen; eine einheitliche Preisbildung der Produktionsmittel sei unumgänglich notwendig für die wirtschaftliche Ausgestaltung der Produktion. Wie anders wolle die Zentralleitung entscheiden, ob irgend eine Menge seltener Produktionsmittel besser in der einen oder anderen Produktion verwandt werden soll? Wirtschaftsrechnung sei nur möglich, wenn die Produktionsmittel untereinander und mit den Preisen der Fertigprodukte der Konsumgüter verglichen werden können. Wohl könnte man in einem derartigen Sozialismus nach der technisch besten Methode arbeiten, nicht aber nach der wirtschaftlich besten. Gäbe es nur einen Produktionsfaktor, die Arbeit, so wären die Schwierigkeiten der Wirtschaftsrechnung überwindlich; nun seien aber im Sozialismus drei Produktionsfaktoren vorhanden: Arbeit, Kapital, Boden. Bodenrente gebe es auch im Sozialismus, nämlich Differentialrente. Sie sei gleich dem Wert der gegenüber der Verwendung schlechterer Böden ersparten Arbeits- und Kapitalkräfte. Die Bodenrente könnte jedoch dadurch eliminiert werden, daß man die Produktionskosten der Betriebe, die ein bestimmtes Gut herstellen, als maßgebend für den Marktpreis bewerte, sodaß also die Rente in Gestalt niedrigerer Preise den Konsumenten zugeführt werde. Es müsse dabei abgesehen werden von den Schwierigkeiten, die rechnerische Operation bei der ungenügenden Kenntnis der tatsächlich aufgewandten Kosten durchzuführen. Nehme man nun an, auf angegebene Weise nur noch zwei Produktionsfaktoren berücksichtigen zu brauchen, so habe es den Anschein, als sei das verwandte Kapital (K) aus der Differenz: Preis des Konsumgutes (P) und Lohnkosten (A) berechenbar. ($K + A = P$, $K = P - A$). In Wirklichkeit biete aber auch diese Differenz keine Möglichkeit für die Orientierung der Kapitalverwendung. Denn solange kein Kapitalgütermarkt

[1]) Halm: Die Konkurrenz. S. 30 ff.
[2]) Halm: Sozialismus. S. 18.

bestehe, sei es ungeklärt, wieviel Kapital verwandt werde, wie groß der Mehrerlös auf die Kapitaleinheit umgerechnet tatsächlich sei. Auch könne durch die Wirtschaftsrechnung die Produktion erst dann richtig beeinflußt werden, wenn dieser Mehrerlös mit einem normalen Zinssatz zu vergleichen sei. Denn erst dann sei zu beurteilen, in welchen Produktionszweigen Investierung von Kapital wirtschaftlich berechtigt sei und in welchen unrentabel. Doch ein normaler, natürlicher Zinssatz sei ja im Sozialismus nicht feststellbar. Die Schwierigkeit der unzureichenden Preisbildung sei auch so nicht zu umgehen. Zudem sei, genau besehen, die zur Berechnung des Zinses verwandte Differenz von Produktpreis und Arbeitslohn gar nicht aufstellbar, denn im Sozialismus sei der Arbeitslohn keine unabhängige Größe (selbständige Unbekannte), sodaß eine derartige Beziehung (Gleichung) gar nicht aufgestellt werden könne (als Bestimmungsgleichung). Die Freiheit der Arbeitswahl habe ja keine freie Marktpreisbestimmung der Arbeit zu Folge, denn einem bestimmten Angebot stehe eine Unbekannte oder willkürlich festgelegte Größe der Nachfrage gegenüber, solange die Zentralstelle über den Wert des Arbeitsproduktes nicht Bescheid wisse. — Das könne sie nur bei bestehender Preisbildung der Produktivprodukte. — Unmöglich könne sie das Arbeitsprodukt vom Kapitalprodukt trennen und den Arbeitsanteil auch unmöglich dadurch ermitteln, daß sie die Kapitalkosten vom Produktpreis abzöge. Denn die Kapitalkosten seien, wie ausgeführt, unbekannt. So ergeben sich, in welcher Richtung man auch „die Wirtschaftsrechnung der Gemeinwirtschaft durchleuchten mag, überall unlösbare Schwierigkeiten. Sie alle sind darauf zurückzuführen, daß im Sozialismus die sachlichen Produktionsmittel vergemeinschaftet sind und deshalb einer freien Preisbildung nicht mehr unterliegen.“ [1])

(3) Argument Produktivität.

Ad. Webers weiteres Argument für die Unmöglichkeit des Sozialismus ist die ihm innewohnende Unwirtschaftlichkeit. Er strengt dafür drei Beweise an: Einen zahlenmäßigen Beweis an Hand der geschichtlichen Entwicklung, einen rein theoretischen Beweis und einen Beweis durch die Vorgänge in Sowjet-Rußland. Die Wirtschaftsgeschichte lehre eindeutig, daß der Kapitalismus Unvergleichliches geleistet habe an wirtschaftlichem Fortschritt durch Vermehrung des Sozialproduktes und durch gesellschaftliche und kulturelle Hebung der von ihm ergriffenen Völker. Im „Ende des Kapitalismus?“ belegt Ad. Weber das zahlenmäßig. [2]) Das statistische Gesamtbild sei so eindrucksvoll, daß seine Beweiskraft für die Leistungsfähigkeit des Kapitalismus nicht anzuzweifeln sei. Der Grund für die Leistungsfähigkeit seien die Ordnungsprinzipien der kapitalistischen Wirtschaft, die ihrerseits auf dem Privateigentum beruhen, Konkurrenz und Gewinnstreben. Sie verbürgen höchste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Schalte man diese

---

[1]) Halm: Sozialismus, S. 31.

[2]) Ad. Weber: Ende des Kapitalismus? S. 31—36.

Prinzipien aus durch Uebergang zum Sozialismus, so verfalle die Wirtschaft der „Stickluft der Organisation", der wirtschaftlichen Unproduktivität.

Theoretische Beweismomente für die Unwirtschaftlichkeit des Sozialismus gibt Ad. Weber in der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre hier und da gelegentlich der Schilderung des Kapitalismus, die er unterbricht, mit Hinweisen auf die vergleichsweise Leistungsunfähigkeit anderer Wirtschaftsformen, mit denen er meist den Sozialismus meint.[1]) Halm faßt die verstreuten Stellungnahmen Ad. Webers dem Inhalt nach folgendermaßen zusammen:

Vergleiche man Kapitalismus und Sozialismus hinsichtlich ihrer Produktivität, so dürfe vor allem nicht übersehen werden, daß die kapitalistische Wirtschaft ihrem Wesen nach Konkurrenzwirtschaft sei. Im Kapitalismus erziele derjenige den größten Erfolg, der im Wettbewerb mit seinen Konkurrenten durch bestes und billigstes Angebot die Käuferschichten für sich zu gewinnen wisse. „In keiner anderen Form gesellschaftlicher Wirtschaft kann der Zwang zum wirtschaftlichen Handeln so sehr mit dem innersten Wesen des grundlegenden Ordnungsprinzips verbunden sein, wie im Kapitalismus, es sei denn, daß sich der Mensch so sehr wandelt, daß andere Triebfedern menschlichen Handelns sich als ebenso unbedingt wirksam erweisen, wie Egoismus und Erwerbsstreben." [2]) Insgesamt dürfe als sicher gelten, daß es der Gemeinwirtschaft nicht gelingen könnte, ein Sozialprodukt bereitzustellen, das an Größe auch nur einigermaßen dem Produktionserfolg der kapitalistischen Wirtschaft gleichkäme.

Das dritte Beweismoment der Unproduktivität des Sozialismus leitet Ad. Weber mit folgenden Worten ein: „Fast noch wuchtiger als die Ergebnisse der theoretischen Forschung und der tatsächlichen Entwicklung in den kapitalistischen Ländern sprechen die Lehren des hochinteressanten Experiments gegen den Marxismus, das sich in dem bolschewistischen Rußland vor unseren Augen abspielt." [3]) Er führt dann darüber folgendes aus: Die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsform habe sich in Rußland so wenig bewährt, daß schon nach kurzer Zeit die volkswirtschaftliche Katastrophe vor der Tür gestanden habe. Vergebens sei der Versuch gemacht worden, anstelle des Geldes die Arbeit zum Generalnenner für alle Werte zu machen. Nicht einmal theoretisch sei die Problematik, die die Arbeitswertrechnung aufwirft auch nur prinzipiell lösbar. Der Versuch, zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung den Marktpreis auf Grund kostspieliger statistischer Erhebungen großen Umfanges zu berechnen, sei ebenfalls gescheitert, insbesondere deswegen, weil die statistische Methode zu schwerfällig sei,

---

[1]) Ein Beispiel aus der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre S. 478 wie A: Weber theoretisch argumentiert: „Das Wichtigste aber bleibt schließlich für die Beurteilung der kapitalistischen Methode der Güterbereitstellung, daß sich hier die freie, auf eigener Verantwortung beruhende Initiative in wirtschaftlich zweckmäßigerer Weise entfalten kann als in irgend einem anderen System, das auf den Konkurrenzkampf verzichten will".

[2]) Halm: Sozialismus. S. 36.

[3]) Ad. Weber: Ende des Kapitalismus? S. 15.

als daß mit ihrer Hilfe die wirtschaftliche Ordnung täglich wieder neu begründet werden könnte. Alle derartigen Bemühungen seien erfolglos verlaufen. Lenin sei es gelungen, das Wirtschaftsleben einigermaßen in geordnete Bahnen zu bringen, dadurch daß er den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade einführte, und die „neue ökonomische Politik“ (NEP) einschlug, die den verkehrswirtschaftlichen Markttausch mit Geld und Preis wenigstens teilweise wieder zuläßt, und ferner der privaten Initiative einen wenn auch beschränkten Spielraum schafft, und sogar die Zusammenarbeit mit dem Privatkapital wieder ermöglicht. Die allgemeine Direktionslosigkeit der gemeinwirtschaftlichen Verfassung habe man zwar überwunden, aber da die Reform nur Stückwerk im Sinne des Kapitalismus bedeute, stehe man an Produktivität noch sehr weit hinter kapitalistischen Ländern zurück.

In Rußland sei nun wieder klar in Erscheinung getreten, was in Deutschland aus der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft aus eigener Erfahrung sattsam bekannt sei: Daß die behördliche Güterverteilung die schwerfälligste und teuerste Verteilungsmethode sei, die sich überhaupt denken lasse. Aber es sei wahrhaftig kein Zufall, daß zentralistische Beamtenwirtschaft, daß der behördliche Schematismus volkswirtschaftlich gesehen versage, denn die unmittelbare Selbstverantwortung und die private Initiative des unreglementierten kapitalistischen Unternehmers sei eben für eine arbeitsteilige Volkswirtschaft unentbehrlich und unersetzbar. Die schnelle Anpassung an die stets sich verändernden Wirtschaftsgegebenheiten sei nur dem freien Unternehmertum möglich. Der sozialistische Verwaltungsbürokratismus sei dazu völlig ungeeignet. Insgesamt bringen die Erfahrungen in Sowjet-Rußland den Nachweis, daß nach Verwirklichung des marxistischen Sozialismus im sozialistischen Staat eine Wirtschafts*ordnung* nicht vorhanden und daß infolgedessen eine hinreichende wirtschaftliche Produktivität nicht vorhanden und unmöglich sei.

3. Stellungnahme zum Interventionismus.

a) Mises.

Der zweite Gegenstand des negativen Beweises ist der Interventionismus. Mises formuliert ihn als das zwischen Liberalismus und Sozialismus „vermittelnde System des durch obrigkeitliche Maßnahmen beschränkten, geleiteten und regulierten Eigentums Einzelner.“[1]) Mises widmet diesem Interventionismus eine systematische Analyse und Kritik.[2]) Unter dem Namen Interventionismus faßt Mises alle

[1]) Mises: Kritik des Interventionismus. (J.) S. 24.

[2]) In der „Kritik des Interventionismus“, Jena 1929 und ferner ein Kapitel im „Liberalismus“, Jena 1927. S. 67 ff.

jene „halbsozialistischen“ Systeme zusammen, die zwar die gemeinwirtschaftliche Verfassung ablehnen, aber den individuell freien Gebrauch des Eigentums aus irgendwie fundierten, in der Zielsetzung sozialen Gründen beschränken.

Der wirtschaftspolitische Eingriff.

Die Beschränkungen erfolgen durch obrigkeitliche Machteingriffe in das Recht des Sondereigentums an den Produktionsmitteln. „Der Eingriff ist ein von einer gesellschaftlichen Gewalt ausgehender isolierter Befehl, der die Eigentümer der Produktionsmittel und die Unternehmer zwingt, die Produktionsmittel anders zu verwenden, als sie es sonst tun würden. Isolierter Befehl bedeutet, daß der Befehl nicht Teil eines Systems von Befehlen bildet, das die ganze Produktion und Verteilung regelt und damit das Sondereigentum an den Produktionsmitteln beseitigt und an seine Stelle das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, den Sozialismus setzt.“ [1]) Kennzeichnend für den Interventionismus seien also die Eingriffe. Die Art der (außerwirtschaftlichen) Begründung, die Zahl und Intensität der Eingriffe seien in diesem Zusammenhang gleichgültig, sodaß sich für Mises eine unterscheidende Systematik der Halbsozialismen erübrigt. Möge es sich um Staatssozialismus, Militärsozialismus, Solidarismus, Zollprotektionismus handeln, wirtschaftlich komme es nur auf die „Eingriffe“ an, die in jedem Falle eine wirtschaftlich einheitliche Kategorie darstellen. Die Einteilung der Eingriffe könne nur nach wirtschaftstheoretischen Gesichtspunkten erfolgen. Mises unterscheidet produktionspolitische und preispolitische Eingriffe.

(1) Der produktionspolitische Eingriff (Zollprotektionismus).

Die prdouktionspolitischen Eingriffe seien Befehle, die unmittelbar die Produktion hemmen oder erschweren. Es handele sich hier vor allem um die Schutzzölle, die nach dem alten Argument der Freihandelstheoretiker Folgen haben, die nicht beabsichtigt sind, die die erwarteten Erfolge nicht leisten und nicht leisten können, die — das sei hier wesentlich — die Produktivität der menschlichen Arbeit herabsetzen. Das Phantom der wirtschaftlichen Autarkie bedeute Unterbindung der internationalen Arbeitsteilung, die Unmöglichkeit der Ausnutzung der Vorteile der spezialisierten Produktion, der Arbeit auf den besten Standorten. Nationalpolitisch oder militärisch möge die Abschließung vom Auslande durch Schutzzölle erwünscht sein, rein wirtschaftlich gesehen seien sie jedoch niemals vorteilhaft, sondern immer produktivitätsmindernd. „Alle produktionspolitischen Eingriffe hemmen unmittelbar in irgend einer Richtung die Produktion dadurch, daß sie aus dem Kreis der zur Verfügung stehenden Verwendungsmöglichkeiten für Güter höherer Ordnung (Boden, Kapital, Arbeit)

[1]) Mises: J. S. 6.

bestimmte Verwendungsmöglichkeiten ausschalten." [1]) Die produktionspolitischen Eingriffe setzen die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit herab und vermindern mithin das Sozialprodukt.

(2) Der preispolitische Eingriff.

Das Bezeichnende des Interventionismus seien die preispolitischen Eingriffe, [2]) u. [3]) d. h. „Preise von Gütern oder Dienstleistungen anders festzusetzen, als der unbehinderte Markt sie bilden würde." [4]) Beabsichtige die Obrigkeit, den Preis unter dem Marktpreis festzusetzen, dann sei der Höchstpreis das Mittel der Regelung, wolle sie den Preis über dem Marktpreis festlegen, dann bestimme sie einen Mindestpreis.

(a) Höchstpreis (Kriegssozialismus).

Der natürliche oder statische Preis des unbehinderten Marktes sei der Gleichgewichtspreis aller Güter und Dienstleistungen; bei ihm seien Preis und Kosten identisch. Werden nun die Verkäufer gezwungen, die Ware zu einem niedrigeren Preis als dem Preis auf dem freien Markt abzusetzen, so sinke der Erlös unter die Kosten. Die Verkäufer versuchen zunächst, soweit es die Dauerhaftigkeit der Güter gestattet, die Ware vom Markt zurückzuhalten, in der Hoffnung auf baldige Abschaffung der obrigkeitlichen Maßregeln. Die Nachfragenden müssen sich daraufhin Ersatz-Gütern zuwenden, deren Preise bei Vergrößerung der Nachfrage steigen. Die Wirkung der Maßregel sei für die Obrigkeit unerwünscht. Die Kauflustigen sollten ja die Ware zu billigeren Preisen erhalten. Ein neuer Zwang müsse ausgeübt werden, nämlich der, die vorhandene Ware zum Höchstpreis zu verkaufen. Nun trete die größte Schwierigkeit auf, die mit der Preisfestsetzung verbunden sei: Beim Marktpreis deckten sich Angebot und Nachfrage. Aber beim niedrigeren Preise wachse die Zahl der zum Kauf Bereiten; dem vorhandenen, erzwungenen Angebot stehe eine größere Anzahl Nachfragender gegenüber. Da der Marktmechanismus ausgeschaltet sei, werde nur ein Teil der Nachfrage befriedigt und zwar entweder ein durch Zufall bestimmter, der zuerst kommt (vergl. „Schlangestehen" in der Kriegszeit) oder ein durch persönliche Beziehungen zum Verkäufer ausgewählter. Die Obrigkeit müsse daraufhin zum Verkaufszwang noch die Rationierung hinzufügen, um eine gleichmäßige Befriedigung zu erzwingen. Doch damit nicht genug der Zwangsregelung: Nach Verkauf des Vorrats verschwinde das regulierte Gut vom Markt, da die Produktion infolge des zu niedrigen Preises unrentabel geworden ist. Die Obrigkeit müsse wieder eingreifen: Die Produktion müsse erzwungen werden. Sie müsse ferner auch die Preise der zur

[1]) Mises: J. S. 8.

[2]) „Auf den preispolitischen, nicht auf den produktionspolitischen Eingriffen ruht das Schwergewicht des Systems des Interventionismus". J. S. 9.

[3]) Darüber auch in der Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. 2. Aufl. S. 229.

[4]) Mises: J. S. 9.

Produktion nötigen Rohstoffe und Halbfabrikate festlegen und Unternehmer und Arbeiter verpflichten, zu den verordneten Höchstpreisen zu produzieren und zu arbeiten. Doch dürfe nicht bei Regulierung von Preisen und Produkten einer Ware stehen geblieben werden, alle Güterpreise müssen reguliert werden, um zu vermeiden, daß Kapital und Arbeit zur Produktion der noch freien Güter abströmen. Die Obrigkeit wollte gerade die Bereitstellung jener zunächst regulierten Güter garantieren, deren Verschwinden vom Markt sie nun mehr infolge ihres ersten Eingreifens durch Regelung des gesamten Güterumlaufs verhindern müsse. Es zeige sich also, daß der isolierte preispolitische Eingriff seinen Zweck verfehle und notwendig die Gesamtregelung der Produktion, also Sozialismus nach sich ziehe. „Wir sehen damit ohne weiteres, daß die Preistaxe als isolierter Eingriff in das Spiel des Marktes in der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung undenkbar ist.“ [1]) Ein deutlicher Beweis seiner Argumentation ist für Mises die Geschichte der Wirtschaftspolitik des Weltkrieges; in Deutschland seien alle oben genannten Phasen festzustellen gewesen: Zuerst Preistaxen dann Verkaufszwang, dann Rationierung, dann Vorschriften über die Einrichtung der Produktion und der Verteilung, schließlich Versuche zur Uebernahme der planmäßigen Leitung der gesamten Produktion und Verteilung. Daß die Phasen nicht schneller durchlaufen wurden und die volle Sozialisierung ausgeblieben ist — bei nur wenig längerer Dauer des Krieges wäre sie mit Bestimmtheit eingetreten — liegt nach Mises an der weitgehenden Nichtbefolgung der Regulierungsvorschriften. Würden die interventionistischen Gesetze wirklich beachtet werden, dann müßten sie sich in der kürzesten Zeit ad absurdum führen. Alle Räder würden stillstehen, weil der „starke Arm des Staates ihnen zu nahe gekommen ist.“ [2])

(b) Mindestpreis (der moderne Interventionismus).

Unternehme es die Obrigkeit, den Preis eines Gutes oder einer Dienstleistung höher festzusetzen, als er sich auf dem freien Markt gebildet hätte, verbiete sie also den Verkauf zu einem niedrigeren Preise als dem Mindestpreise, dann sinke der Absatz; die Nachfrage bleibe hinter dem Angebot zurück; die Ware finde weniger Käufer. Da aber die Obrigkeit beabsichtigt hatte, den Verkäufern lohnenden Absatz zu sichern, sei ihr also der Erfolg versagt geblieben. Neue Zwangsmittel müssen ergriffen werden, die letzten Endes wieder bis zur vollen Vergesellschaftung der Produktionsmittel fortschreiten müssen. Von praktischer Bedeutung seien von den Mindestpreisfestsetzungen vor allem die, welche die Höhe des Lohnes betreffen, die Lohntaxen. Beim sogenannten statischen oder natürlichen Lohnsatz finden alle Arbeiter Beschäftigung und alle Unternehmer die gesuchten Arbeiter, sofern ihr Unternehmen unter den gegebenen Verhältnissen, insbesondere dem

---

[1]) Mises: Theorie der Preistaxen in J. S. 103.
[2]) Misis: J. S. 16.

gegebenen Lohnsatz, rentabel ist. In der statischen Wirtschaft gebe es also keine Arbeitslosen und in der unbeschränkten dynamischen Wirtschaft auf die Dauer keine, da die fortschreitende Wirtschaft stets dem quasistatischen Gleichgewichtszustand zustrebt. Zwar werde ständig ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz von Arbeitnehmern auf den Markt geworfen, weil ältere Unternehmungen unrentabel werden, aber die Arbeiter werden bald wieder von neu entstehenden Unternehmungen, eventuell neu aufkommenden Produktionszweigen aufgenommen, so daß sie bei hinreichend intensivem wirtschaftlichem Fortschritt — im Sinne der Ausweitung der Produktion — nicht einmal erst durch Drücken des Lohnes die Nachfrage nach Arbeit erhöhen. Die Lohntaxe greife in dieses Normalgetriebe des Arbeitsmarktes störend ein. Es sei ganz gleichgültig, ob die Obrigkeit die Lohntaxe selbst festgesetzt oder durch Androhung oder Anwendung von Zwangsmaßnahmen (Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches) die Position der Gewerkschaften so stärkt, daß es dem Unternehmer unmöglich wird, arbeitswillige Arbeiter zu niedrigerem Lohne einzustellen. Wenn obendrein noch den Arbeitnehmern das Recht zu streiken gegeben werde, d. h. wenn der Arbeitnehmerschaft das Recht gegeben werde, so lange den Betrieb eines Unternehmens unmöglich zu machen, als er die von ihnen gestellten Bedingungen nicht annimmt, dann sei die Verfügung über die Lohnhöhe und dadurch über die Produktion in letzter Linie in die Hand der Gewerkschaften gelegt. Da nämlich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht organisierten Arbeitern die Zulassung zur Arbeit verweigern, und da sie im Falle des Streikes durch offene Gewalt verhindern, daß andere Arbeiter an Stelle der im Ausstand befindlichen treten, wirken die Lohnforderungen der Gewerkschaften in derselben Weise, wie ein obrigkeitliches Gesetz über Mindestlöhne wirken würde. Denn der Unternehmer müsse, wenn er die Stillegung des Betriebes vermeiden wolle, die Lohnforderung der Gewerkschaften annehmen. Sei der Lohn nun zwangsweise über dem Marktpreis festgesetzt, so stiegen die Produktionskosten und die Produktpreise. Würden als Konsumenten nur Lohnempfänger in Frage kommen, wäre eine Erhöhung des Reallohnes unmöglich. Da aber die Konsumenten, deren Einkommen aus Besitz und Unternehmertätigkeit fließt, durch Lohnerhöhungen nicht in der Einkommensverteilung aufrücken, sondern relativ absinken, müssen sie ihren Konsum wegen der erhöhten Preise einschränken. Infolgedessen müssen Arbeiter entlassen werden. Ohne das Zwangssystem des staatlich sanktionierten Gewerkschaftswesens und des garantierten Tarifvertrages, ginge die Lohnhöhe auf den natürlichen Marktpreis der Arbeit zurück; so aber trete Arbeitslosigkeit ein, die im Interventionismus zur ständigen Einrichtung werde, aber „in der unbehinderten kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur eine Friktionserscheinung“ sei, „die immer wieder verschwindet.“ [1]) Denn sofern Freizügigkeit der Arbeiter bestehe und der Uebertritt aus

[1]) Mises: J. S. 13.

einem Gewerbe in das andere nicht durch gesetzliche oder gewerkschaftliche Hindernisse erschwert sei, fänden Arbeitssuchende immer Arbeit, wenn sie ihre Lohnforderungen den Verhältnissen des Marktes anpassen. Für die Arbeitslosen müsse der Unternehmer noch Abgaben leisten, die seine Produktionskosten weiterhin erhöhen; sie seien dem effektiven Arbeitslohn zuzurechnen.

Die Arbeitslosenunterstützung, ganz gleich ob sie von der Regierung oder den Arbeitervereinen gewährt werde, sei selbst ein neues interventionistisches Uebel und nur geeignet, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern. Die Arbeitslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit, die aus dynamischen Veränderungen der Volkswirtschaft herrührt, erziele nur den Erfolg, daß sie die Anpassung der Arbeiter an die neuen Verhältnisse hinausschiebt. Infolge der Unterstützung halte es der Arbeitslose nicht für notwendig, sich nach neuer Arbeit umzusehen oder noch weniger nach einem neuen Beruf; zumindest nehme er sich mehr Zeit, den Arbeitsort zu wechseln, einen neuen Beruf zu ergreifen, sich eventuell mit einem niedrigeren Lohn abzufinden. Man könne, wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht sehr niedrig bemessen sei, den Satz aufstellen: „Solange Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, kann die Arbeitslosigkeit nicht verschwinden". [1]) Die Arbeitslosenunterstützung bringe ferner Lasten mit sich, die entweder vom Unternehmer oder vom Arbeiter zu tragen sind. Es gelte dies auch, und zwar primär, für die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit infolge der künstlichen Lohnerhöhung, die im Zusammenhang dieser Abhandlung im Vordergrund steht. Die Lasten müsse der Arbeiter oder der Unternehmer, oder jeder von beiden tragen; Staat oder Kommune bringen die Unterstützungsgelder ja niemals selbst auf. Müsse der Arbeiter die Geldmittel aufbringen, werde er ganz oder zum Teil um die Frucht der künstlichen Lohnsteigerung gebracht. Der Unternehmer könne in zwei Formen belastet werden: Abgaben bemessen an der von ihm ausgezahlten Lohnsumme, das bedeute eine neue künstliche Erhöhung des Lohnes über das staatliche Niveau. Die Rentabilität von Arbeitskraft sinke weiter, d. h. noch weniger Arbeiter können rentabel verwandt werden. „Die Arbeitslosigkeit wächst weiter, eine Schraube ohne Ende". [2]) Ferner: Sondersteuer in Form von Gewinn- oder Vermögenssteuer ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeiter. Eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit müsse auch in diesem Falle die Folge sein, denn zur Aufbringung der Steuer — das gelte für jede interventionistische „Sozial"-Steuer — werde das Kapital aufgezehrt oder wenigstens die Neubildung von Kapital verlangsamt, also ceteris paribus die Möglichkeit Arbeitskräfte zu beschäftigen, geringer.

Wirksam bekämpft werden könne die Arbeitslosigkeit nur durch ein Mittel: Durch vollständige Freigabe des Arbeitsmarktes, damit der Lohn durch den Druck der Arbeitssuchenden auf jenes Niveau wieder herabgedrückt werde, das er ohne Einschreiten der Regierung

---

[1]) Mises: L. S. 74.
[2]) Mises; L. S. 75.

oder der Gewerkschaft eingenommen hätte, auf die Höhe nämlich, bei der alle Arbeitsuchenden auch Arbeit erhalten. Offensichtlich verfehlt sei es, die Arbeitslosigkeit dadurch zu bekämpfen, daß man auf Staatskosten öffentliche Arbeiten ausführen lasse, die sonst unterblieben wären. Die aufgewendeten Mittel seien nur dadurch zu gewinnen, daß sie durch Steuern oder Anleihen aus jener Verwendung, die sie sonst gefunden hätten, entzogen werden. Wiederum werde also Kapital der privaten Wirtschaft entzogen. Auf dem Wege der Notstandsarbeiten könne Arbeitslosigkeit in einem Produktionszweig nur soweit vermindert werden, als sie in einem anderen erhöht werde.

Der Enderfolg der gesamten Interventionen zu Gunsten des Arbeiters sei Kapitalaufzehrung, denn die Belastung von Kapitalisten und Unternehmern werden nicht nur vom Einkommen getragen, sondern vom Vermögensstamm, jedenfalls auf die Dauer und bei den heutigen Ausmaßen der Arbeitslosigkeit. „Die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden und Millionen als Dauererscheinung auf der einen Seite und die Kapitalaufzehreung auf der anderen Seite sind die Folgen des Interventionismus, der künstlichen Hochhaltung der Löhne durch die Gewerkschaften und der Arbeitslosenunterstützung". [1]) Produktivität der Arbeit und Sozialprodukt werden erheblich gemindert. Die Wirtschaft werde in eine Krise getrieben, die fälschlich als Krise des Kapitalismus bezeichnet werde, in Wahrheit aber die Krise des Interventionismus sei, hervorgerufen durch „künstliche Hochhaltung der Löhne durch den Koalitionszwang und die Verweigerung des Schutzes der Arbeitswilligen auf der einen Seite und durch Arbeitslosenunterstützung auf der anderen Seite und schließlich durch die Aufhebung der Freizügigkeit im zwischenstaatlichen Verkehr", [2]) Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeit und der Güter (Zollprotektionismus). „Das zwischen beiden vermittelnde System des durch obrigkeitliche Maßnahmen beschränkten geleiteteten und regulierten Eigentums Einzelner, ist in sich selbst wiederspruchsvoll und sinnwidrig. Jeder Versuch, es ernstlich durchzuführen, muß zu einer Krise führen, aus der dann entweder Sozialismus oder Kapitalismus allein den Ausweg geben können". [3])

(3) Der konjunkturpolitische Eingriff.

Mises kennt noch einen weiteren interventionistischen Eingriff, den konjunkturpolitischen Eingriff, den er jedoch in der systematischen Auseinandersetzung mit dem Interventionismus in angegebenen Schriften nicht erwähnt. Der konjunkturpolitische Eingriff geschieht durch künstliche Herabsetzung des Zinses, gehört demnach in die Kategorie preispolitischer Eingriffe unter dem Abschnitt Höchstpreis. Doch Mises selbst

---

[1]) Mises: J. S. 15.
[2]) Mises: J. S. 20.
[3]) Mises: J. S. 24.

behandelt ihn — aus gutem (in dem Phänomen Konjunktur liegendem) Grunde — nicht an der Stelle, sondern in anderem Zusammenhange. [1]) Seine Stellungnahme ist folgende: Stehe die Wirtschaft, konjunkturell gesehen, im Stadium der Depression, so glaube der interventionistisch orientierte Staat, etwas tun zu müssen, um „die Wirtschaft anzukurbeln", um „den Umschwung einzuleiten". Das geeignete Mittel dazu werde in einer willkürlichen Herabsetzung des Zinses gesehen, die Ausweitung des Kreditvolumens, Schaffung „neuer Kaufkraft", Vermehrung der Umlaufsmittel bedeute. Die ökonomischen Folgen dieses Eingriffs sind nach Mises kurz folgende: Der Zins als Preis des Leihkapitals sei bei Gleichgewicht so hoch, daß wirksame Nachfrage und wirksames Angebot gleich groß sind. Die wirksame Nachfrage gehe aus von Unternehmern, die bei geltendem Zinssatz rentabel arbeiten zu können glauben und daher Kapital aufnehmen. Werde nun der Zinssatz von der Staatsregierung durch Intervention bei der Zentralnotenbank heruntergesetzt, so werde eine bis dahin nur latent vorhandene Nachfrage auf den Geldmarkt gelockt. Diese Nachfrage konnte vor dem Eingriff nicht wirksam werden, weil beim geltenden Zinssatz weiteres Kapital nicht hinreichend rentabel investierbar war. Infolge des Eingriffes werde also eine an sich unrentable Nachfrage befriedigt, die Unternehmertätigkeit irregeleitet und der Zirkulalationskredit in ungesunder Weise ausgedehnt. Durch ungerechtfertigte Erweiterung der Produktionstätigkeit werde ein konjunktureller Aufschwung in Bewegung gesetzt, der in sich den Todeskeim von Krise und Depression trage. [2])

Die interventionistische Politik, die die Konjunktur mildern und ausschalten wolle, erreiche das Gegenteil. Die Krise werde verschärft durch Fehldispositionen, die die interventionistische Politik hervorgerufen habe, da in der Krise die Folgen des Mißverhältnisses zwischen dem, was die Unternehmer tun und dem, was ihnen der unbeirrte Markt vorschreiben würde, in Erscheinung treten. Um die Folgen zu mildern, fühle sich der Staat bemüßigt, noch einmal zu intervenieren und zwar durch Stützungsaktionen zu Gunsten der durch die Krise notleidend gewordenen Banken und ihrer Kunden, mit dem Erfolg, daß im Widerholungsfall, also beim nächsten Aufschwung, die Banken dazu ermuntert seien, den Kredit wieder übermäßig auszuweiten, und das Spiel wieder von vorn beginnt.

Wenn man erfolgreiche Konjunkturpolitik betreiben wolle, müsse man grundsätzlich darauf verzichten, zu intervenieren. Denn „jede Abweichung von den auf dem unbehinderten Markte gebildeten Preisen,

[1]) Die Kritik des konjunkturpolitischen Eingriffs findet sich in „Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik", Jena 1928 und in der „Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel", 2. Aufl. 1924. S. 366 ff. (Sehr eingehende Schilderungen der ökonomischen Folgen) und S. 410 ff.

[2]) Mises: Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik, S. 60: „Man beklagt die Krise und man beklagt die Depression, doch weil man den Kausalzusammenhang zwischen dem Vorgehen der Umlaufsmittelbanken und den beklagten Uebeln unrichtig beurteilt, fördert man eine Zinspolitik, die notwendigerweise letzten Endes wieder zur Krise und Depression führen muß".

Löhnen und Zinssätzen, muß zu Störungen des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts führen". [1]) Insbesondere müsse unbedingt darauf verzichtet werden, den Geldmarkt beherrschen und unterjochen zu wollen, denn künstliche Zinsfußsenkung, oder, was dasselbe ist, ungerechtfertigte Kreditausweitung, sei eine Störung, die, wie gezeigt, selbst die Krise hervorruft. An sich sei zwar Bankfreiheit das beste Mittel, heftigen Konjunkturschwankungen zu begegnen, aber solange volle Bankfreiheit und Unterstellung aller Bankgeschäfte also auch der Umlaufsmittelausgabe unter das gemeine Handelsrecht wegen des großen Widerstandes der öffentlichen Meinung nicht in Frage käme, sei das wichtigste Erfordernis aller Konjunkturpolitik: „Verzicht auf jeden, wie immer gearteten Versuch, den Zinssatz, der sich auf dem Markt bildet, durch bankpolitische Maßnahmen herabzudrücken". [2])

b) Cassel.

Während Mises wenigstens bis zu einem gewissen Grade in der Theorie den Interventionismus als Sonderversuch einer selbständigen Wirtschaftsverfassung sah, ist für Cassel der moderne Protektionismus wesentlich eine Verwirklichung sozialistischer Einzelideen. Cassel spricht daher meist nur vom Sozialismus, auch wenn er die protektionistische Wirtschaftsauffassung kritisiert, und von Sozialisten, auch wenn damit eigentlich nur die Vertreter des Protektionismus gemeint sind. Mises und Cassel sind sich darin einig, daß Interventionismus bezw. Protektionismus Halbsozialismen sind, nur daß Mises begrifflich und inhaltlich einen scharfen Strich zwischen Sozialismus und Interventionismus zieht, Cassel dagegen nicht. Jedenfalls nicht bezüglich der Wirtschaftsideen und ihrer Vertreter. Das bedeutet, daß Cassels Gesamteinwände nur graduell unterschieden dem Sozialismus wie dem Interventionismus gelten, als Phänomene werden Sozialismus und Interventionismus selbstverständlich gesondert, wenn auch unmittelbar nebeneinander behandelt. Bezeichnend für Cassels Stellungnahme ist, daß die Sammlung von Einzelabhandlungen: „Sozialismus oder Fortschritt?" die Unmöglichkeit und die Unwirtschaftlichkeit von Sozialismus und Protektionismus und zwar überwiegend des Letzteren in engster Verquickung zu beweisen, die Aufgabe hat.

(1) Protektionismus (Allgemeine Stellungnahme).

Ueber den Protektionismus insgesamt äußert sich Cassel folgendermaßen: Die Protektionisten haben „überhaupt kein Verständnis für die unendliche Beweglichkeit des Lebens, die in der Wirklichkeit

[1]) Mises: Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik. S. 62.

[2]) Mises: Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik. S. 62. Mises fährt an dieser Stelle fort: „D. h. Rückkehr zu dem (jedoch durch Einbeziehung der in Gestalt von Kassenführungsguthaben ausgegebenen Umlaufsmittel dem Stande unserer Erkenntnis entsprechend, erweiterten) Programm der Currency-Schule, das alle künftige Ausdehnung des Zirkulationskredits und mithin alle weitere Schaffung von Umlaufsmitteln verbieten will. Die Banken werden verpflichtet, den Gegenwert der ausgegebenen Noten und eröffneten Kassenführungsguthaben, von dem absoluten Betrag, der schon heute metallisch nicht gedeckt ist, abgesehen, stets metallisch voll zu decken".

jedes wirtschaftliche Problem zu einem dynamischen macht; und die uns zu einem sehr ernsten Nachdenken über die Folgen unserer Eingriffe zwingt. Man will nicht einsehen, daß weder das Unternehmen noch der Unternehmergewinn jemals entstanden wären, wenn es nicht eine sinnvolle Sicherheit für das Privateigentumsrecht gegeben hätte, und daß eine Vergewaltigung dieses Eigentumsrechts sehr leicht auch den eigentlichen gesellschaftlichen Nutzen, den das Unternehmen bisher mit sich gebracht hatte, aufs Spiel setzen kann".[1]) Es gäbe viele Arten von Protektionismus, viele Arten, sich gegen Konkurrenz zu zu schützen und dadurch die wirtschaftliche Lage der Geschützten zu verbessern. Meistens werde nur an den Zollprotektionismus gedacht, es sei jedoch offensichtlich, daß alle Bestrebungen, auf irgendeinem Markte die Konkurrenz auszuschalten, unter den Begriff Protektionismus fallen. Die nationalökonomische Wissenschaft, deren eine Hauptaufgabe sei, „unter den wechselnden und willkürlichen Formen das Einheitliche und Wesentliche zu sehen", habe z. B. „Anlaß zu sehr scharfer Kritik an den üblichen protektionistischen Entstellungen auf dem Gebiete der Zollpolitik".[2]) Dabei dürfe sie es jedoch nicht genug sein lassen, sondern sie müsse die grundsätzliche Indentität entschleiern zwischen diesem Protektionismus und dem, der unter anderen Formen und anderen Namen getrieben werde, z. B. in Form von Anleihen von den Darlehnsfonds des Staates, von Voranschlägen für nicht tragfähige Eisenbahnen und Kanäle und nicht zuletzt von Notstandsarbeiten und anderen Unterstützungen für Arbeitslose. Wirtschaftstheoretisch sei es prinzipiell gleichgültig, eine unterstützende Wirksamkeit des Staates in der Form der Zollpolitik oder in einer anderen Form sich auswirken zu lassen. Im Einzelnen analysiert und kritisiert Cassel eingehend den Arbeiterprotektionismus und den Steuerprotektionismus. (Auf den Zollprotektionismus wird, wie in der Einleitung festgelegt, aus dem Grunde nicht eingegangen, weil Cassel im Vergleich mit den Klassikern wesentlich keine neuen Gründe anzubringen vermag.)

(2) Arbeiterprotektionismus.

Der Arbeiterprotektionismus bestehe einmal in der Bildung und Förderung des Gewerkschaftsmonopolismus, ferner in einem Komplex direkter Eingriffe zu Gunsten der Arbeiter, der Arbeitslosenfürsorge.

Die Bezeichnung Gewerkschaftsmonopolismus wählt Cassel, wenn es ihm um die Machtentfaltung der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt zu tun ist. An anderen Stellen spricht er vom Gewerkschaftsprotektionismus; nämlich dann, wenn er den Staat hinter den Gewerkschaften stehen sieht im Bestreben, „gewiße Teile des Arbeitsmarktes von der Konkurrenz abzuschließen und damit eine willkürliche Steigerung der Forderungen der geschützten Arbeitergruppen zu ermöglichen".[3]) Wirtschaftlich gesehen besagen die beiden Begriffe dasselbe. Cassels

[1]) Cassel: S. o. F. S. 159.
[2]) Cassel: S. o. F. S. 44.
[3]) Cassel: S. o. F. S. 132.

Stellungnahme ist die: Grundsätzlich müsse nach der Logik der Wirtschaft das allgemeine Lohnniveau eines Landes „natürlich" durch die vorgegebenen Wirtschaftsfaktoren bestimmt sein. Die Möglichkeit, die Produktivität eines Produktionsfaktors, hier der Arbeit, auf Kosten eines anderen, des Kapitals, zu erhöhen, sei sehr eng begrenzt. Die wirtschaftliche Verteilung erfolge nicht nach Willkür sondern auf Grund der Knappheit des einzelnen zur Produktion erforderlichen Faktors. Eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus sei wirtschaftlich nur möglich und denkbar als Folge einer erhöhten Effektivität der Produktion. Technische und organisatorische Verbesserung allein können das Ergebnis der „produktiven Arbeit" erhöhen, die Konsumausweitung der Gesellschaft bewirken, den wirklich allgemeinen Fortschritt herbeiführen. Das sei die „wirtschaftliche Auffassung" des Lohnproblems.

Genau entgegengesetzt sei die Anschauung, aus der heraus die Gewerkschaften den Lohn zu beeinflussen suchen; die „geschlossene Gewerkschaftspolitik" habe die Frage der Höhe des Arbeitslohnes zu einer Machtfrage gemacht. — Daß die „offene Gewerkschaftspolitik" in vernünftiger Weise die allgemeinen sozialen Interessen wahrzunehmen im Stande sei, stehe außer Zweifel und damit zugleich die Berechtigung der Gewerkschaften überhaupt. — Dadurch, daß die Gewerkschaften den Arbeitsmarkt in einigen Wirtschaftszweigen monopolistisch beherrschen, d. h. den Lohn wesentlich über die natürliche Marktlage hinaufdrücken, ergeben sich für die Wirtschaft sehr verhängnisvolle Folgen, die von den Trägern und Befürwortern der Machtpolitik nicht gesehen oder geleugnet würden. Die Folgen seien einmal solche, durch die die Arbeitergruppen sich gegenseitig schädigen, und solche, die für die Wirtschaft als Ganzes schädigend seien. Letztere wirken empfindlich wieder auf die Arbeiter zurück.

Unmittelbar die Arbeiter schädigend sei jene Seite der geschlossenen Gewerkschaftspolitik, die Cassel mit Berufsmonopolismus bezeichnet. Diese Berufsmonopolisierung werde so erstrebt und erreicht, daß die Gewerkschaften bestimmter Arbeits- und Berufsgruppen die Neueinstellung in ihrem Gewerbe verhindern oder den Arbeitsmarktsbereich für Arbeitssuchende von außerhalb absperren. Die Kontingentierung des Angebotes auf dem Markt des einzelnen Gewerbes verschaffe im Lohnkampf den Arbeitergruppen, deren Beruf stärkste Ausnutzung solcher Macht ermöglicht, Vorteile auf Kosten der übrigen Arbeiter. Je mehr eine Arbeitsart örtlich gebunden sei, um so straffer sei die Organisation, um so wirksamer das Monopol. [1]) Eine solche Gewerkschaftspolitik stehe in absolutem Gegensatz zu dem Interesse der

[1]) Cassel führt dagegen weiter aus: „Es ist kein Zweifel, daß der Arbeitermonopolismus seine größten Triumpfe gefeiert, aber auch seine größten Uebergriffe im Baugewerbe und in den Kommunalbetrieben begangen hat. Die geringsten Möglichkeiten zur Ausnutzung einer Monopolstellung haben die Gewerkschaften in den Exportindustrien und in den einheimischen Industrien, die ausländischer Konkurrenz ausgesetzt sind. Die Arbeiter in diesen Industrien haben daher Aussicht, ein Opfer der Machtpolitik zu werden. Die breiten Massen, die immer außerhalb der Organisationen stehen werden, sind somit dem Aussaugungssystem des Arbeitermonopolismus preisgegeben". S. o. F. S. 82.

Gesellschaft und gleichermaßen „zu der gesunden wirtschaftlichen Vernunft." Die Wirtschaftswissenschaft habe die Pflicht, die Allgemeinheit über die wirkliche wirtschaftliche Bedeutung der ausgearteten Gewerkschaftspolitik aufzuklären.

Von den schädigenden Folgen, die sich die Arbeiter untereinander durch die geschlossene Gewerkschaftspolitik selbst aufbürden, sei die Gesellschaftswirtschaft als Ganzes mitgetroffen. Cassel und andere antiprotektionistische Autoren heben bewußt die Schäden für die Arbeiter heraus, um zu zeigen, daß eine derartige Gewerkschaftspolitik, selbst in ihrer engen Zielsetzung, den Lebensstandard der Arbeiterschaft zu heben, sich schon bei einer solchen oberflächlichen Betrachtung als zweckwidrig erweist, da nur einzelne Arbeitergruppen ihren Lebensstandard auf Kosten aller übrigen erhöhen können. [1])

Die Schäden der Gewerkschaftspolitik für die gesamte Wirtschaft beruhen darauf, daß die Anpassung der vorhandenen Arbeitskraft an die vorhandene Nachfrage verhindert werde, daß also die freie Be-Bewegung der Arbeitskraft sowohl innerhalb des nationalen Marktes als auch zwischen den verschiedenen Ländern sehr stark beschränkt sei.

Ein Einblick in die Verhältnisse des heutigen industriellen Europas zeige die Folgen der staatlich sanktionierten Gewerkschaftspolitik deutlich. Massen von Arbeitern seien durch Abschließung der Gewerkschaften von den bevorzugten Beschäftigungen ausgeschlossen und nicht im Stande, Arbeit zu einigermaßen annehmbaren Bedingungen zu finden. Sehr starke Arbeitslosigkeit herrsche infolgedessen in den Industrieländern. Wirtschaftlich gesehen werde das Ausmaß der aufgewandten nutzbringenden Arbeit des Volkes vermindert. Die Arbeitslosen benötigen zu ihrer Erhaltung eine Unterstützung, „offenbar mit Hilfe des von den Beschäftigten hergestellten Produkts." [2]) Dadurch werde das Realeinkommen der beschäftigten Arbeiter beträchtlich gekürzt. Solange die Gewerkschaften für ihre Arbeitslosen selbst sorgen mußten, wenn sie durch Druck auf den Arbeitsmarkt eine übermäßige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verhindern wollten, sei ein Mißbrauch dieses an sich wertvollen Schutzmittels gegen Hungerlöhne nicht möglich gewesen. Eine verhängnisvolle Macht werde jedoch dieses Abwehrmittel gegen Ausbeutung, wenn die Last der Unterstützung vom Staat oder den öffentlichen Körperschaften übernommen werde, wie es in den Industrieländern Europas seit einem Jahrzent in immer wachsendem Maße der Fall sei. Dann nämlich können die Arbeiter ihre Forderungen dauernd so hinaus schrauben, daß es vom Markt nicht mehr tragbar sei. „Die Folge ist dauernde Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit, eine große Anzahl Arbeiter aus öffentlichen

---

[1]) Cassel: S. o. F. S. 95/96.: „Die Vorstellung ist unsinnig, daß die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit einen höheren Lohn geben würde, als die Marktlage es erlaubt, und den Arbeitern auch ohne das Dazwischentreten der Gewerkschaften zahlen würde".

[2]) Cassel: Neuere monopolistische Tendenzen in Industrie und Handel. (Tendenzen) S. 9.

Mitteln zu unterstützen." [1]) Als allgemeine Wirkung der protektionistischen Arbeitsmarktstörung lasse sich für Europa folgendes feststellen: Die Löhne der Industriearbeiter seien künstlich auf einen so hohen Stand getrieben, daß die Nachfrage nach industrieller Arbeitskraft weit unter dem Angebot liege. Ein Teil der verfügbaren industriellen Arbeitskraft sei also zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt; der Stand der industriellen Löhne sei mit Hilfe der Arbeitslosenunterstützung so hoch, daß das natürliche Rückströmen der industriellen Arbeiter in die Landwirtschaft verhindert werde. Das sei ganz besonders typisch für die mangelnde Anpassung der Arbeitskraft: Die Landwirtschaft leide unter dem Fehlen eines angemessenen Arbeitsangebotes, während gleichzeitig ein Ueberschuß industrieller Arbeiter ohne Arbeit sei. Als Folgeerscheinung trete „eine Hemmung der Entwicklung der Landwirtschaft ein und ein knapperes Angebot von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten ...., was notwendigerweise den allgemeinen Lebensstandard des Volkes tiefhalten muß. [2]) u. [3])

Unter dem direkten Einfluß der Gewerkschaften und unter dem Einfluß ihrer protektionistischen Wirtschaftsauffassung sei auch international die freie Beweglichkeit der Arbeitskraft durch schroffe Einwanderungsverbote stark beschränkt worden. Ein Verlassen des liberalen Grundsatzes der offenen Tür in dem Maße, wie es seit dem Weltkriege geschehen ist, stehe in gleichem Maße in offenstem Widerspruch zu dem Interesse der übervölkerten Länder ohne hinreichende Abflußmöglichkeit von Arbeitskraft, wie zum weltwirtschaftlichen Gesamtinteresse, das volle Ausnutzung aller vorhandenen Arbeitskraft, wie überhaupt jedes Produktionsfaktors, verlangt. [4]) Zwar sei richtig, daß Länder, die ihrer eigenen Arbeitslosigkeit nicht Herr werden können, ihre Grenzen einer Einwanderung fremder Länder mit geringerem Lebensstandard nicht leicht öffnen können; das beweise jedoch nur, daß größere Freiheit in der internationalen Bewegung der Arbeitskraft bis zu einem gewissen Grade mit einer Politik verknüpft sei, die insgesamt auf wirtschaftliche Freiheit ausgerichtet ist. Nur eine liberale Totaleinstellung in der Wirtschaftspolitik vermöge die Arbeitslosigkeit als einen wegen ihrer wirtschaftlichen Folgen wichtige Dauererscheinung zu beseitigen.

[1]) Cassel: Tendenzen S. 10.

[2]) Cassel: Tendenzen S. 11.

[3]) An anderer Stelle S. o. F. S. 200 schreibt Cassel sogar: „Ueberhaupt liegt ein nicht unwesentlicher Teil des Geheimnisses der Arbeitslosigkeit in dem Unterschied, der in unserer modernen Gesellschaft mehr oder weniger künstlich zwischen dem Lohnniveau der Landwirtschaft und dem der Industrie aufrecht erhalten wird".

[4]) Cassel: Tendenzen S. 14.: „Die Hemmnisse, die man der Auswanderung in den Weg stellt, sind für eine Verteilung der Arbeitskraft zwischen den verschiedenen Ländern verantwortlich, die durchaus unvereinbar mit dem wirtschaftlichen Prinzip ist. Die Produktivität der Welt muß darunter leiden, wenn in einigen Ländern ein Ueberschuß an Arbeitskraft besteht, für die die Marktbedingungen notwendigerweise schlecht sein müssen, während in anderen Ländern das Angebot von Arbeitskraft weit unter der als optimal anzusehenden Grenze bleibt, selbst wenn man ausschließlich das eigene Interesse dieser Länder im Auge hat".

Neben der Wirkung auf den Arbeitsmarkt übe die monopolistische Lohnsteigerung ihren Einfluß natürlich auch auf die Produktpreise aus. Die monopolistischen Arbeitslöhne treiben die Warenpreise in die Höhe, da die Kosten der Produktion in den Produktionszweigen, die der Gewerkschaftsmonopolismus beherrscht, steigen. Nur in Ausnahmefällen und auch dann nur in geringem Maße werden Lohnsteigerungen durch vorhandene Uebergewinne der Unternehmer und Kapitalisten getragen werden, da bei freier Konkurrenz das Kapital normaler Weise keine Gewinne aufweist, die für die Erhöhung der Arbeitslöhne verwandt werden könnten. Die freie Konkurrenz verteile alle Uebergewinne in kurzer Zeit auf die Konsumenten. Und die wirklich vorhandenen, aber bald verschwindenden Differentialgewinne werden wieder kapitalisiert, kämen also auf jeden Fall — abgesehen von dem erfahrungsgemäß kleinen Prozentsatz, der von den Gewinnenden konsumiert werde — der Produktion und damit der Wirtschaft, dem wirtschaftlichen Fortschritt insbesondere, zu Gute. In den weitaus meisten Fällen werde die Kostensteigerung infolge der Lohnsteigerung auf die Konsumenten abgewälzt. Es lasse sich das im Einzelnen genau verfolgen. Von der Kostensteigerung werden in erster Linie die örtlich geschützten Produktionszweige getroffen. Die der freien Konkurrenz des Weltmarktes unterworfene Wirtschaft, die exportierende Industrie, werde in Mitleidenschaft gezogen, z. B. dadurch, daß sie auf Produkte und Dienstleistungen der geschützten Gewerbe direkt oder indirekt angewiesen ist. Insgesamt stellt Cassel fest, daß der Gewerkschaftsmonopolismus verantwortlich zu machen sei für eine allgemeine Verteuerung der Lebenskosten; er beweist das durch Angabe der entsprechenden Inderziffern.

Es liege die Vermutung nahe, daß die Störungen, die die Bedingungen des Wirtschaftslebens der Welt vom Arbeitsmarkt ausgehend erheblich verändert haben, „sich in einer gewissen allgemeinen Verschiebung der Preise wiederspiegeln." [1]) Eine eingehende Untersuchung und Auswertung des statistischen Materials zeige die ungefähren Ausmaße der Störungen auf dem Arbeitsmarkt und dem Gütermarkt gegeneinander und gebe ein überzeugendes Gesamtbild für die wirtschaftliche Beurteilung des Störungsmomentes. [2]) Es sei ganz offensichtlich, daß das wirtschaftliche Gleichgewicht durch abnorme Lohnverbesserungen wesentlich gestört sei. Die Statistik bestätige insbesondere, daß „die Landwirtschaft und in großem Umfange die Produzenten der

---

[1]) Cassel: Tendenzen. S. 38.

[2]) Es muß verzichtet werden, Cassels Untersuchung auch nur auszugsweise wiederzugeben (Tendenzen: S. 34—54). Die wesentlichen Ergebnisse sind folgende: Die Preissteigerung sei seit 1913 ganz allgemein für konsumreife Güter viel größer gewesen als für Güter in früheren Produktionsstadien. Das gehe sowohl aus den Teilindizes hervor für einzelne Gütersorten wie aus Inderziffern größerer Gruppen. Je länger der Produktionsprozeß, um so heftiger die verhältnismäßige Preissteigerung. Sehr weit verarbeitete Artikel weisen außerordentlich hohe Inderziffern auf. Allgemein äußert es sich so, daß die Lebenshaltungskosten (171) sich gegenüber dem durchschnittlichen Großhandelspreis (150) seit 1913 beträchtlich erhöht haben.

Rohstoffe die Hauptleidtragenden sind. Für ihre Erzeugnisse bekommen
e im Austausch weniger Fertigwaren und unmittelbare Dienstleistungen;
it anderen Worten: Ihre Kaufkraft für solche Güter und Dienste
t gesunken.“ [1]) Daß Beschäftigungslosigkeit die Folge sei, ersehe
an unmittelbar. Eine entsprechende Veränderung in den Tauschbe-
ngungen der Güter habe zwischen Europa und den Kolonien statt-
efunden. Insgesamt sei ein Preissturz der von den Kolonien ange-
otenen Produkte erfolgt im Vergleich zu den Fertigwaren, die Europa
ubietet. Europa habe infolgedessen unter erheblichen Absatzschwierig-
eiten zu leiden; ein neuer Grund zu weiterer Arbeitslosigkeit werde
irksam. Der Gewerkschaftsprotektionismus habe die verheerendste
Wirkung, die ein Protektionismus überhaupt haben könne. Er ist
B. viel schädlicher als der übliche Zollprotektionismus. Die Pro-
uktivität — und daher auch das Volkseinkommen — der Gesellschaft
üsse infolge der Störungen durch den Gewerkschaftsprotektionismus
eit unter dem Stande bleiben, den sie eigentlich haben sollte und
önnte. Der Kampf gegen den Gewerkschaftsmonopolismus „ist ein
ampf für eine gesunde Entwicklung des Wirtschaftslebens ... gegen
mmende und verderbliche Kräfte.“ [2]) u. [3])

Ferner kritisiert Cassel sehr scharf die Arbeitslosenfürsorge, die
rch die Arbeitslosenunterstützung und durch Arbeitsbeschaffung (Not-
ndsarbeiten) erfolgt. Es war bei der Kritik des Gewerkschaftsmono-
lismus in Erscheinung getreten, daß die staatliche Arbeitslosenunter-
tzung für Cassel geradezu d e r wesentliche Rückhalt für die ge-
lossene Gewerkschaftspolitik ist. Die Dinge lägen offensichtlich so,
daß der Staatseingriff zur Unterstützung der Arbeitslosen die natür-
che Kontrolle darüber beseitigt, daß die Gewerkschaften ihre Ansprüche
cht über das wirtschaftlich mögliche Lohnniveau hinausschrauben.
e staatliche Unterstützung kann direkt dazu beitragen, den Arbeits-
arkt zu verdrehen und damit die Arbeitslosigkeit schwerer zu ge-
lten.“ [4])

Werde außerdem die Arbeitslosenunterstützung sozialistisch auf-
efaßt, als Folge eines Rechtes des Arbeiters auf Arbeit in seinem
eruf, eines Rechtes auf Existenz, eines Rechtes auf hinreichende
nterstützung, so bedeute sie eine Garantie gegen möglichen Stellungs-
echsel also Schutz der Unbeweglichkeit der Arbeit; sie wirke
nn gerade im Sinne einer Dauerhaftigkeit und ständigen Erhöhung
r Arbeitslosigkeit und stehe im diametralen Gegensatz zu einer
irklichen Lösung des Arbeitslosenproblems. Die Anpassung an die

---

[1]) Cassel: Tendenzen, S. 41.
[2]) Cassel: S. o. F. S. 141.
[3]) Nachdem die Folgen des Arbeiterprotektionismus auf dem Arbeits-
arkt und dem Gütermarkt dargestellt sind, mag verwunderlich erscheinen, daß
er nicht die Folgen auf dem Kapitalmarkt dargelegt werden. Das geschieht
dacht nicht, weil Cassel sich in diesem Zusammenhange auf kurze Bemerkungen
schränkt und die Wirkungen auf dem Kapitalmarkt unter den Gesichtspunkten
r Arbeitslosenfürsorge und ganz besonders des Steuerprotektionismus zeigt.
[4]) Cassel: S. o. F. S. 103.

veränderten Wirtschaftsverhältnisse werde stark erschwert, fast unmög lich gemacht. Ganz ohne Arbeitslosenunterstützung gehe es sicherli nicht ab, da dem Arbeitslosen über die ärgsten Schwierigkeiten d drohenden Existenzvernichtung hinweg geholfen werden müsse; ab die Unterstützung müsse nach Art und Maß so bemessen sein, daß d Kräfte zur Anpassung an die veränderte Wirtschaftslage nicht lahn gelegt werden, daß sie also nicht selbst zur Erhöhung des zu bekämp fenden Uebels beiträgt.

Eine weitere Unterstützungsmaßnahme des Staates zu Gunste der Arbeiter sei die Arbeitsbeschaffung. Das Problem der Arbeitsbe schaffung durch den Staat gipfele in der Frage: Kann der Staa den Beschäftigungsgrad dadurch erhöhen, daß er durch überführt Kaufkraft, sei es mit Hilfe von Steuern oder Anleihen, die Arbeits losen selbst (direkt oder indirekt) beschäftigt? Cassel gibt darauf dieselb Antwort wie Mises: Das Kapital sei bereits an bestimmte Aufgabe gebunden; werde es diesen entzogen, so entstehe eine Lücke in de Kapitalversorgung. Der Staat könne allenfalls wieder so viel Arbeite beschäftigen, wie er durch den Kapitalentzug soeben arbeitslos gemach habe. Cassel belegt das mit einer netten, „wahren" „es war einmal Geschichte. [1]) Eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei auf diese Wege von vornherein unmöglich. Die Anpassung an die veränderte Gegebenheiten der Wirtschaft werde durch willkürliche Festlegung vo Kapital und Arbeit wiederum erschwert. Das dem Kapitalmarkt ent zogene Kapital werde meistenteils obendrein auf Arbeiten verwand die überhaupt keinen Ertrag abwerfen können, oder die einen Ertra erst allmählich oder in weiter Zukunft erbringen. Es trete also offen sichtlich eine Schädigung der Volkswirtschaft und eine Schmälerun ihres Kapitalfonds ein.

Die Frage: Wie kann die Arbeitslosigkeit wirksam bekämp werden? beantwortet Cassel ganz in liberalem Sinne: Es sei gezeig worden, daß die bisher vom Staate aufgewandten Mittel zur Be kämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Linderung ihrer sozialen Folge wirtschaftlich und sozial sich nicht nur als verfehlt sondern als absolu zweckwidrig erwiesen haben. Das Uebel sei vergrößert worden un werde durch Beibehaltung der verfehlten Maßnahmen dauerhaf Suche man das Uebel bei der Wurzel zu fassen, so sei die Erkenntni unabweisbar, daß die Arbeitslosigkeit darauf beruht, „daß die Pro duktion der Gesellschaft nicht richtig dem Bedarf der Gesellschaft an gepaßt ist." [2]) Eine vernünftige Arbeitslosenpolitik müsse also d bisher geübte Methode der direkten Eingriffe grundsätzlich verlasse sie müsse darauf ausgerichtet sein, daß sie eine möglichst große Be weglichkeit der Arbeitskraft, natürlich auch der übrigen Produktions faktoren, herbeiführt, daß die Arbeitskräfte so eingestellt werden, w es die augenblickliche Marktlage erfordert, und daß insgesamt d

[1]) Im „Sozialismus oder Fortschritt?" S. 62.
[2]) Cassel: S. o. F. S. 64.

notwendige Anpassung an die jeweils neue Wirtschaftslage in höchstem Maß erleichtert werde. Diese Maßnahmen müssen die gesamte Wirtschaftspolitik umfassen.

(3) Steuerprotektionismus.

Standen für Cassel beim Arbeiterprotektionismus die sozialistischen Ideen vorwiegend mehr oder weniger im Hintergrunde, so hält er den Steuerprotektionismus für einen direkten sozialistischen Eingriff in das Privateigentumsrecht, für einen im Prinzip sehr ernsten Angriff gegen die Wirtschaftsverfassung, also nicht nur für eine gewöhnliche protektionistische Wirtschaftsstörung, die das bestehende System nur sozial „verbessern" soll. Die Steuerprotektionisten greifen das Lebens- und Fortschrittselement des Kapitalismus, das Kapital, an, das Eigentumsrecht am Kapital, das Eigentumsrecht selbst. Das Instrument des Steuerprotektionismus sei die progressive Einkommensteuer. Ihr liege die Idee zu Grunde, die Ungleichheit der Einkommen in Grenzen auszugleichen durch Beschneidung der sogenannten Spitzeneinkommen. Die öffentlichen Ausgaben, insbesondere die öffentlichen Soziallasten, sollen von den „Reichen" getragen werden, weil es ihnen leichter falle, 50% des Einkommens an die Gesellschaft abzutreten als einem „Armen" 10% von seinem kleinen Einkommen, das schon arg nahe an der Grenze des Existenzminimums liegt.

Um die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Besteuerung klarzulegen, analysiert Cassel die gesamtwirtschaftliche Einwirkung jeder möglichen Besteuerung überhaupt in der Absicht, zu einer einwandfrei sachlichen Stellungnahme zu gelangen. Die sozialen Folgen flicht er jeweils ein. Es gebe nur zwei Arten möglicher Besteuerung, die des Verbrauches und die des Kapitals. Alles Einkommen werde entweder zur Konsumtion oder zur Kapitalbildung, zum Sparen, aufgewandt. Die Besteuerung des Verbrauches scheine sehr nahe zu liegen, insofern, als eine Erweiterung der öffentlichen Konsumtion entsprechende Einschränkungen der Konsumtion des einzelnen zur Grundlage haben sollte. Zur Schonung des lebensnotwendigen Verbrauches sollten lediglich der weniger notwendige Verbrauch und der reine Luxusverbrauch die geeignetsten Objekte zur Besteuerung sein. Doch gerade die „Sozialisten", die Interessenvertreter der breiten Bevölkerungsschichten, richten „einen zähen und fast unüberwindlichen Widerstand gegen jede Form der Luxusbesteuerung auf." [1]) Es liege diesem Verhalten die Vorstellung zu Grunde, daß die Konsumtion grundsätzlich frei sein könne und solle, weil in den großen Einkommen genügend Möglichkeit vorhanden sei, Geld für den Staat mit Beschlag zu legen. Solle also nach sozialistischer Auffassung auch der nicht notwendige Verbrauch nicht besteuert werden, so müsse die Kapitalbildung die Steuerlasten tragen. An sich wolle man natürlich den Konsumfonds der Reichen treffen. Wie noch zu zeigen sei, beschneide man jedoch auf dem Wege der Einkommenbesteuerung nur die Kapitalbildung. Erfahrungsgemäß

---

[1]) Cassel: S. v. F. S. 28.

gehe man in der Erwartung fehl, daß durch Besteuerung der großen Einkommen der Konsumfonds der Einkommensbezieher geschmälert werde. Zunächst verbrauchen die modernen Reichen mit ganz wenigen gelegentlichen Ausnahmen, die nicht ins Gewicht fallen, nur einen Bruchteil ihres Einkommens zu Konsumszwecken. Die reichen Männer früherer Zeiten, von den Anfängen der Geschichte bis zum Beginn des Kapitalismus, haben in Prunkentfaltung und Verschwendung ihr Einkommen aufgebraucht. Doch der moderne Industrielle führe kein Leben wie Lucullus seinerzeit in Rom. Henry Ford z. B. habe vermutlich bedeutend größere Einkommen als irgend einer in vergangenen Zeiten. Von ihm sei es jedoch verbürgt, daß er in größter Einfachheit lebe. Von seinem Jahreseinkommen von unzähligen Millionen brauche er nur 20 000 Dollar für seine Person. Das Uebrige werde kapitalisiert, komme der Allgemeinheit zu Gute. Fords Einkommenverwendung sei durchaus als typisch anzusehen. Es ließen sich hinreichend viele Beispiele gleicher Art anführen. Die persönlichen Ausgaben des modernen reichen Mannes seien überhaupt nicht repräsentativ und ostentativ, sondern dienten hauptsächlich dazu, die hohe persönliche Effektivität aufrecht zu erhalten. Die außerordentliche Lebensintensität eines heutigen Finanzmannes verlange natürlich einen verhältnismäßig hohen Ausgabenetat, „und es kostet viel, so zu leben, daß man ein Maximum aus jeder Minute herausschlägt.“ [1]) In dem Budget eines solchen Mannes sei der persönliche Verbrauch ein sehr geringer Posten. Ein Teil des Einkommens gehe direkt an die Allgemeinheit in Form von Steuern. Der Rest „dient einer Kapitalbildung, die der Volkswirtschaft unmittelbar zu Gute kommt und die für sie absolut unentbehrlich ist.“ [2]) Eine ausgedehnte Besteuerung schmälere die Kapitalbildung und vergrößere den Verbrauch des Staates und der Kommunen, „was im Großen gesehen oder auf die Dauer unmöglich mit einer klugen Volkswirtschaft vereinbar sein kann.“ [3])

Zwar gebe es heute noch genügend Menschen, hauptsächlich mittleren Einkommens, die oben gezeigtem Typ nicht angehören, sondern ihr Einkommen in protzigen Ausgaben verschwenden. Doch sei erfahrungsgemäß die progressive Besteuerung ungeeignet, verschwenderischen Einkommensverbrauch zu hindern. Im Gegenteil werde jene Art von Menschen, um solcher Besteuerung zu entgehen, dazu veranlaßt, in größtem Umfange das Verdiente zu verjubeln. Der sozialistische Idealmensch, der immer wieder spart, um sich das Ersparte von einer sozialistischen Regierung wegsteuern zu lassen, um dann seine Sysiphusarbeit wieder von Neuem zu beginnen, dürfte wohl äußerst selten sein. Das heutige Steuersystem wirke auf Unternehmertätigkeit und Sparsamkeit recht niederdrückend. Ueberall und in verschiedenster Form drohen Vermögenssteuern, die jeder Zeit möglicherweise noch erhöht werden, das Kapital zu mindern. Der verschwenderische Verbrauch werde durch die Art der Besteuerung gerade nahegelegt.

[1]) Cassel: S. v. F. S. 164.
[2]) Cassel: S. v. F. S. 164.
[3]) Cassel: S. v. F. S. 164.

Eine Besteuerung, die auf Kosten der Kapitalbildung erfolge, i in weitem Umfange gesellschaftschädlich. Sicherlich entlaste nominell nd zunächst auch wirklich eine Besteuerung der großen Einkommen e breite Bevölkerung, aber der augenblickliche Vorteil werde mehr s aufgewogen „durch den großen Schaden, den diese Bevölkerungs-eise durch eine verminderte Kapitalbildung mit der sich daraus er-benden Unmöglichkeit, etwas für den wirtschaftlichen Fortschritt des andes zu leisten, haben.“ [1]) Die Idee der progressiven Einkommens-steuerung sei überhaupt nur vertretbar und zu erklären aus einer angelnden Erkenntnis der wirklichen Rolle des Kapitals in der olkswirtschaft. Man beachte vor allen Dingen nicht, daß Kapital ets vollbeschäftigt sei, daß ein Herausnehmen von Seiten des Staates immer irgendwie der Produktion entziehe, der es dient, oder so-eich dienen könne und solle; daß also eine erhebliche Kapitalbe-euerung eine ernste Schädigung des Wirtschaftslebens bedeute.

Sehe man sich die Verwendung an, der der Staat die der irtschaft entzogenen Mittel zuführt, so könne grundsätzlich gesagt erden, daß die Kapitalanlagen des Staates weit weniger lohnend n als die der einzelnen. Zunächst: „Jeder weiß, wie mit Kapital rschwenderisch umgegangen wird, so bald es sich um öffentliche auten oder Anlagen handelt“, [2]) die, um es den erstaunten Aus-ndern zu zeigen, den letzten Ansprüchen an Hygiene und technischer ollendung genügen. Ferner verwende der Staat Unsummen zu sozialen vecken. Kostspielige protektionistische Eingriffe verschiedenster Art erden gemacht, wie bereits gezeigt, obendrein zum großen direkten chaden der Wirtschaft. Möge es sich um die gesamte Arbeitslosen-rsorge handeln, um die Unterstützung schwacher und nicht lohnender nternehmungen, um die wohnungspolitischen Maßnahmen, um den au von Eisenbahnen und außerordentlich teurer Landwege in unbe-ohnten Gegenden, um die Errichtung von Kraftwerken, die sich nicht zahlt machen u. a. m., überall werden Unsummen Kapital verschwendet. Jede Vermehrung des öffentlichen Einflußes auf unsere Kapitalver-endung ist dazu angetan, diese Verschwendung zu steigern, die Ka-italverwendung der Nation weniger effektiv zu machen und damit e nationale Wirtschaft zu schwächen und das Volkseinkommen zu rmindern.“ [3])

Die grundsätzliche Bedeutung der „sozialistischen Besteuerung“ nnzeichne die Wirkung der Einkommensbesteuerung auf das Privat-gentumsrecht und auf die Unternehmertätigkeit. Es könne kein veifel darüber bestehen, daß die progressive Besteuerung der Tendenz nd dem Erfolge nach eine ernste Gefährdung, nahezu eine Aufhebung s Eigentumsrechtes bedeute. Denn der erhöhten progressiven Be-euerung in den Industriestaaten Europas liege die wesenhaft sozia-tische Absicht zu Grunde, einen Ausgleich der Eigentums- und Ver-ögensverteilung im Interesse der Gesamtheit zu schaffen. Sei einmal

---

[1]) Cassel: S. v. F. S. 27.
[2]) Cassel: S. v. F. S. 155.
[3]) Cassel: S. v. F. S. 155.

öffentlich festgelegt, daß die Besteuerung die Aufgabe des Vermögensausgleichs hat, sei das Recht am Eigentum verschwunden, wenn es einer zufälligen Parlamentsmehrheit überlassen bleibe, um wieviel das Eigentum jeweils beschnitten werde. „Und wenn das Recht verschwunden ist, ist auch die Sicherheit des Besitzes dessen, was man erworben hat, verschwunden, und damit die eigentliche Bedeutung des Eigentumsrechtes als Triebkraft in der modernen Volkswirtschaft vernichtet.“ [1]) Das gesamte moderne Wirtschaftsleben beruhe ganz wesentlich auf dem Privateigentumsrecht. [2]) Werde das Privateigentumsrecht untergraben, so könne die Folge keine andere sein, als eine allgemeine Verarmung des ganzen Volkes, als ein Versinken der gesamten Volkswirtschaft in ein unbeschreibliches Chaos. Es werde immer auf England hingewiesen, wo die progressive Besteuerung „ein ausgezeichnetes Ergebnis“ gezeitigt habe. Worin dieses gute Ergebnis liegen soll, sei nicht zu sehen. Jedermann wisse, daß die innere Wirtschaftslage Englands außerordentlich schlecht sei, daß es ständig ein Millionenheer von Arbeitslosen habe, daß seine Kapitalbildung so gering sei, daß es die Kolonialwelt nicht mehr hinreichend mit Kapital versorgen könne, daß infolgedessen der Export erheblich zurückgehe. Ganz Europa leide nach dem Kriege stark unter mangelnder Kapitalbildung; die stark entwickelte progressive Besteuerung sei eine sehr wesentliche Ursache dieses Rückganges. Auch die allgemeine Arbeitslosigkeit Europas habe einen wichtigen Grund im Steuerprotektionismus neben all den anderen Protektionismen. [3])

Die sozialistische Besteuerung greife über das Eigentumsrecht die Einzelunternehmung an. Fehlende Sicherheit des Eigentumsrechts lasse aus Mangel an treibender Kraft die private Unternehmertätigkeit erlahmen; die Kapitalbeschaffung werde zu einem unlösbaren Problem, weil die moderne Produktion außerordentlich viel Kapital erfordere. „Jede Schwächung des Eigentumrechtes wird daher gleichzeitig eine Schwächung des Unternehmungsgeistes und führt damit zu einer Herabsetzung der Produktion, was gleichbedeutend ist, mit einer Minderung des Volkseinkommens und einer Senkung des allgemeinen Lebensstandards.“ [4]) Die Sozialisten richten „ihren eigensinnig stieren

[1]) Cassel: S. o. F. S. 144.

[2]) „Dieses bildet die äußerste Grundlage aller ökonomischen Anstrengungen, aller Arbeit und Sparsamkeit, die angewandt wird, um Kapital zu bilden, aller Vorsorge und ständigen Wachsamkeit, die eine gute Pflege des Kapitals zur Voraussetzung hat, und vor allem all des Unternehmungsgeistes und des intensiven Kampfes für den Fortschritt, von dem das Wohl des ganzes Volkes so vollständig abhängt, der aber in so hohem Maße von dem Besitz eigenen, bereits angesammelten Kapitals, und von der Sicherheit, das behalten zu dürfen, was man zu erwerben hofft, abhängt“. S. o. F. S. 145.

[3]) Cassel führt den Gedanken so weiter: Man sollte endlich zur Einsicht kommen, „daß das Wenige, was man durch Teilung mit den Reichen gewinnen kann, unendlich viel leichter wiegt, als das fürchterliche Opfer, das für diese Gewinne bezahlt werden muß, das Opfer der ganzen wirtschaftlichen Effektivität der Gesellschaft, das Opfer der eigentlichen Triebkraft der Progreßivität, von der das jetzt lebende Geschlecht der Arbeiter so außerordentliche Vorteile geerntet hat“. S. o. F. S. 148.

[4]) Cassel: S. o. F. S. 157.

lick" ausschließlich auf den Gewinn der Einzelunternehmung, den durch Besteuerung ausplündern, oder durch Sozialisierung ganz seitigen wollen, anstatt auf die wesentlichen Seiten der Einzelunternehmung zu sehen: nämlich auf die „unermeßliche Bedeutung" der nternehmertätigkeit für die Volkswirtschaft. Die Unternehmungen ingen durch ständigen technischen und organisatorischen Fortschritt ne stets wachsende Masse von Produkten und Diensten hervor, die emand anderem als der ganzen Gesellschaft zu Gute kommen. cherlich haben viele kleine Unternehmungen einen recht zweifelhaften irtschaftlichen Wert, aber sie gehören doch mehr oder weniger der ergangenheit an. Denn das typisch moderne Unternehmen sei zweifelsne der Großbetrieb, dessen Dienst für den Konsumenten und dessen eschäftigung von Angestellten und Arbeiteren eine so „überwältigende gemeinnützliche Bedeutung" habe, daß der zahlenmäßig zwar hohe, er relativ geringe Gewinn und die Frage, wem er zugeteilt wird, bedingt in den Hintergrund treten könne. Die sozialistische Behauptng, daß der Profit durch Ausbeutung der Arbeiter oder auf Kosten r Konsumenten entstehe, sei für das typisch moderne Großunterhmen vollends unsinnig. Wenn Ford beim Automobilverkauf am tück einige Dollar gewinne, so streiche er den Gewinn nicht auf osten der Käufer ein, die ohne seine außergewöhnliche Tatkraft weit eniger billig bedient wären, und ebenso wenig sei der Gewinn den beitern erpreßt, denen er weit höhere Löhne auszahlt, als eine Gerkschaft es hätte jemals erzwingen können. Eine Gesellschaftsordng (der Protektionismus), die diesen Gewinn mehr oder weniger t Beschlag belegen würde und damit die Ausdehnung des Ford'schen iesenunternehmens verhinderte, würde die wirtschaftliche Entwicklung nermeßlich geschädigt haben, ohne der Gesellschaft einen nennenswerten ewinn zuzuführen. Entsprechendes führt Cassel beispielsweise für die bensmittel-, Konfektions- und Fahrradindustrie an und kommt zu m Ergebnis: „Eine Erhöhung des materiellen Lebensstandards der rbeiterklasse ist auf die Dauer und im Großen gesehen, nur durch ne fortgesetzte Ausbildung des Großbetriebes unter Leitung des nzelunternehmens möglich." [1]) Das, was für die breite Masse der evölkerung durch Eingriffe des Staates, durch Kapitalbesteuerung d auch durch Arbeiterprotektionismus gewonnen werde, sei im ugenblick schon recht unbedeutend im Vergleich zu dem, was der nbehinderte Kapitalismus für die Allgemeinheit zu leisten vermöge. ie staatlichen Eingriffe erweisen sich über kurz oder lang, jedenfalls f die Dauer, als wesentlich unwirtschaftlich und unsozial zugleich.

c) Ad. Weber.

(1) Vorbemerkungen.

Adolf Webers Stellung zum Interventionismus ist formal nders, als die von Mises. Ad. Weber bekämpft nicht jeden Staatsngriff ins Wirtschaftsgetriebe, auch nicht jeden Eingriff einer sozialen

---

[1]) Cassel: S. o. F. S. 161.

Macht in den Mechanismus des Marktes; er ist gegen „unwirtschaftlichen Interventionismus“ für „produktiven Interventionismus“, wie Lampe es formuliert. [1]) Jedoch verwirft auch Ad. Weber Eingriffe der öffentlichen Gewalt oder von ihr mehr oder weniger indirekt geförderter sozialer Mächte; er lehnt Eingriffe ab, die ihrer Begründung und Zielsetzung und vor allem der Wirkung nach gegen die Gesetze der Wirtschaft verstoßen, also Eingriffe sozialer Begründung und Wirkung, die „auf die Dauer“ die Produktivität der Wirtschaft herabsetzen; die Eingriffe, die das „Konkurrenzprinzip“ ausschalten, die das Erwerbsstreben drosseln. In nichts anderem beruht jedoch Mises' Polemik gegen den Interventionismus seiner Beweisführung, gegen die „Eingriffe“ seiner Begriffsprägung. Soweit besteht inhaltlich kein Unterschied; nur verbindet Mises den Liberalismus nicht mit „produktivem Interventionismus.“ [2]) Dieser Unterschied der „wissenschaftlichen Stellungnahme“ ist für die Kritik des Interventionismus im „eigentlichen“ (Mises'schen Sinne bedeutungslos; er tritt jedoch in Erscheinung bei der vergleichsweisen Gegenüberstellung von Interventionismus und Liberalismus. Die Stellungnahme Ad. Webers zum aktuellen Interventionismus erstreckt sich auf vier Erscheinungsarten: Arbeitsmarktinterventionismus, Wohnungsmarktinterventionismus, Kreditierungsinterventionismus und Steuerinterventionismus. Da Ad. Weber in der Kritik mit Cassel, soweit das Objekt gemeinsam ist, auf der ganzen Linie und auch mit Mises häufig übereinstimmt, wird in der folgenden Darstellung mehr Raum gegeben werden der Gegenüberstellung des Liberalismus, der in einer für die bisherige Darstellung neuen Form auftritt.

(2) Arbeitsmarktinterventionismus.

(a) Gewerkschaftsmonopolistische und staatliche Lohnerhöhungen.

An dem Arbeitsmarktinterventionismus, der sich in Lohnerhöhungen erzwungen durch die monopolistische Gewalt der Gewerkschaften oder durch staatliche Festsetzungen äußert, übt Ad. Weber an Hand der Sätze der verschiedenen (im Laufe der Zeit revidierten) „Gewerkschaftstheorien“ Kritik, an Hand programmatischer Erklärungen von Gewerkschaftsverbänden und einzelnen Führern. Unter gelegentlicher Zuhilfenahme von Lampes [3]) zusammenfassenden Formulierungen ergibt sich folgende Stellungnahme: Die Gewerkschaften und die hinter ihnen stehenden Kreise versprächen sich von erzwungenen Lohnerhöhungen sowohl Steigerung der Lage der gesamten Arbeiterklasse, wie der volkswirtschaftlichen Produktivität überhaupt, d. h. des Sozialproduktes. Wie stehe es damit in Wirklichkeit? Wann haben zunächst die Gewerkschaften grundsätzlich recht? Dann und nur dann sei eine Lohnerhöhung berechtigt, wenn diese die Folge einer Produktivitätssteigerung, einer Vergrößerung des Sozialproduktes sei und wenn

[1]) Lampe Adolf; Notstandsarbeiten oder Lohnabbau. S. 127.

[2]) Was unter produktivem Interventionismus zu verstehen ist, wird sogleich in Erscheinung treten.

[3]) Lampe Adolf: Notstandsarbeiten oder Lohnabbau? Jena 1927.

ie Lohnsteigerung diese Produktivitätssteigerung für die Zukunft nicht ähme. Wenn die Vereinigten Staaten als Beispiel für die Richtigkeit er Gewerkschaftsbehauptung angeführt würden, so sei das eine Umehrung der Tatsachen. Die Inderziffern der verarbeitenden Industrie, es Stromverbrauchs, der Spardepositen, 1926 in Vergleich zu 1913, l. S. A. im Vergleich zu Deutschland, erwiesen, daß dort die Lohnrhöhung nicht Ursache sondern Folge des gestiegenen Volksreichtums ewesen sei. Die Reichtumsvergrößerung sei auf die gestiegene Proluktivität und vermehrte Kapitalbildung zurückzuführen. Die vermehrte Kapitalbildung sei die Folge rationellen Arbeitens und namentlich ationellen Sparens, und zweckmäßige Kombination von Arbeit und Boden bringe dann den wirklichen Erfolg, die Steigerung der allgeneinen Kaufkraft. Es sei geradezu Glaube an Zauberei, wenn statt essen behauptet werde, Lohnerhöhungen kämen durch Nachfragesteigerung er Landwirtschaft, dem Gewerbe, der Industrie zu Gute, es werde afolgedessen mehr produziert, der gesamte Gütervorrat vermehrt.

Ad. Weber wirft ferner die Frage auf: Welche Folgen ergeben h aus einer Lohnsteigerung ohne vorhergegangene Produktivitätsteigerung? Werde nur der Lohn einer Arbeitsgruppe erhöht, so erhalte iese Arbeiterschicht einen größeren Anteil am Sozialprodukt. Ceteris aribus können dann infolge Preiserhöhungen andere Gruppen weniger konsumieren, und zwar auch die gesamte andere Arbeiterschaft, wenn es sich um Güter des Arbeiterkonsums handele. Erfolge eine Preissteigerung aus irgend welchen Gründen nicht, so werde der höhere Lohn vom Kapitalisten getragen, jedoch erfahrungsgemäß nicht urch Konsumeinschränkungen. Die Konsumeinschränkung der Kapialisten könne schon aus dem Grunde die Preissteigerung nicht aufwiegen, weil eine verhältnismäßig kleine Zahl von Unternehmern und Kapitalisten den Arbeitern gegenüberstehe. Der höhere Lohn werde urch Einstellen oder Vermindern der Spartätigkeit möglich gemacht. „Die Folgen treffen die Arbeiter, denn dadurch, daß weniger zurückelegt wird, bildet sich weniger Kapital; je weniger Kapital, um so eringer die Beschäftigungsmöglichkeit, sodaß aber unter sonst gleich leibenden Umständen eine Gruppe von Arbeitern ihre Lage verbessert uf Kosten anderer Gruppen von Arbeitern, sei es infolge Preisteigerung, sei es infolge vermehrte Arbeitslosigkeit." [1]) Lampe ormuliert zusammenfassend den Tatbestand folgendermaßen: Die Tendenzen der Gewerkschaftspolitik sind durchaus einheitlich darauf erichtet, jeden Spielraum, den die Aufwärtsentwicklung der Wirthaft für die Vergrößerung des Gesamtarbeitseinkommens schafft, urch Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu Gunsten der eweils schon beschäftigten Arbeiter auszunutzen. Das bedeutet nichts nderes, als daß die Gewerkschaften ohne sich dessen bewußt zu ein, eine auf Verewigung der Arbeitslosigkeit drängende Politik etreiben." [2])

---

[1]) Weber Adolf: Ende des Kapitalismus? S. 63.
[2]) Lampe: Notstandsarbeiten S. 114/115.

Wenn, wie ferner von Seiten der Gewerkschaften geglaubt werde, der erhöhte Preis des Produktionsfaktors Arbeit technische Verbesserungen erzwinge, die die Rentabilät der Unternehmen wieder ausgleiche, so sei dabei vergessen worden, daß Substitution der Arbeit vermehrte Nachfrage nach Kapital bedeute, daß also eine Steigerung des Zinsfußes die Einführung von technischen Neuerungen erschwere. Die neuen Maschinen ihrerseits würden infolge der Lohnerhöhung und gesteigerter Nachfrage teurer. Insgesamt stehe also dem vermehrten Wollen des Unternehmers, technische Neuerungen einzuführen, ein stark vermindertes volkswirtschaftliches Können gegenüber. [1]) Insgesamt ergebe sich: „das Lohnmonopol schränkt .... die Arbeitsgelegenheiten ein. Das Gesamtprodukt wird kleiner, der Soziallohn sinkt.“[2]) Monopolistische Aufrechterhaltung des relativ zu hohen Lohnes bewirke chronische Arbeitslosigkeit.

Eine besondere Kritik übt Ad. Weber an der Organisation der staatlichen Zwangsfestsetzung des Lohnes, am Zwangsschiedsspruch. Während die Tarifverträge durchaus einen gesunden Sinn haben, nämlich durch Zusammentreten der Marktparteien zu friedlicher Beratung, wobei die Gewerkschaften die einzelnen, sonst isoliert dastehenden Arbeiter, in ihren gemeinsamen berechtigten Interessen vertreten, während also die Tarifverträge sich nicht unbedingt wirtschaftsstörend auswirken müssen, sondern sich durchaus fördernd auswirken können im Sinne einer „geregelten“ Konkurrenz, schalte der Zwangsschiedsspruch den Marktmechanismus „in weitgehendem Maße“ aus, „den Marktmechanismus, der sonst hilft, den richtigen Preis, also auch den richtigen Lohn ausfindig zu machen“. [3])

(b) Erwerbslosenfürsorge.

Zur Erwerbslosenfürsorge nimmt Ad. Weber folgende Stellung ein: Den Eingriffen des Staates zu Gunsten der Arbeitslosen „stehen zwei Wege offen: Die produktive („wertschaffende“) Erwerbslosenfürsorge d. h. Unterstützung durch Zuweisung von volkswirtschaftlich nützlicher Arbeit und die unterstützende Erwerbslosenfürsorge, d. h. Unterstützung durch Geldzuweisung, die auch den Untätigen die Erhaltung der Existenz sichern soll“. [4])

Die produktive Erwerbslosenfürsorge erfordere bei erheblicher Arbeitslosigkeit große Mittel, die durch Steuern oder sonstwie aus der Volkswirtschaft herausgezogen werden müssen. Dadurch werde das „der regulären volkswirtschaftlichen Arbeit zur Verfügung stehende

---

[1]) Ad. Weber: Ende S. 70: „Cassel hat hier schon recht: „Eine allgemeine und gleichmäßige Erhöhung des Arbeitslohnes . . . hat nur eine untergeordnete Wirkung auf die Möglichkeit einer Substitution von Kapitaldisposition für Arbeit“. Erfolge nun die Substitution doch, so liege die Gefahr nahe, daß „unter dem Drucke künstlich gesteigerter Löhne technische Produktionsumwege erzwungen werden, die mehr einer Augenblicksstimmung entsprechen, als der wohlverstandenen Förderung der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit“.

[2]) Lampe: Notstandsarbeiten, S. 94.

[3]) Ad. Weber: Kampf zwischen Kapital und Arbeit. 5. Aufl. S. 505.

[4]) **Ad. Weber: A. Vw. L. S. 454.**

.apital" und damit die Beschäftigungsmöglichkeiten vermindert; die irbeitslosigkeit wachse weiter. Erhebliche Arbeitslosigkeit sei an sich ıne Folge eines starken relativen Mangels an Kapitaldisposition; verde das entzogene Kapital z. B. für irgendwelche „kommunale wecke" wenigstens relativ, wenn nicht absolut unproduktiv verwandt, otenziere sich das Grundübel. Gelänge es wirklich, marktgängige ırtikel verhältnismäßig rentabel zu produzieren und abzusetzen, - es väre ceteris paribus nur nach Preiszugeständnissen möglich - so vürde man dadurch den anderen Unternehmungen eine ruinöse Konkurrenz einschalten; neue Arbeitslosigkeit wäre die Folge.

Die produktive Arbeitslosenfürsorge lehnt Ad. Weber und mit ım Lampe im Wesentlichen ab, die unterstützende Erwerbslosenfürorge hält er für nötig; sie sei vorteilhafter, weil bedeutend billiger. m übrigen teilt er die bei Mises skizzierten Bedenken.

Ad. Webers Gesamtstellungnahme zum Arbeitsmarktinterventiosmus ist folgende: An Stelle der bisherigen verfehlten interventioıstischen Arbeitsmarktpolitik müsse der Staat verantwortungsbewußt as Uebel an der Wurzel fassen und nicht den Symptomen das Hauptıteresse zuwenden, wenn auch entgegen den Vorstellungen der sog. ffentlichen Meinung. „Das entscheidend Große, was die öffentliche ewalt im Interesse der Arbeitslosen tun kann, bleibt dies: Verıittlung genügender Einsicht in die Marktvorgänge, Erleichterung der Beweglichkeit der Arbeitermassen gemäß dieser Einsicht, und namentch Förderung der Produktivität der Arbeit. Letzteres ist wichtiger ls alles Andere: Nächst möglichst zweckmäßiger Kombination der orhandenen Prouktionselemente ist auf die Dauer gesehen gesteigerte Kapitalbildung dafür unerläßlich. Eine Politik, namentlich eine von ıgeblich sozialpolitischen Gedanken getragene Steuerpolitik, die dem icht Rechnung trägt, verkennt den Inhalt der sozialen Verantwortchkeit". [1])

Wesentlich ausführlicher als die mehr allgemein gehaltenen Vorschläge A. Webers sind die Darlegungen seines Schülers Lampe darüber, welche Wirtschaftsgebarung anstelle des bekämpften Arbeiterıterventionismus zu setzen sei. Lampes Vorschlägen liegt folgender Gedankengang zu Grunde: Die monopolistische Gewerkschaftspolitik, heblich gefördert durch die staatliche Erwerbslosenpolitik, sei verantvortlich zu machen für die bestehende schwere Wirtschaftskrise, insesondere für die beträchtliche Arbeitslosigkeit und den verschärften Kapitalmangel. Nach Uebergang zur „idealfunktionierenden" freien Wirtschaft, dem Liberalismus als Wirtschaftsverfassung, könnte die Wirtschaftskrise durch eine insgesamt geringe Lohnsenkung überwunden verden. Die wirklich freie Wirtschaft sei jedoch unrealisierbar, denn ie historisch gegebene Marktwirtschaft sei mit sehr starken Friktionen Reibungsschwierigkeiten beim Uebergang von einer Gleichgewichtslage m Markt zur anderen) belastet, die ihre Ursache in der schweren Beveglichkeit der menschlichen Arbeitskraft haben. Realisierbar freie

---

[1]) Ad. Weber: A. Bw. L. S. 458.

Wirtschaft und idealfreie Wirtschaft unterscheiden sich so stark, daß eine Ueberwindung der Wirtschaftskrise lediglich durch Herbeiführung der freien Lohnpreisbildung ausgeschlossen sei. Infolge der Friktionen nämlich „ergeben sich Situationen, in denen Eingriffe der „gesellschaftlichen Gewalt" nicht nur politisch notwendig, sondern wirtschaftlich zweckmäßig werden können". [1]) Notwendig seien Eingriffe, die darauf abzielen, die für die dynamische Wirtschaft charakteristischen Uebergänge von einer Gleichgewichtslage in die andere zu erleichtern und zu beschleunigen, „die Bedingungen des wirklichen Arbeitsmarktes jenen der idealfreien Konkurrenz möglichst anzunähern". [2]) In dem Maße, wie die Wirtschaftswissenschaft, soweit ihre Zuständigkeit reicht, die bisherigen unwirtschaftlichen Eingriffe grundsätzlich verwerfe, fordere sie die produktiven Eingriffe. Die Forderungen sind im Einzelnen kurz folgende: Die öffentliche Gewalt müsse sich für langsamen Abbau des Lohnniveaus einsetzen. Die Arbeitslosen dürfen nun nicht einfach aufgegeben werden, jedoch seien die Hilfsmaßnahmen so zu gestalten, daß der Antrieb zur Arbeitssuche nicht erlahme. Der Uebergang zur Arbeitslosenversicherung sei als erster Schritt in dieser Richtung zu bewerten. Doch das reiche nicht hin: Maßnahmen müssen ergriffen werden „zur Entwicklung der Arbeitsfähigkeiten der Erwerbslosen und zur Umschulung von Arbeitskräften mit voraussichtlich dauernd ungünstigen Berufsaussichten". [3]) Zur Finanzierung derartiger Maßnahmen bedürfe es weit geringerer Kapitalien als der, die bisher für Hilfsmaßnahmen der „produktiven Privatwirtschaft" entzogen worden seien. Diese Mittelverwendung, die Produktivkräfte für die nahe Zukunft bereitstelle, sei unbestreitbar produktiv, auf jeden Fall unvergleichlich mehr als die sehr angreifbare Schaffung von Sachwerten, „produktive" Arbeitslosenfürsorge. Man müsse auch in der Erwerbslosenfürsorge von der „materialistischen" klassischen zur weiteren Friedrich List'schen Auffassung vom Wesen der Produktivität voranschreiten. Ferner müsse nicht nur die berufliche, sondern auch die örtliche Beweglichkeit der Arbeitskräfte gefördert werden, sodaß der rechte Mann an der rechten Stelle stehen könne. Zur Erreichung genannter Ziele müsse sich die zentrale politische Gewalt einen möglichst schnellen und zuverlässigen Ueberblick über die Gesamtlage der Wirtschaft verschaffen. Wirtschaftsstatistik und private Sachkenntnis können dabei gute Dienste leisten. Darüber hinaus müsse die gesamte Politik, Handels-, Siedlungs-, Auswanderungs-Politik usw. daraufhin ausgerichtet werden, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, für die Produktivität der Arbeit günstige Bedingungen zu schaffen. Daß die Gesamtpolitik grundsätzlich, wenn auch nicht extrem und radikal, liberal zu führen ist, geht aus der Gesamthaltung Ad. Webers und Lampes wie aus betonter Stellungnahme hervor.

[1]) Lampe: Notstandsarbeiten, S. 105.
[2]) Lampe: Notstandsarbeiten, S. 129.
[3]) Lampe: Notstandsarbeiten, S. 127.

(3) Der Wohnungsmarktinterventionismus.

Der Wohnungsmarktinterventionismus [1]) sei außerordentlich ge-
ignet gegen staatliche Eingriffe zu zeugen. Möge die staatliche
Wohnungspolitik seiner Zeit notwendig gewesen sein, inzwischen habe
e sich offensichtlich geradezu zu einem volkswirtschaftlichen Unglück
usgewachsen. Für die unbedingte Notwendigkeit baldigen Abbaus
ieser Staatsintervention führt Ad. Weber folgende Gründe an.

„Am Wohnungsmarkt sind Angebot und Nachfrage den Be-
ingungen der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit entzogen; sie werden
Programmen" unterworfen, die volkswirtschaftlich gesehen mehr oder
weniger in bürokratischer Willkür wurzeln". [2]) Ad. Weber untersucht
ie Wirkungen der Wohnungszwangswirtschaft auf die Angebots-
nd der Nachfrageseite: Da die Mietspreise unter dem Marktpreis
stgesetzt sind, entspricht die Nachfrage nicht den volkswirtschaftlichen
otwendigkeiten. Wohnungen von Ausmaßen würden Nachfragenden
hematisch zugeteilt, die in keinem Verhältnis zu den normalen An-
prüchen und der sozialen Lage der Betreffenden stehen. Auf der
ngebotsseite mache sich die Unelastizität des Wohnungsangebotes
ußerst wirtschaftshindernd geltend. Besonders in Großstädten und
ndustriezentren seien die Schwankungen der ortsansässigen Bevölke-
ungszahl sehr stark, folgend dem Auf und Ab der lokalen industri-
len Entwicklung; entsprechend sei der Bedarf an Wohnungen sehr
regelmäßig. Die private Bautätigkeit hatte in der Vorkriegszeit
Deutschland die Nachfrage in der Weise annähernd hinreichend be-
edigt, daß drei Prozent aller Wohnungen in Industriezentren und
roßstädten leer standen, um dem fluktuierenden Zustrom für den
Wohnungsbedarf die nötige Auswahl bereitzustellen. Die zur Zeit
errschende geringe Elastizität des Angebots an Wohnungen bringe
mit sich, daß die Beweglichkeit der Arbeit herabgesetzt worden sei.
Bei Stellungswechsel müssen infolgedessen wirtschaftliches Bedürfnis
nd persönliche Eignung häufig genug hinter der Wohnungsfrage zu-
ücktreten. Durch unvermeidliches Beibehalten der alten Wohnungen
erden stundenlange Wanderungen, teure Bahnfahrten, Zeitverluste,
raftvergeudung, Verminderung der Arbeitslust nötig.

Ferner sei Wohnungszwangswirtschaft eine wichtige Hauptursache
er Arbeitslosigkeit. Ad. Weber zitiert dafür Zwiedineck, der durch
Berechnungen zu dem Ergebnis kommt, daß durch die Zwangswirt-
haft 423000 Personen weniger im Baugewerbe beschäftigt werden.

Eine andere ungünstige Folge des Wohnungsmarktinterventio-
ismus sei die Minderung des knappen Kapitalmarktes durch staat-
che und kommunale Bauzuschüsse. [3]) Außerdem entstehe durch den
mfangreichen Apparat der Wohnungszwangswirtschaft ein enormer

---

[1]) Ad. Weber begnügt sich bei der Kritik des Wohnungsmarktinterventio-
smus mit Hinweisen und Zitaten. Die Darstellung der Weber'schen Aus-
hrungen kann daher nur sehr knapp ausfallen.

[2]) Ad. Weber: Ende S. 57.

[3]) Ad. Weber zitiert als Begründung dafür einen Zeitungsartikel.

volkswirtschaftlicher Kapitalverlust. Zwischen Produzenten und Mieter schiebe sich — Ad. Weber bringt detailliertes Zahlenmaterial — ein Behördenapparat von 58400 Beamten.

(4) Der Kreditierungsinterventionismus.

Ein absolut unwirtschaftlicher Staatseingriff sei ferner der Kreditierungsinterventionismus. Konjunkturell bedingte Verknappung des Arbeitsmarktes zwinge zur Stillegung von Unternehmungen, die mit dem Tempo der kapitalistischen Entwicklung nicht Schritt halten können. Sie verschwinden vom Markt, also auch vom Kapitalmarkt. Die öffentliche Gewalt jedoch hindere „diesen notwendigen Gesundungsprozeß" durch Kreditgewährung und Bürgschaftsleistung. „Ein Großteil dieser Kredite und Garantien ist nicht für, sondern gegen die wohlverstandene Förderung der Wirtschaft bewilligt. Auch zahreiche direkte Aufwendungen, die die öffentlichen Körperschaften im Interesse der Wirtschaft glauben machen zu können (z. B. für Kanalbauten, Wohnungsbauten usw.) sind kaum zu rechtfertigen". [1])

(5) Steuerinterventionismus.

Die gesamten unwirtschaftlichen Aufwendungen infolge Interventionspolitik müssen letzten Endes fast ausschließlich durch Steuern getragen werden. Das bedeute nach dem interventionistischen progreßiven Steuersystem eine faktisch über die Grenzen des Erträglichen gehende Belastung, volkswirtschaftlich: Minderung der Kapitaldisposition, Kapitalverteuerung und Arbeitslosigkeit. „Jede Sozialpolitik auf Kosten der Kapitalbildung ist notwendigerweise ein Widerspruch in sich selbst. Die Erträgnisse der Wirtschaft, die der öffentlichen Hand zufließen, sind auf das notwendige Minimum zu beschränken; auf weitaus den meisten Gebieten ist die freie Erwerbswirtschaft der öffentlichen Wirtschaft überlegen; jene wird daher als die eigentliche Quelle der Kapitalbildung zu gelten haben". [2])

4. Analyse und Kritik des negativen Beweises.

a) Gesamtbetrachtuung.

Bei der Gesamtbetrachtung des negativen Beweises für den Liberalismus fällt eine Zwiespältigkeit im angestrebten Beweisziel auf, die von grundsätzlicher Bedeutung für den Beweis selbst und seine

[1]) Ad. Weber: Ende, S. 96.
[2]) Ad. Weber: Ende, S. 99.

Auswertung ist. Einmal wird bewiesen, daß die anderen denkbaren Wirtschaftsverfassungen ihrem Aufbau, ihren Wesenszügen, ihrer Qualität nach auf die Dauer oder überhaupt unwirtschaftlich und daher unmöglich sind; nebenher läuft ein Beweis, der sich auf die mengenmäßige, die quantitative Unwirtschaftlichkeit und daher Unmöglichkeitsbehauptung beschränkt. An sich muß man wohl annehmen, daß es genügt, die qualitative Unmöglichkeit der anderen Wirtschaftsverfassungen zu beweisen, daß daraufhin die quantitative Unwirtschaftlichkeit nicht mehr erörtert zu werden braucht. Die Tatsache daß die quantitative Unwirtschaftlichkeit obendrein noch erörtert wird, erscheint symptomatisch als Eingeständnis der Unzulänglichkeit des qualitativen Beweises. Aus der Erkenntnis der Unmöglichkeit des qualitativen Beweises gegen den Sozialismus, verzichtet Cassel ausdrücklich auf diesen und gibt nur einen quantitativen. Der Mangel des qualitativen Beweises liegt in Folgendem: Wäre es den Autoren Mises, Ad. Weber und seinen Schülern wirklich gelungen, diese oder jene spezielle Wirtschaftsverfassung des Sozialismus oder des Interventionismus oder auch jene durch ihre Wesenselemente verwandte Gruppe von Sozialismen oder Interventionismen einwandfrei ihrem Aufbau nach zu widerlegen, so wäre damit weder dem Wesen und Aufbau des Sozialismus schlechthin, noch jeder irgend möglichen Gestalt des Interventionismus Abbruch getan. Dem quantitativen Beweise für eine bestimmte, scharfumrissene Wirtschaftsverfassung dagegen ist die grundsätzlich mögliche Schlüssigkeit nicht abzusprechen. Die tatsächliche Beweiskraft hängt natürlich von der Argumentation und den vorliegenden sachlichen Gegebenheiten ab. Die Unmöglichkeit der zahlenmäßigen Exaktheit setzt der Beweiskraft Grenzen.

b) Der qualitative Beweis.

Das Argument des qualitativen Beweises gegen den Sozialismus ist das Fehlen der Wirtschaftsrechnung. In einer Gesellschaftsverfassung mit Gemeineigentum gibt es für Mises überhaupt keine, für Ad. Weber keine hinreichende Marktpreisbildung, sodaß die Wirtschaftsrechnung unmöglich sei; ohne Wirtschaftsrechnung gäbe es keine rationelle Wirtschaft. Es sei zugestanden, daß für die moderne Verkehrswirtschaft Wirtschaftsrechnung unentbehrlich ist, jedoch ist die Frage aufzuwerfen, ob für die von Mises und Ad. Weber definierten Sozialismen Wirtschaftsrechnung nicht möglich ist, ob also für ihre gewählten Objekte der qualitative Beweis stimmt. Nach dem heutigen Stand der Kenntnisse ist nicht zu ersehen, wie Wirtschaftsrechnung im Mises'schen Kommunismus möglich sein soll; es ist auch nicht anzunehmen, daß künftighin bei gleichbleibender Artung der Menschen die Wissenschaft, insbesondere Wirtschaftstheorie, Soziologie und Psychologie mit Hilfe von Mathematik, Statistik und graphischer Methode die Marktpreisbildung und Wirtschaftsrechnung theoretisch erfassen und durch reine Berechnungen wird ersetzen können. Es liegt da von Seiten „wissenschaftlicher" Kommunisten, insbesondere der Bolschewisten, eine Ueberschätzung dessen vor, was wissenschaftliche Analyse zu leisten vermag. Nun hat

sich Mises die Beweisführung sehr leicht gemacht, indem er den Kommunismus als den aus der sozialistischen Idee und ihrer konsequenten Verwirklichung heraus allein möglichen Sozialismus erklärt und daher im Wesentlichen nur gegen diesen argumentiert. Wenn er dabei mit sozialistischen Ideen arbeitet, die moderne „wissenschaftliche" Sozialisten längst nicht mehr vertreten, so büßt die Kraft des an sich vollständigen Beweises seines Sozialismus für den Gegenbeweis des Sozialismus schlechthin gewaltig ein. Unzweifelhaft hat Mises durch die Aufdeckung des Problemes der Wirtschaftsrechnung eine wirtschaftspraktische und wirtschaftstheoretische Kernfrage des Sozialismus überhaupt aufgeworfen. Hätte nun Mises den Sozialismus in hinreichender Weite gefaßt und die Frage nach eingehender Untersuchung negativ beantworten können, ob jede irgendwie geartete Form des Sozialismus prinzipiell der Wirtschaftsrechnung, der wirtschaftlichen Rationalität entbehren muß, so wäre damit der qualitative Beweis gelungen. Zwar hat Mises nur die wesensmäßige Unwirtschaftlichkeit des Kommunismus erwiesen. Dennoch glaubt er damit zugleich die Unmöglichkeit des Sozialismus i. e. S., der einen Konsumgütermarkt besitzt, erwiesen zu haben, indem er häufig betont, daß es insbesondere auf die Geldpreisrechnung der Güter höherer Ordnung ankommt. [1]) Eine Geldpreisbildung der Konsumgüter, das Vorhandensein des Konsumgütermarktes genügt Mises nicht. Die gleiche Ansicht vertritt im Anschluß an Mises Ad. Weber. Weber's und Halm's Sozialismusbegriff, den sie von Cassel übernommen haben, ist weiter gefaßt. Es liegt ihm die Idee zu Grunde, daß das Gemeineigentum wesentlich nur deswegen eingeführt werden soll, um „arbeitslose" Einkommen grundsätzlich abzuschaffen. Es ist das gegenüber Mises zu betonen, der noch die gesamte marxistische Vulgärbegründung mitschleppt. Der Sozialismus Ad. Webers hat die Marktpreisbildung der Konsumgüter, doch sie genügt ihm (Ad. Weber) nicht für eine Wirtschaftsrechnung. Zunächst ist es erstaunlich, daß Ad. Weber und seine Schüler den Sozialismusbegriff aus Cassels Theorie übernehmen, dann jedoch im Gegensatz zu Cassel die dem Begriff entsprechende Wirtschaftsverfassung mit Mises infolge mangelnder Wirtschaftsrechnung für unmöglich erklären. Cassel hält sowohl die Zinspreisfestsetzung, die Ad. Weber und Halm, letzterer schon weniger, so einseitig herausheben, wie die rechnerische Preisbildung der Güter höherer Ordnung insgesamt mit Hilfe seiner Gleichungen für möglich. Nach Cassel sind die Preise der Güter höherer Ordnung prinzipiell aus den Preisen der Güter erster Ordnung zu errechnen. Auch Mises, der über das Rüstzeug der modernen reinen Theorie in sehr hohem Grade verfügt, würde das grundsätzlich zugeben, aber nur für die Statik. (In der Statik, nebenbei bemerkt, ist für Mises der Sozialismus überhaupt kein Problem, da in der statischen Wirtschaft, wie in der geschlossenen Hauswirtschaft hinreichende Uebersicht der Verhältnisse besteht und alles im Wesentlichen seinen alten Gang läuft.) Ad. Weber und seine Schüler lehnen die These von der Errechenbarkeit der Preise der Güter höherer Ordnung völlig ab.

[1]) Mises: Gemeinwirtschaft S. 106, zitiert oben S. 24.

Es ist nunmehr zu untersuchen, unter welchen Bedingungen die
reise der Güter höherer Ordnung errechenbar sind. Nach Cassel
ann, wenn die Vorbedingungen für die Gültigkeit der Prinzipien der
reisbildung gegeben sind: Persönliche Freiheit der Erwerbsarbeit
nd Freiheit der Konsumtion innerhalb der Grenzen jener Geldmittel,
ie den Wirtschaftssubjekten zur Verfügung stehen. Nach anderen
odernen Theoretikern, die die Theorie der Konkurrenzpreisbildung
rtreten — nach Schumpeter u. a. gehört ja Cassel letztenendes gegen
inen Willen auch dazu — wenn „freie Konkurrenz“ besteht. Nun
ann bezweifelt werden, daß im Casselschen Sozialismus hinreichend
eie Konkurrenz vorhanden ist, um die Preise der Produktivgüter
ideutig errechnen zu können. Auf der Angevotsseite steht auf dem
onsumgütermarkt ein Monpolist, die Gemeinwirtschaft. Doch wenn
an annimmt, — und es besteht kein Grund, das Gegenteil anzu-
ehmen — daß die Leitung der Gemeinwirtschaft die Monopolstellung
cht ausnutzt, sondern den Preis elastisch entsprechend der Nachfrage
d der Seltenheit der Güter hinreichend hoch festsetzt, also das
ostenprinzip gelten läßt, kann man die „freie Konkurrenz“ als
fektiv hinreichend gewahrt erachten. Bis hierhin würde Mises zu-
immen und nur darauf hinweisen, daß die Problematik erst in der
irtschaftsdynamik beginnt. So ist die Untersuchung nötig, ob denn
e Wirtschaftsrechnung im Kapitalismus ihrem Wesen nach dynamisch
. Es ist nicht zu leugnen, daß die Wirtschaftsrechnung nur statisch
n kann. Es können nur Zahlen eingesetzt werden, die für irgend
nen fiktiven Gleichgewichtszustand gelten, für einen Zeitpunkt. Wohl
ann man für das Endprodukt quasidynamisch einen Preisbereich
isetzen, der auf „vagen Schätzungen“ beruht, dann erhält man für
e Produktivgüter auch einen Preisbereich von genau so vager Zu-
unftsgültigkeit. Die dynamischen Wirtschaftsveränderungen, die in
zeugungsveränderungen bestehen und sich in Preisverschiebungen
ußern und zum Ausgleich Erzeugungsveränderungen und Preisverschie-
ungen nach sich ziehen, können genau so wenig in der kapitalistischen
irtschaft wie in der sozialistischen voraus errechnet werden, sondern das
eue Gleichgewicht kann nur gefunden werden durch Versuchen und
asten, das auf einer möglichst genauen Marktkenntnis beruhen muß.
s ist gegenüber Mises hervorzuheben, daß auf Wirtschaftsschwan-
ngen ein Monopolist, die Leitung der Gemeinwirtschaft [1]), bei hin-
chender Wirtschaftskenntnis weit einheitlicher und richtiger reagiert

[1]) Darüber Heimann; Mehrwert und Gemeinwirtschaft S. 186/187. Daraus
ergänzend folgendes zitiert: „Was also der freie Wettbewerb — häufig erst
ch heftigen Reibungen — selbsttätig bewirkt, das führt der gemeinwirtschaft-
he Monopolist bewußt herbei; die Regel seines Verhaltens läßt sich dahin zu-
mmenfassen, daß er der Nachfrage gleichsam versuchsweise und als Grundlage
r die weiteren Vorgänge denjenigen Preis vorschlägt, der seine Kosten deckt,
h aber im übrigen völliger Zurückhaltung befleißigt und den Preisgeboten der
achfrage einfach folgt, statt seinerseits Forderungen zu stellen. Indem er also
s handelnde Partei ausscheidet, setzt er den Mechanismus des freien Marktes
Bewegung: Der Nachfrage steht ein in seiner Menge bestimmtes Angebot
genüber und muß untergebracht werden“.

als ein „atomisierter“ Unternehmer von Mises' unbehinderter Konkurrenz. „Schon durch die bloße Konzentration wird der Ueberblick und der Eingriff erleichtert. Durch die vertikale Konzentration aber wird dieser Zustand noch weiter verstärkt: Liegt die Erzeugung von dem Rohstoff bis zum fertigen Konsumgut in einer Hand, so ist selbstverständlich die gleichmäßige Anpassung an die Schwankungen auf allen Stufen ermöglicht, und es wird leichter, der Disproportion, insbesondere der Ueberproduktion auf den höheren Stufen vorzubeugen.“ Die Erfahrung bestätige die Ansicht, indem vor dem Kriege infolge zunehmender Konzentration die Wirtschaftskrise wesentlich milder verlief wie vordem. [1]) Die vertikale Konzentration des modernen Kapitalismus, für den die Großunternehmungen typisch sind, ersetzt den Markt der Güter höherer Ordnung durch „interne Verrechnung“, sodaß die Wirtschaftsrechnung ohne vollständige Marktpreisbildung nicht nur dem Sozialismus eigen ist, sondern auch im Kapitalismus selbst typischerweise erfolgt.

Mises' Beweis, daß Wirtschaftsrechnung im Kommunismus unmöglich ist, gilt also nicht zugleich für einen Sozialismus mit Freiheit des Konsums und Freiheit der Arbeit, wie er zu unterstellen sucht. Mises' Satz: „Sobald man die freie Geldpreisbildung der Güter höherer Ordnung aufgibt, hat man rationelle Wirtschaftsführung überhaupt unmöglich gemacht“ [2]) kann nicht anerkannt werden. Und wenn Mises den Schwerpunkt seiner Behauptung schließlich in die Wirtschaftsdynamik verlegt, so ist gerade das geeignet, den Beweis des Gegenteils zu erbringen und ganz allgemein zu zeigen, daß rationelle Wirtschaft nicht von der uneingeschränkten freien Konkurrenz abhängig ist, sondern nur von der hinreichenden Wirksamkeit des Konkurrenzprinzipes überhaupt. Mit Mises sind zugleich auch Ad. Weber und Halm widerlegt. Was die Heraushebung des Zinses aus der Preisbildung der Güter höherer Ordnung anbetrifft, so ist es richtig, daß es in einer fortschreitenden Wirtschaft unbedingt einen Zins geben muß, [3]) aber seine rechnerische Existenz genügt und, wenn Cassel den Zins in Parallele setzt und mit Recht ihn gewissermaßen gleichsetzt mit dem Spargrad und dem Fortschrittskoeffizienten, so ist es offensichtlich, daß die Leitung der Gemeinwirtschaft den Zinssatz frei bestimmen kann.

Wenn Mises und Ad. Weber ihre Thesen bezüglich des „Cassel'schen“ Sozialismus dennoch aufrecht erhalten zu können glauben, so ist zu entgegnen, daß sich Sozialismen mit annähernd vollständiger Marktpreisbildung denken lassen, die von ihrer Argumentation garnicht getroffen sind. Wenn die wesentliche sozialistische Wirtschafts- und Sozialidee das Abhandensein von arbeitslosem Einkommen ist, kann

---

[1]) Marschack Jakob: Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft. Archiv f. Soz. wiss. Bd. 51. S. 514/515.

[2]) Mises: G. S. 106.

[3]) Cassel: Theoretische Sozialökonomie. S. 233. „Diese Freiheit der Konsumtion ist es in erster Linie, die einen Zins in jeder Tauschwirtschaft, somit auch in der sozialistischen Wirtschaft notwendig macht“.

er Sozialismus in kurzen Zügen geschildert auch etwa so aussehen:
emeineigentum an Kapital und Boden als selbstverständliche Voraus-
tzung. Vorwiegend Vorhandensein konzentrierter Großbetriebe. Wirt-
haftliche Selbständigkeit der Betriebe. Markttausch auch der Güter
öherer Ordnung, wenn auch in vermindertem Umfange im Vergleich
u einer Wirtschaft der freien und auch der heutigen Konkurrenz. Die
eiter der einzelnen Unternehmen sind relativ selbstständige, freie An-
stellte nicht Beamte, die in einem empfindlich elastischen Leistungs-
hnverhältnis stehen. Insgesamt ist Leistungslohn soweit als möglich
urchgeführt, da er der sozialistischen Idee moderne Fassung nicht
iderspricht. Die letzten Bedingungen dieses skizzierten Sozialismus
ürden auch Mises', Ad. Webers und Halms zweites Ordnungsprinzip
r Wirtschaft, das Erwerbsstreben, hinreichend einschalten. Es ist also
nbedingt zurückzuweisen, daß „vom Standpunkt der Wissenschaft
s" Sozialismus notwendig eine arationale, chaotische Wirtschaft sei.

Ferner ist der Interventionismus als qualitatives Problem der
nwirtschaftlichkeit zu untersuchen. Mises bekämpft seinen Interven-
onismus sehr stark der Qualität nach, Cassel besonders den Steuer-
otektionismus, Ad. Weber seinen Interventionismus. Der Grund
der, daß für Mises jeder Interventionismus, besonders deutlich
es gezeigt für den Kriegs- und den Arbeiterinterventionismus, für
ssel der Steuerprotektionismus, für A. Weber noch außerdem der
editierungs- und der Wohnungsinterventionismus, wirtschaftlich und
ial zu einem chaotischen Zustande führt, aus dem nur entweder
eralismus oder Sozialismus herausführt. Es ist zuzugestehen, daß
r die geschilderten extremen Formen des Interventionismus — aber
ch nur für diese — der qualitative Beweis der Unmöglichkeit als
lungen anzusehen ist. Anzunehmen sind ferner Mises Ablehnung
s Kriegs- und des Konjunkturinterventionismus und Ad. Webers
urückweisung des Wohnungsmarkt- und des Kreditierungsinterven-
nismus. Im übrigen zeigt die Tatsache, daß es seit Bestehen des
apitalismus immer Interventionismus, niemals freie Wirtschaft ge-
ben hat, daß im allgemeinen der Interventionismus als quantitatives
roblem der Unwirtschaftlichkeit zu erörtern ist.

c) Der quantitative Beweis.

In der quantitativen Beweisführung bemühen sich die Autoren
chzuweisen, daß das Sozialprodukt der nicht liberalen Wirtschafts-
rfassungen viel geringer ist, als das der liberalen Wirtschaft, soviel
ringer, daß die Wirtschaftsverfassungen auf die Dauer unmöglich
d. Schärfer formuliert läuft die Behauptung darauf hinaus, daß
f die Dauer nur eine Wirtschaft existieren kann, die das Maximum
Sozialprodukt garantiert; zwar ist es nicht das absolute Maximum
egen der Mangelhaftigkeit alles Irdischen, aber das unter Einrechnung
r unabänderlichen Mängel höchsterreichbare. Es wäre zu einem exakten
ergleich der Sozialprodukte eine zahlenmäßige Gegenüberstellung zu
bringen, die natürlich nicht möglich ist. Man muß sich damit be-
ügen, bei den einzelnen Systemen zu vergleichen, inwieweit, mit

welcher Intensität die Kräfte wirksam sind, von denen man glaubt, daß sie das Maximum an Sozialprodukt herbeiführen.

Bevor diese Analyse durchgeführt wird, sind einige kritische Bemerkungen einzuflechten: Zunächst sehen in diesem Zusammenhang Mises, Ad. Weber und Halm ganz davon ab, daß sie die qualitative Unmöglichkeit behauptet und bewiesen zu haben glauben. Denn nun verschiebt sich ihr Argument dahin, daß an sich die Kräfte, die rationales Wirtschaften ermöglichen, vorhanden, jedoch nicht hinreichend wirksam sind. Einmal gibt es also in dem Sozialismus keine Konkurrenz und kein Erwerbsstreben, wie ausdrücklich behauptet wird, es ist das bei der Darstellung der Beweise hier besonders hervorgehoben worden, [1]) dann wird stillschweigend zugegeben, daß sie da, nur nicht hinreichend wirksam sind. Einmal führt der Interventionismus zum Chaos, dann wird er doch als Dauererscheinung gewertet, dessen Effektivität, (um mit Cassel zu reden), durch Behinderung der Wirtschaftsprinzipien im Verhältnis zur liberalen Wirtschaft gemindert ist. Beide Beweise stehen — weil sie generell gelten sollen — offensichtlich miteinander im Widerspruch. Ferner ist unbewiesen, warum nur eine Wirtschaftsverfassung möglich ist, die das (reduzierte) Maximum an Sozialprodukt liefert. Sicherlich gibt es einen Grad von Unwirtschaftlichkeit, bei dem ein Wirtschaftssystem, gleichzeitig auch aus sozialen Gründen, unmöglich wird, wann aber dieser Grad erreicht ist, kann allenfalls im Einzelfalle gesagt werden. Daß jeder Sozialismus und jeder Interventionismus einer solchen Unwirtschaftlichkeit unterliegt, daß deshalb die Systeme unmöglich werden, ist unbewiesen und unbeweisbar.

Es war gezeigt worden, daß dem quantitativen Beweis die Maximumbehauptung zu Grunde liegt. — Die Behauptung der quantitativen Unwirtschaftlichkeit schließt notwendig die Maximumbehauptung ein, auch wenn man noch so oft erklärt, sie nicht aufzustellen. — Die Vorbedingungen, die von den liberalen Autoren dem Maximum an Sozialprodukt gestellt werden, sind: freie Konkurrenz und Erwerbsstreben. Es handelt sich hier nicht [2]) um das statische Maximumtheorem der „reinen Theorie“, in dem freie Konkurrenz zu einer eindeutigen Preisbildung nötig ist und dadurch im gewissen Sinne ein Maximum an Befriedigung erreicht wird. Von dem statischen Theorem ausgehend stellt man für die Dynamik sinngemäß folgenden Satz auf: In der sich in fortschreitender Bewegung befindenden Wirtschaft sind Konkurrenz und Erwerbsstreben Kräfte, die, wenn völlig unbehindert, das überhaupt erreichbare (das reduzierte) Maximum an Sozialprodukt bereitstellen. Die Produktivität einer Wirtschaft hängt also von dem Grade ab, in dem diese Kräfte, diese „ordnenden Prinzipien“, (nach Mises und Ad. Weber) sich frei auswirken können. Die Schlußfolgerung ist dann ganz einfach die: Im Liberalismus = Kapitalismus sind die Kräfte unbehindert, also ist Liberalismus von vornherein die

[1]) Für Mises: S. 17, für Ad. Weber: S. 19.
[2]) Ueber diesen Unterschied geht man jedoch nicht achtend hinweg.

Birtschaft, im übrigen bleibt noch zeigen, wie sich in anderen Wirt-
haftsverfassungen die Behinderung der wirtschaftsbewegenden Kräfte
n Einzelnen produktivitätsmindernd auswirkt. Mises sieht nun Kon-
urrenz und Erwerbsstreben ganz formal. Er verlangt absolute formale
reiheit von Konkurrenz und Erwerbsstreben und deren angeblicher [1])
rundlage, des Privateigentums.

Es sind nun die Wirtschaftskräfte, die das Maximum an So-
ialprodukt herbeiführen, zu untersuchen und anschließend zu zeigen,
welchen Formen und unter welchen Bedingungen die Wirtschafts-
räfte die Maximalversorgung zu bewirken vermögen. Zunächst bedarf
e Konkurrenz hinsichtlich ihres Zusammenhanges mit dem Maximum-
eorem einer genauen Analyse. Mises definiert die „freie Konkurrenz"
ur negativ als Freisein des Tauschverkehrs von sozialen Machtein-
üssen und Eingriffen des Staates. Cassel, [2]) Ad. Weber u. Halm [3])
hnen, Ersterer und Letzterer ausdrücklich, eine Definition ab, „weil
h eine positive Definition wohl kaum werde finden lassen." [4]) Damit
ann man sich unmöglich zufrieden geben. Für den Zweck von Analyse
nd Kritik muß eine positive Definition erbracht werden. Edgeworth [5])
nd Schumpeter [6]) haben eine positive Definition für den Zweck der
ndeutigen Preisbildung gegeben im Sinne der statischen Theorie.
uf die von Schumpeter soll hier zurückgegegriffen werden; sie ist im
inne der Dynamik auszugestalten. Schumpeters Definition lautet:
ie Voraussetzungen der freien Konkurrenz „sind exakt gefaßt, die
olgenden:

1. Die Zahl der Kontrahenten muß eine sehr große sein, streng
enommen muß sie unendlich sein. Dann, nur dann wird das Inter-
all, indem der Preis liegen muß, so klein, daß es als ein Punkt
etrachtet werden kann.

2. **Jedes** Individuum muß mit **jedem** tauschen können, sonst
ürden sich innerhalb des Marktes Teilmärkte bilden, was unsere
rste Voraussetzung illusorisch machen müßte, und kein Individuum
arf so mächtig sein, daß es, auch wenn andere dasselbe Gut anbieten
der zu verlangen haben, Monopolpolitik betreiben kann." [7])

In der Dynamik ist für ein ideales Funktionieren der freien
onkurrenz eine weitere Voraussetzung hinzuzufügen: Volles Bewußt-
in der wirtschaftlichen Interessen und uneingeschränkte Möglichkeit,
nen zu folgen. In der statischen Wirtschaft erübrigt sich die letzte
edingung. Veränderungen der Wirtschaftsdaten, die vorauszuschauen
der jedenfalls nach ihrem Eintritt in ihren Folgen zu übersehen

---

[1]) Begründung: S. 10 dieser Arbeit.

[2]) Cassel: Theoretische Sozialökonomie. 5. Aufl. S. 110.

[3]) Halm: Die Konkurrenz: S. 128. Wiewohl Halm sein Buch „Die Kon-
urrenz" nennt. Die Folge der fehlenden Definition ist, daß Halm für die
eregelte" Konkurrenz des modernen Kapitalismus die wirtschaftstheoretischen
ätze der „freien Konkurrenz" in Anspruch nimmt und so seine Argumentation
uf einer verfehlten Grundlage aufbaut.

[4]) Cassel: Theoretische Sozialökonomie. 5. Aufl. S. 110.

[5]) Edgeworth: Mathematical Psychics. London 1881, S. 18 ff.

[6]) Schumpeter: Wesen und Hauptinhalt S. 271.

[7]) Schumpeter: Wesen und Hauptinhalt S. 271.

wären, treten dort nicht auf. Es besteht keine Notwendigkeit, sich Veränderungen anzupassen im Sinne eines neuen Gleichgewichtszustandes. Insgesamt zeigt sich, daß die idealfreie Konkurrenz sich überhaupt nicht verwirklichen läßt, daß sie nur eine Konstruktion der Theorie ist; das gilt sowohl für die statische wie für die dynamische freie Konkurrenz.

Es wird zur Vermeidung von Mißverständnissen nötig, die freie Konkurrenz und das Maximumtheorem der Statik von denen der Dynamik scharf abzugrenzen. In der Statik handelt es sich um eine exakte Gesetzmäßigkeit, durch die theoretisch der Preis eindeutig bestimmt und das Maximum an Sozialprodukt bei gegeben sonstigen Umständen garantiert ist. Für die konstruierte ideale (fiktive) Dynamik und nur für diese wird der Preis für einen quasistatischen Gleichgewichtspunkt auch eindeutig bestimmt und für jeden Augenblick gilt auch die Maximumbedingung; für die Entwicklung als Ablauf jedoch ist [1]) dargelegt worden, daß außerwirtschaftliche dynamische Veränderungen das Sozialprodukt erhöhen können unter teilweiser Ausschaltung der freien Konkurrenz. Die ausgeschaltete freie Konkurrenz ist dann unter die Wirtschaftsdaten zu rechnen, bei denen die Preisbildung erfolgt. Es zeigt sich, daß die Dynamik selbst eine Kraft ist, zur Erhöhung des Sozialproduktes, daß sie in Richtung des absoluten Maximums, [2]) nicht in Richtung des Maximums der vorhandenen Umstände unter gegebener Ausnutzung, sondern in Richtung eines Maximums, das die bestmögliche Ausnützung der gegebenen und irgendwie erreichbaren sachlichen Vorbedingungen herbeiführt. Für die Dynamik kann man nicht mehr sagen — das ergänzt zugleich die Kritik des positiven Beweises — daß die formalfreie, wie gezeigt nicht einmal die idealfreie Konkurrenz wirksam sein muß, um eine jeweils maximale Versorgung der Gesellschaft zu garantieren. Mises' Forderung, das Wirtschaftssystem auf formalfreie Konkurrenz aufzubauen, ist also unberechtigt. Es ist nur eine hinreichend wirksame Konkurrenz nötig zur hinreichend eindeutigen Preisbildung und zur möglichst vollkommenen und schnellen Anpassung an die veränderte Wirtschaftslage.

Da also die idealfunktionierende Dynamik keine maximalfreie Konkurrenz, sondern eine hinreichend freie Konkurrenz verlangt, sind die aus der statischen Konkurrenz von Schumpeter übernommenen Sätze im Sinne der Dynamik umzuprägen. Der erste Satz der aus Schumpeter zitierten [3]) Vorbedingungen für die freie Konkurrenz erhält folgende veränderte Gestalt: Die Zahl der Kontrahenten braucht nicht unendlich groß zu sein — schon heute ist sie weit davon entfernt und die Preisbildung und Wirtschaftsrechnung funktionieren doch; — obgleich infolgedessen der Marktmechanismus keinen eindeutigen Preis mehr bestimmt, sondern nur ein Preisintervall, muß innerhalb dieses

[1]) Auf Seite 10/11.

[2]) Vergl. Marshall: Handbuch der Volkswirtschaftslehre: Abschnitt: Die Lehre von der Maximalbefriedigung S. 451 ff. Auf S. 453 weist M. ausdrücklich auf den Unterschied von statischem Maximum und absolutem Maximum hin.

[3]) Siehe S. 59.

ntervalles der Preis nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Not-
endigkeiten bestimmt werden, nicht durch Ausnutzung monopolistischer
lacht. Die Begründung und Erläuterung dieser These, daß die Zahl
er Kontrahenten nicht unendlich groß zu sein braucht, muß wegen
rer Wichtigkeit für die Gesamtkritik wenigstens skizziert werden: [1])
st die Zahl der frei Tauschenden nicht unendlich groß, dann gibt es
inen eindeutigen Preis. An die Stelle des einen Preises tritt ein
reisintervall, unter dessen unterer Grenze nicht verkauft, unter dessen
berer Grenze nicht mehr gekauft wird. Jede Monopolisierung bedeutet
ergrößerung des Intervalls; maximal ist das Intervall auf dem
ütermarkt, wenn ein Monopolist, die sozialistische Gesellschaftswirt-
haft anbietend ist. Der wirklich gezahlte Preis liegt irgendwo in
m Intervall; die genaue Lage bestimmt die Intensität des Angebotes
zw. der Nachfrage, also im Sinne der reinen Theorie außerwirt-
haftliche Faktoren oder Willkür. Der eine hier naheliegende Faktor
t der sog. Machtfaktor, der zweite die solidarische Bindung. Bei
lachtzwang liegt der Preis zu Gunsten des Monopolisten z. B.
arktbeherrschender Kartelle oder auch der Gewerkschaften, in Richtung
r oberen Grenze. Bei solidarischer Bindung der Marktkontrahenten
rd der Preis mehr oder weniger an der unteren Grenze liegen.
roß aller Interessengegensätze sind die Kontrahenten wirtschaftlich
feinander angewiesen; sie sind also gezwungen, den Preis unter
reichender Beachtung der ökonomischen Notwendigkeiten festzusetzen.
as moderne Tarifvertragswesen, soweit es ohne staatliche Macht-
nflüsse erfolgt, ist ein Beispiel für solidarische Preisfestsetzung. [2])

---

[1]) Sie findet sich ausführlich in der bereits zitierten Abhandlung von
Marschak.

[2]) Ueber solidarische Preisfestsetzung äußert sich Schumpeter in den Ar-
eln: „Lohnpolitik und Wissenschaft“ und „Grenzen der Lohnpolitik“, „Deuscher
lkswirt“ 3. Jg. 1928/29 S. 807 und 847. Er vertritt die Ansicht, daß die
mmende wirtschafts- und sozialgeschichtliche Entwicklung es mit sich bringen
rde, daß die Marktparteien freiwillig auf monopolistische Ausnutzung ihrer
sition verzichten, sodaß die erste Forderung idealfreier dynamischer Konkur-
z sich erfüllen würde. Sch. beurteilt den Zukunftswert und die Bedeutung
idarischer Preisfestsetzung wie folgt: Sobald die Erkenntnis der Gemeinsam-
t der Interessen hinreichend ins Bewußtsein gedrungen ist, auf die Dauer,
ald sozialpsychisch und hinsichtlich „der noch vorhandenen Abnormitäten der
tuation“ (S. 848) Beruhigung eingetreten ist, muß und wird es einmal da-
kommen, daß sich Arbeitgeber und Unternehmer zusammensetzen, um dann
o actu über Löhne, Kapitalbildung und Steuerlast beraten. (S. 848) Die
hnfestsetzung wird unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen und mit der
irtschaft verbundenen sozialen Zusammenhänge im Sinne des langfristigen
hnmaximums erfolgen, das mit dem wirtschaftlichen Fortschritt und der da-
r nötigen Kapitalbildung in keinem Widerspruch steht, das für die Arbeiter-
aft, wie wirtschaftlich, der „vorteilhafteste Lohn und zugleich für die Industrie
hlich tragbar“ (S. 848) ist. Ferner: Schumpeter rechnet damit, daß es mög-
h sein wird, den Gleichgewichtslohn und auch den langfristigen Maximallohn
r jede gegebene Lage wissenschaftlich exakt realiter auszurechnen nach erheb-
her Verfeinerung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden, sodaß dann
r Lohnkampf im heutigen Sinne sich völlig erübrigt bei Einigkeit über die
elsetzung.

Von Punkt 2 der Schumpeter'schen Formulierung erfährt der zweite wichtigere Teil folgende Veränderung: Kein Individuum darf, auch wenn es im Augenblick die Macht dazu hätte, Monopolpolitik betreiben.

Für die praktische Wirtschaft, insbesondere für die Wirtschaftspolitik kommt es darauf an, der idealfunktionierenden Dynamik und der in ihr wirkenden hinreichend freien Konkurrenz effektiv, d. h. im Sinne einer Verwirklichung der maximalen Versorgung möglichst nahe zu kommen, wenn man anerkennt: Daß die „freie Konkurrenz" eine Kraft ist, die im Sinne einer rationalen Wirtschaft irgendwie wirksam sein muß, und ferner daß die maximale Versorgung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen, wenn auch vielleicht nur bis zu einem gewissen Grade, anzustreben ist. Es ist also für die wirtschaftstheoretische Untersuchung die Wertung zu unterstellen — gefordert werden kann sie von Seiten der Wissenschaft nicht, wie noch gezeigt wird — daß die maximale Versorgung anzustreben ist, als höchster Wert in der Gesellschaft und der Politik oder wenigstens als ein Wert, der immer weitgehend berücksichtigt werden muß.

Nachdem nun die „freie Konkurrenz" und die mit ihr zusammenhängenden wichtigen Komplexe analysiert sind, ist das andere „Ordnungsprinzip der Wirtschaft", das Erwerbsstreben, klarzustellen. Da Erwerbsstreben eindeutig ist, sind die Grundlagen vorhanden, um zu untersuchen, inwieweit wirklich die Wirtschaftskräfte durch die nichtliberalen Wirtschaftsverfassungen im Vergleich mit der liberalen Verfassung, die der einzelne Autor verficht, gehemmt werden, eine maximale Versorgung herbeizuführen (Es darf daran erinnert werden, daß einige nicht liberale Verfassungen bereits qualitativ in Uebereinstimmung mit den Autoren ausgeschlossen sind).

Es ist nun nachzuweisen, daß die Kräfte, die die maximale Versorgung bewirken, auch im Sozialismus wirksam sein können. Ist die hinreichend freie Konkurrenz im Sozialismus möglich? Wenn ja, dann müssen die drei aufgezeichneten Vorbedingungen auch im Sozialismus erfüllbar sein. Sie sind es in folgender Weise: Die erste Vorbedingung für dynamische freie Konkurrenz bedeutet das Ausgeschlossensein monopolistischer Machteinflüsse, damit der Preis auch innerhalb des Intervalles ökonomisch richtig wird. Im Sozialismus ist die Gesellschaft der alleinige Monopolist. Offensichtlich ist es nicht naheliegend, daß die sozialistische Wirtschaftsleitung das Monopol ungebührlich ausnutzt. So schlägt Ed. Heimann vor, den Preis stets an der unteren Grenze des Intervalles festzusetzen [1]) und so auf jeden Monopolgewinn zu verzichten. Die zweite Vorbedingung bedeutet

[1]) Ed. Heimann: Mehrwert und Gemeinwirtschaft. S. 185: „Die Gemeinwirtschaft, die Kraft monopolistischer Willkür die Freiheit hätte, die Gesetzmäßigkeit des Wettbewerbspreises zu stören, vermag doch nichts besseres zu tun, als im Gegenteil ihren glatten Ablauf zu sichern. Und dies kann sie tätsächlich erreichen, wenn sie unter Verzicht auf allen Monopolgewinn sich stets an der unteren Grenze des ihr für den Preis freistehenden Spielraums hält, ihr auch stets von neuem zustrebt, sobald die Marktlage durch Aenderungen auf der Nachfrageseite verschoben wird".

usgeschlossensein monopolistischer Machteinflüsse wegen ihrer direkten zialproduktmindernden Wirkung. Wie gesagt, würde sich die sozialistische Gesellschaft durch Monopolpolitik selbst schädigen, sofern sie aximale Versorgung primär wertet, was für diese Untersuchung vorusgesetzt ist, und für den Sozialismus unbedingt vorausgesetzt werden ann. Eine gelegentliche oder teilweise Monopolausnutzung zu Gunsten er Kapitalbildung oder auch zur Behebung wirtschaftsschädlicher zialer Verhältnisse ist auf die Dauer nicht sozialproduktmindernd zu werten. In Betreff der dritten Vorbedingung, der Uebersicht über ie dynamischen Veränderungen und der Anpassungsmöglichkeiten an ie Veränderungen ist die Gemeinwirtschaft im Vorteil gegenüber der tomisierten, formal- oder maximalfreien Konkurrenz. Wie gezeigt aben schon Monopolisten vertikalkonzentrierter Betriebe bessere Uebers chts- und innerbetriebliche Anpassungsmöglichkeiten. In der Gemeinirtschaft **k a n n** die Uebersicht und die Ueberwindung der Reibungshwierigkeiten am vollkommensten sein. Dann ist sie es, wenn die Wirtschaftsleitung richtig im Sinne der maximalen Versorgung arbeitet. as ökonomisch richtige Arbeiten der Wirtschaftsindividuen bezw. nktionäre hängt nach Meinung der liberalen Autoren vom Erwerbsreben ab.

Daß das Erwerbsstreben auch im Sozialismus eingeschaltet erden kann, ist bereits in der qualitativen Analyse gezeigt worden. as Erwerbsstreben hängt nicht vom liberalen absoluten Privateigenmsrecht ab, sondern dafür genügt schon das Eigentumsrecht auf rund eigener Arbeit. Die Wirtschaftsakteure, diejenigen die die gentliche Unternehmertätigkeit vollbringen, verrichten ihre Tätigkeit ie Cassel im Zusammenhang mit dem Steuerprotektionismus hervorbt, nicht der Ausweitung ihres eigenen Konsums und ihres eigenen esitzes wegen, sondern der Kapitalanlage wegen, des wirtschaftlichen ortschrittes wegen, aus bloßer Freude an der Unternehmerfunktion. hnen selbst gehört häufig nur ein Teil der Aktien, oder sie sind diglich Angestellte auf Leistungslohn (Leistungsprämie). Um mit assel gegen ihn selbst zu argumentieren: Was sollte diese geborenen nternehmer abschrecken, anstatt im Interesse der Aktionäre, das rade den typischen Unternehmerpersönlichkeiten recht gleichgültig , im Interesse der Gesellschaft als Gesamtaktionär zu wirtschaften? n dem Maße gilt diese Motivierung der Unternehmertätigkeit eilich nur für die „typischen Unternehmer". Bei dem sog. Mittelnd des Unternehmertums spielt die Konsumausweitung und das rwerbsstreben um des Besitzes Willen (Familientradition) noch ne große Rolle. Insgesamt läßt sich jedoch bis zum Beweise s Gegenteils folgendes sagen: Ein gerade in den leitenden Stellen cht empfindlich auszugestaltendes Leistungslohnsystem und jederzeitige ündbarkeit bei nachweislich mangelnder Leistung ist eine hinreichende inschaltung des Erwerbsstrebens als dynamischer Wirtschaftskraft.

Insgesamt ist nicht einzusehen, warum der Sozialismus, sofern nur den „ordnenden" oder treibenden Wirtschaftskräften hinreichenen Spielraum läßt wie z. B. in der „Cassel'schen" Form des

Sozialismus, die maximale Versorgung im quasistatischen Sinne, als auch in Richtung des absoluten Maximums nicht ebensogut wie der Liberalismus als Wirtschaftsverfassung anzustreben vermögen soll. Möglichkeiten des Versagens liegen in beiden Wirtschaftsverfassungen; doch kann deswegen weder die eine, noch die andere Wirtschaftsverfassung (einzel-) wissenschaftlich werworfen werden. Die Schwierigkeiten und Vorzüge der beiden Verfassungen im einzelnen gegeneinander abzuwägen, sprengt den Rahmen dieser Arbeit; es konnte nur die grundsätzliche Leistungsfähigkeit des Sozialismus antikritisch gezeigt werden.

Es ist nunmehr zu untersuchen, ob die Wirtschaftskräfte auch im Interventionismus hinreichend wirksam sein können. Es war zugegeben worden, daß gewisse Formen des Interventionismus, daß gewisse Intensitäten interventionistischer Maßnahmen das System, soweit überhaupt von einem in sich ruhenden System geredet werden kann, auf die Dauer unmöglich machen. Es ist weiter zuzugestehen, daß andere weniger intensive Interventionismen produktivitätsmindernd sind, vor allem ist einzuräumen, daß die gegebenen Begründungen des faktischen Interventionismus sehr unzulänglich sind und einzelne Maßnahmen ihn mehr oder weniger stark diskreditieren, dennoch besagen zahlreiche Gegenargumente nichts gegen zureichende Begründungen interventionistisch eingestellter Beherrscher der Wirtschaftstheorie. Vor allem vermögen sie nichts zu beweisen gegenüber interventionistischen Maßnahmen, die im Sinne der idealfreien dynamischen Konkurrenz erfolgen. Verfehlt sind also Mises' Angriffe gegen Maßnahmen, die Uebergangshemmungen beseitigen, die die Anpassung an die veränderten Wirtschaftsdaten durch vorübergehenden Einzeleingriff in den Marktmechanismus erleichtern. Ferner Mises' und Cassels Stellungnahme gegen Eingriffe, die geeignet sind soziale Schäden zu beseitigen, oder herabzumindern, die die Wirtschaft auf die Dauer schwer schädigen würden, wenn sie nicht in der Gegenwart bekämpft würden. [1]) Weiterhin beweisen Mises' Einwände nichts gegen monopoloide Großunternehmungen eventuell mit staatlicher Privilegierung z. B. gegen Zentralnotenbanken, die Mises ablehnt. Derartige Großunternehmungen sind dann volkswirtschaftlich zu verteidigen, wenn sie über eine größere und richtigere Marktübersicht verfügen und dadurch der Anpassung an dynamische Veränderungen besser zu dienen geeignet sind, als Unternehmungen der formalfreien Konkurrenz, ferner wenn sie durch Massenproduktion mit degressiven Kosten Massengüter verbilligen und dadurch das Sozialprodukt weit mehr vergrößern, als es die formalfreien Konkurrenten, die durch das Großunternehmen beseitigt werden, jemals gekonnt hätten. Für dieses Argument ist Cassel [2]) anzuführen und auch Ad. Weber und seine hier zitierten Schüler. [3]) Inwieweit in der realen Wirtschaft Interventionismus mit der anzustrebenden idealfreien dynamischen Konkurrenz vereinbar ist, ist für die einzelnen

[1]) Hier ist Lampe (Notstandsarbeiten), soweit er gegen Cassel und Mises argumentiert, recht zu geben. (S. 104 und 124 ff).
[2]) Z. B. Tendenzen S. 22 ff, 68 ff, 162 ff.
[3]) Z. B. Lampe: Notstandsarbeiten S. 37 ff.

nterventionismen noch zu zeigen. Zuvor sei noch eine Feststellung
ngefügt über Protektionismus gegen außen, gegenüber anderen Volks-
irtschaften, über Behinderung der internationalen Arbeitsteilung: Es
ar unterstellt worden, daß die maximale Versorgung anzustreben sei;
un war das nicht unbedingt im Sinne der gesamten menschlichen
esellschaft, die die Erde bewohnt, gemeint. Trotz aller vorhandenen
Bechselbeziehungen zwischen Maximalversorgung der Welt und der
nzelnen Volkswirtschaft ist es unbestreitbar, daß eine maximale
ersorgung der Welt nicht mit der der einzelnen Volkswirtschaft zu-
mmenfällt. Für die einzelne Volkswirtschaft **kann** die Versorgung
sser sein, gerade wenn sie die Freizügigkeit der Arbeit behindert
nd wenn sie sich durch Zölle schützt. Bedeutet internationale „freie
onkurrenz" auch maximale Versorgung der Weltwirtschaft, so ist
icht garantiert, daß jede Teilgesellschaft in ihrer Wirtschaftsbedeutung
ls Produzenten- und Konsumentenschaft maximal befriedigt ist. Eine
ozialproduktminderung für die Weltkonsumentenschaft durch Behinde-
ung der „freien Konkurrenz" **kann** bis zu einem gewissen Grade und
nter jeweils besonderen Gegebenheiten für eine einzelne Volkswirt-
aftsgesellschaft, in der bestimmte Produktionsarten vorherrschen, ins-
samt vorteilhaft sein. Die Produktionsarten sowohl wie die Bedürf-
isse der Konsumenten sind nicht freizügig, sondern lokalisiert. Die
sinnigkeit der derzeitigen Absperrungsmaßnahmen der Staaten ist
mit in keiner Weise bestritten, nur ist es unmöglich, selbst unter
n wirtschaftlicher und zwar volkswirtschaftlicher Zielsetzung (Maximum),
de Absperrung zu verurteilen.

Nach dem Stande dieser Untersuchung wäre nun für den Arbeits-
arktinterventionismus und den Steuerinterventionismus — die an-
eren Interventionismen sind aus angeführten Gründen für die quan-
tative Untersuchung hier ausgeschlossen worden — zu zeigen, inwie-
eit diese mit einer idealfunktionierenden Dynamik zu vereinbaren und
i unterstellten Voraussetzungen notwendig sind. Die Frage lautete
nau wie bei der quantitativen Untersuchung des Sozialismus:
önnen sich die wirtschaftsdynamischen Kräfte hinreichend auswirken?
och dieser positive Gegenbeweis würde hier bei voller Berücksichti-
ung der Kompliziertheit der Materie eine bedeutende Ausweitung
r Arbeit erfordern. Es müssen die obenstehenden allgemeinen Be-
erkungen genügen. Anstatt dessen sollen einige kritische Bemer-
ngen gegen die Argumente der einzelnen Autoren den Gegenbe-
eis abrunden.

Mises und Cassel [1]) unterstellen in ihren Argumentationen gegen
n Interventionismus und gegen den Arbeiterinterventionismus ins-
sondere, bereits das Verwirklichtsein der freien Konkurrenz in der
alen Wirtschaft: Mises die statische, formalfreie, Cassel die dynamische
ealfreie etwa in dem vom Verfasser herausgearbeiteten Sinne. Mises
eweisführung ist deswegen von vornherein ungeeignet, weil es auf

[1]) Ad. Webers Begründungen sind mit Cassel und Mises getroffen, seine
hauptungen und Postulate sind hier nicht zu kritisieren. Das Gleiche gilt
r Halm.

die formalfreie Konkurrenz in der realen Wirtschaft gar nicht ankommt. Cassel wäre dann weitgehend zuzustimmen, wenn seine „freie Konkurrenz“, die er einfach postuliert, z. B. freie Beweglichkeit der Arbeitskraft, wie auch der anderen Produktionsfaktoren, bereits herrschte. Wenn Cassel „richtige“ Politik aufzeigen will, gegenüber der protektionistischen, darf er sich nicht damit begnügen, in allzusehr vereinfachenden Formeln Richtlinien aufzustellen, sondern es muß erst gezeigt werden, wie die reale Wirtschaft den von ihm postulierten Wirtschaftsbedingungen möglichst nahe kommt, wie die „notwendige Anpassung an die neue Lage“ [1]) durch Beseitigung der für die reale Wirtschaft gegebenen Reibungs- und Uebergangsschwierigkeiten zu erleichtern ist. Auch eine Beibehaltung maßvoller Arbeitslosenunterstützung, die Cassel zugesteht, genügt nicht. Völlig außer Acht läßt Mises Reibungs- und Uebergangsschwierigkeiten und wirtschaftliche Rückwirkungen außerökonomischer Daten insbes. aus dem Bereich des Sozialen. Z. B. in der Auseinandersetzung mit Lampe gesteht Mises [2]) Lampe zu, daß beim Uebergang zum Liberalismus größte Schwierigkeiten, heftige Friktionen entstehen; sie seien jedoch im Hinblick auf den Enderfolg, „einer unerhörten Steigerung der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit“, durchaus erträglich. Lampe hebt demgegenüber hervor: Bleibe der freien Wirtschaft alles überlassen, so wäre damit zu rechnen, daß da und dort eine entsetzliche Verelendung jener Arkeitskräfte eintrete, die auch nach einer erträglichen Lohnsenkung nur an für sie unerreichbaren Orten zu ausreichendem Lohne Verwendung finden könnten. Man müßte dann in der Tat „das größte Elend, Hungertod, gesteigerte Sterblichkeit, Selbstmordepidemien in Kauf nehmen. Solche Opfer müssen unter Einsatz aller Kräfte nicht nur aus sozialen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen vermieden werden, wenn man wirklich auf rationelle Weise aus der Krisis herauskommen will“. [3]) Zu einer unter den gemachten Voraussetzungen richtigen Politik gehört unbedingt Berücksichtigung der sozialen Rückwirkungen auf die Wirtschaft, die aus einer Allgemeinbetrachtung nicht ersehen werden können, sondern eingehender sozialökonomischer Spezialanalysen bedürfen.

---

[1]) Cassel: S. o. F. S. 65.
[2]) Mises: J. S. 47.
[3]) Lampe: Notstandsarbeiten S. 125.

II. Teil. Gesamtkritik und Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse.

1. Wirtschaftstheorie und moderner Liberalismus.

Der Kritik des negativen Beweises war ausdrücklich unterstellt
orden, daß die maximale Versorgung anzustreben sei. Die liberalen
atoren unterstellen nicht diese Annahme, um eine in Bezug auf dieses
nkrete Ziel richtige Politik abzuleiten, sondern sie setzen dieses Ziel
bst als richtig. Es wird also eine grundlegende Wertung vorge-
ommen, die nach der vom Verfasser vertretenen Ansicht die gesamte Ar-
mentation aus dem Bereich wissenschaftlich richtiger Erörterungen
usschließt.

Mises' Stellungnahme zum Werten in der Wissenschaft ist
olgende: „Der Wissenschaft vom menschlichen Verhalten (Soziologie)
nd Nationalökonomie) sind die menschlichen Wertungen und Ziel-
tzungen letzter Ordnung ein gegebenes, das sie nicht weiter zu er-
ären vermag. Sie kann die Werte registrieren, und klassifizieren;
ch ist es ihr eben so wenig möglich, die Werte zu „erklären", als
ihr möglich ist, Werte zu setzen, als richtig anzuerkennen, oder als
rkehrt zu verwerfen". [1]) Ferner: „Aufgabe der Wissenschaft kann es
r sein, die Gesetze der gegenwärtigen und vergangenen Wirtschafts-
steme zu erforschen". [2]) Es ist erstaunlich, wie wenig sich Mises nach
nen eigenen erkenntnistheoretischen Grundsätzen gerichtet hat. Und
s kann ihm noch in einem anderen Falle nachgewiesen werden:
ises [3]) verurteilt es in scharfen Worten, „durch Erschleichung" statische
esetze in dynamische umwandeln zu wollen, und doch mußte die
ritik an Mises wesentlich in dieser „Erschleichung" einsetzen. Bei
assel besteht ein ähnlicher Widerspruch: Als Theoretiker ist er abso-
t (einzel-) wissenschaftlich, nämlich in der Theoretischen Sozialökonomie,
s „Wissenschaftler" jedoch verstößt er immer wieder trotz vieler
jektiv berechtigter Stellungnahmen gegen seine Haltung als Theo-
tiker. Ad. Weber setzt sich mit dem Werten unter anderem in seinem
erk „die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft" und

[1]) Mises: Begreifen und Verstehen S. 143.
[2]) Mises: Soziologie und Geschichte S. 505.
[3]) Mises: Soziologie und Geschichte S. 503.

im Vorwort von „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“ auseinander. Er glaubt, das Werturteil, das „Seinsollen“ neben die Darstellung des Seins setzen zu können und zu müssen. [1]) Da nun die Wertungen Ad. Webers einen recht breiten Raum einnehmen und eine gewisse Feindseligkeit gegen abstrakte Theorie vorliegt, [2]) kommen die ökonomisch-analysischen Gedankengänge erheblich zu kurz. So enthält die Allgemeine Volkswirtschaftslehre z. B. das Glaubensbekenntnis eines wirtschaftlich- und sozialliberalen Katholizismus. Anzuerkennen ist, daß Ad. Weber seiner Stellungnahme nicht den Mantel reiner Wissenschaftlichkeit umhängt, sondern sich des Ueberschreitens der Grenzen der Wissenschaft i. e. S. bewußt ist und das meistens auch zum Ausdruck bringt. Entsprechend wie Cassel in den Theoretiker und den „Wissenschaftler“ zu unterscheiden war, argumentiert Ad. Weber bald als Wissenschaftler i. e. S. bald als Wissenschaftler i. w. S. Trotz der bewußten Grenzsetzung zwischen Wissenschaft i. e. S. und i. w. S. nimmt der Wirkung nach auch Ad. Weber wissenschaftliche Autorität für seine politische Zielsetzung in Anspruch. Insgesamt bewegen sich Ad. Webers und Halms wissenschaftliche Argumente allzusehr an der Oberfläche, [3]) und zwar wegen des immer wieder dazwischentretenden Wertens, das die sachliche Beweisführung ausschließt.

Insgesamt ist festzustellen: Die liberalen Autoren verstoßen gegen die größtenteils auch von ihnen selbst anerkannten Grundsätze einzelwissenschaftlicher Argumentation, die folgende Sätze Max Webers kennzeichnen: „Nur, wo bei einem absolut eindeutig gegebenen Zweck nach dafür geeigneten Mitteln gefragt wird, handelt es sich um eine wirklich empirisch entscheidbare Frage.“ [4]) „Abzulehnen ist die Auffassung der Nationalökonomie als „einer ethischen Wissenschaft auf empirischer Grundlage“ und ferner, daß die Nationalökonomie Werturteile aus einer spezifisch „wirtschaftlichen Weltanschauung“ heraus produziere oder zu produzieren habe.“ [5])

2. Moderner Liberalismus und Weltanschauung.

Ist Klarheit über die Rolle des Wertens bei den Liberalen Autoren geschaffen, so kann ohne weiteres die in der Einleitung aufgeworfene Frage beantwortet werden, ob der moderne Liberalismus

---

[1]) Im Gegensatz dazu und zur tatsächlichen Handhabung steht in der Allg. Volksw. Lehre: „Festgehalten werden muß aber, daß der Volkswirtschaftler, der selbst politische Ziele setzt, dadurch daß er es tut, den Boden seiner Wissenschaft verläßt“.

[2]) Vergl. z. B. oben angeführtes Vorwort und das Vorwort zur Allg. Volksw. Lehre, wo er von „erkenntnistheoretischen Spitzfindigkeiten“ und „Ausklügeln irgend welcher Denkmöglichkeiten“ spricht.

[3]) Eine entsprechende Beurteilung ist aus folgenden kritischen Auseinandersetzungen zu entnehmen: Hayeck F. A.: Ad. Weber „Allg. Vw. L.“ Zeitschr. f. Nat. Oek. Wien 1930, I, 1 S. 156. Gestrich Hans: Ad. Webers „Ende des Kapitalismus?“ Zeitschr. f. Nat. Oek. Wien 1930 S. 793—796. Kromphardt Wilh.: Halms „Die Konkurrenz“ Zeitschr. f. Nat. Oek. Bd. 1, 2 Wien 1929.

[4]) Weber Max: Vom Sinn der Wertfreiheit. S. 479.

[5]) Weber Max: Die Objektivität der soz. wiss. und soz. pol. Erkenntnis. S. 149.

einzel-)wissenschaftlich ist und frei von weltanschaulicher Fundierung. Wissenschaftlich in dem oben dargelegten Sinne ist er offenbar nicht; r ist weltanschaulich, wenn auch nur in einem verblaßten Sinne als pezifisch wirtschaftlicher Weltanschauung. Für Mises gehört diese Teil-veltanschauung zu einem Liberalismus, als „einer das ganze gesell-chaftliche Leben umfassenden Ideologie.“ [1]) Cassel bleibt bei der pezifisch wirtschaftlichen Weltanschauung. Ad. Weber versteht es, durch Mäßigung der liberalen Gedanken den wirtschaftlichen und sozialen iberalismus in den Katholizismus einzubauen. Doch „nur in der igenen Brust findet ein Jeder die letzten Maßstäbe seines Wollens, eine Wissenschaft kann ihm sagen, was er wollen, was er hochhalten, as er in den Staub treten soll. Nur Zwischenziele, abgeleitete Ziele, ann die Wissenschaft den Handelnden lehren, insofern als sie bei egebenem Wollen, über das ihr kein Urteil zusteht, den Handelnden gen kann, welche Maßregeln geeignet sind, die Ziele des Wollens u fördern und welche nicht.“ [2])

Der moderne „wissenschaftliche“ Liberalismus und der moderne politische Liberalismus.

Auf den letzten Seiten seines „Liberalismus“ spricht Mises mit oßem Ressentiment und dem Pathos „eines letzten Ritters des beralismus“ vom Aussterben des echten Liberalismus. Es legt das n Gedanken nahe, nunmehr, jenseits der Grenzen der ökonomischen issenschaft, eine Kritik gewissermaßen vom Standpunkt des modernen beralismus her kurz zu geben, d. h. zu zeigen, wie und inwieweit e Anschauungen der angeführten liberalen Autoren in der Tages-roblematik der liberalen Idee stehen, zu zeigen, was sich heute im ergleich mit den dargestelllen Anschauungen als zeitgemäßer Libera-smus heraushebt. Aus der Fülle der diesbezügl. Literatur seien als pisch folgende Schriften angeführt: Rubinstein, Siegmund: Herrschaft d Wirtschaft. München 1930. [3]) Gestrich, Hans: Liberalismus als irtschaftsmethode. Berlin 1930. Und, um zu zeigen, daß auch ßerhalb des deuschen Kulturgebietes die gleiche Stellungnahme ver-ten wird, ein Buch aus dem „Freihandelsland“ England: Britain's dustrial future. London 1928. Vergleicht man die liberalen An-hauungen der „Wissenschaftler“ mit der herrschenden und praktisch rksamen liberalen Idee, so zeigt sich, daß Mises vollständig außer-lb dessen steht, was man heute liberales Allgemeingut nennen könnte.

---

[1]) Mises: L. S. 174.

[2]) Schumpeter: Gustav Schmoller. S. 338.

[3]) Das Buch enthält eine geradezu geniale Gesamtschau des Wesentlichen n wirtschaftlichen und sozialen Liberalismus. Der Autor beherrscht fast die samte einschlägige wissenschaftliche Literatur und bringt so die gewissermaßen der Luft liegenden Gedanken in einer Geschichte der liberalen Idee zum ederschlag.

Uneingeschränktes Privateigentum und formalfreie Konkurrenz werden garnicht mehr diskutiert. Desgl. nicht Cassels extremliberaler Internationalismus. Die moderne liberale Anschauung liegt bis zu einem gewissen Grade etwa in Richtung Ad. Webers und Lampes. Die Verabsolutierung der Wirtschaft, die die „wissenschaftlichen" liberalen Autoren mehr oder weniger vornehmen, wird abgelehnt. Die Parole lautet nicht mehr: Wirtschaft für die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft ist dem modernen Liberalismus „das Fundament, das eine bestimmte politische und gesellschaftliche Architektur zu tragen hat." [1]) Wirtschaft und die mit ihr verbundene Gesellschaft sollen autonom sein, doch ist der Staat dazu berufen, die Freiheit sinnvoll, nicht formal, eventuell auch durch direkte Eingriffe, zu sichern und herbeizuführen. [2]) u. [3]) Daß der Staat eingreifen kann, wird ohne weiteres anerkannt. Im Einzelfalle wird diskutiert, wo die Grenzen des Eingreifens liegen. Die Gewerkschaften werden, obgleich man sich mit den „Wissenschaftlern" darüber einig ist, daß sie im Augenblick durch ein Zuviel an staatlichen Eingreifen wirtschaftlich und gesellschaftlich schädigend sind, durchaus positiv bewertet. [4]) Sie haben die Arbeiter zu einem ebenbürtigen Kontrahenten gemacht. [5]) Ferner werden Liberalismus und Sozialismus ihrer Idee nach nicht mehr als Antithese gewertet. [6]) Hatte der „bürgerliche" [7]) Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts den Bürger von der Herrschaft des absolutistischen Staates befreit,

---

[1]) Rubinstein: Herrschaft und Wirtschaft S. 219.

[2]) Vergl. Britain's industrial future S. XV ff. S. 166—180 und 465 und passim.

[3]) Gestrich: Liberalismus. S. 33: „Der Staat muß zum Schutze der Freiheit eingriffsbereit sein".

[4]) Vergl. Gestrich a. a. O. S. 25 und 29.

[5]) Rubinstein: a. a. O. „Richtiges ideengeschichtliches Urteil erkennt jedoch im Gewerkschaftswesen ein echt geborenes Kind des Liberalismus, das alle Züge seines Erzeugers spiegelt". (S. 285) „Die Industrie organisierte technisch, die soziale Ordnung fehlte. Das war die Leistung der Gewerkschaften. Sie verwirklichte im Arbeiter den wertigen Marktteilnehmer . . . . Die Löhner sind nur dann ebenbürtige Marktgenossen, wenn sie ihre Arbeitskraft nicht vereinzelt, sondern in Gemeinschaft verkaufen . . . Der Markt als Gesamtheit kann keine vertragsschwachen Arbeiter gebrauchen". (S. 286) „Die Gewerkschaft ist gleichsam die „geprägte Form" des Arbeiteraufstiegs". (S. 288).

[6]) Wenn Gestrich schreibt: „Der Ausgangspunkt des liberalen Wirtschaftssystems ist solange unberührt geblieben, als im wesentlichen die Freiheit des Konsumenten, was und wie er verbrauchen will, nicht tangiert ist", (S. 9) so ist der moderne „wissenschaftliche" Sozialismus nur als Variante des Liberalismus aufzufassen. In diesem Liberalismus bezw. Sozialismus ist Eigentum und Reichtumsvermehrung auf Grund von Rechtstiteln, „arbeitsloses Einkommen" ganz abgeschafft und es gilt dann nur noch Privateigentum durch Arbeit. Wenn man berücksichtigt, daß schon Jon Locke das Privateigentumsrecht aus der Arbeit ableitete, so ist das sozialistische Eigentumsrecht nur ein konsequent durchgeführter liberaler Gedanke.

[7]) Rubinstein: a. a. O. S. 266. „Die Tafel der sozialistischen Gebote ist dieselbe, wie die des humanistischen Liberalismus. Freiheit, Gleichheit, Menschenrecht — alles ist so gemeint, wie in der bürgerlichliberalen Erhebung gegen die Herrschaft: Auflehnung der Menschenwürde, die nicht länger Werkzeug für die Lebensfülle einer bevorzugten Schicht sein will".

o befreite der Sozialismus den Arbeiter aus seiner sozialen Minderwertigkeit und wirtschaftlichen Unterdrückung. Der Sozialismus hat also durchaus im Sinne der liberalen Idee, „des Aufstieges aller Schichten der ehemaligen Untertanschaft“, [1]) gewirkt. Das gemeinsame Ziel von Liberalismus und Sozialismus ist die herrschaftsfreie Gesellschaft. Der Staat hat nach moderner liberaler Anschauung [2]) darüber zu wachen, daß auf dem Markt keine Machtgruppe entsteht, wirtschaftlich gedacht, kein Monopolist auftritt. Zu diesem Zwecke wird ihm das Recht zugesprochen, Kartellgesetze aufzustellen und das Schlichtungswesen zu regeln und zu kontrollieren, so jedoch daß Uebergriffe von Seiten des Staates zu Gunsten einer Partei ausgeschlossen sind. Die Gesellschaft soll sich selbst verwalten auf Grund freier Vereinbarung, der Staat nur im Sinne des Gesamtwohls kontrollieren und gegebenenfalls helfend einspringen. [3]) Der Staat wird also zum Diener an der Autonomie der Wirtschaft und Gesellschaft. Vom (manchesterlichen) Liberalismus als Verteidiger des absoluten Privateigentums und der formalfreien Konkurrenz ist so gut wie nichts mehr übrig geblieben. Privateigentum und Konkurrenz sollen etwa im Sinne der vom Verfasser konstruierten „idealfunktionierenden Dynamik“ hinreichend wirksam sein.

---

[1]) Rubinstein: a. a. O. S. 179.

[2]) Gestrich: a. a. O. „Sozialpolitik und Kartellpolitik . . sind als Aufgaben grundsätzlich anerkannt. Die Kunst wird auch hier sein, rechtzeitig aufhören zu können (S. 35). Die Möglichkeiten staatlicher Eingriffe sind also mehr starke. Nicht minder stark aber ist die Notwendigkeit einer ativen Haltung des Staates gegenüber den Organisationen (Kartelle und Gewerkschaften), wenn er im Interesse der materiellen Wohlfahrt des Volkes liberale Wirtschaftspolitik treiben will“ (S. 32).

[3]) Vergl. Salz: Macht und Wirtschaftsgesetz S. 121 und 123.

Lebenslauf.

Am 30. Mai 1906 wurde ich zu Gleiwitz geboren als Sohn des Lehrers i. R. Johannes Hanisch. Ich bin preußischer Staatsangehöriger und katholischer Religionszugehörigkeit. Am 18. März 1925 erhielt ich vom humanistischen Gymnasium zu Frankenstein (Schles.) das Reifezeugnis. Daraufhin trat ich eine halbjährige praktische Tätigkeit an in Ausbesserungswerken der Reichsbahndirektion Breslau. Herbst 1925 bezog ich die Technische Hochschule Danzig, wo ich mich 4 Semester dem Studium des Maschinenbaues widmete. Im Wintersemester 1927 begann ich meine volkswirtschaftlichen Studien in Münster i. Westf. Nach 4 Semestern, am 15. November 1929 bestand ich die Diplomprüfung für Volkswirte. Am 20. Juli 1931 fand die mündliche Prüfung zur Erlangung der Doktorwürde der wirtschaftlichen Staatswissenschaften statt.

Johannes Hanisch.